

Zerstörung des Sozialstaats und Widerstand in Europa

Kongress, 23.10.2004 in Köln

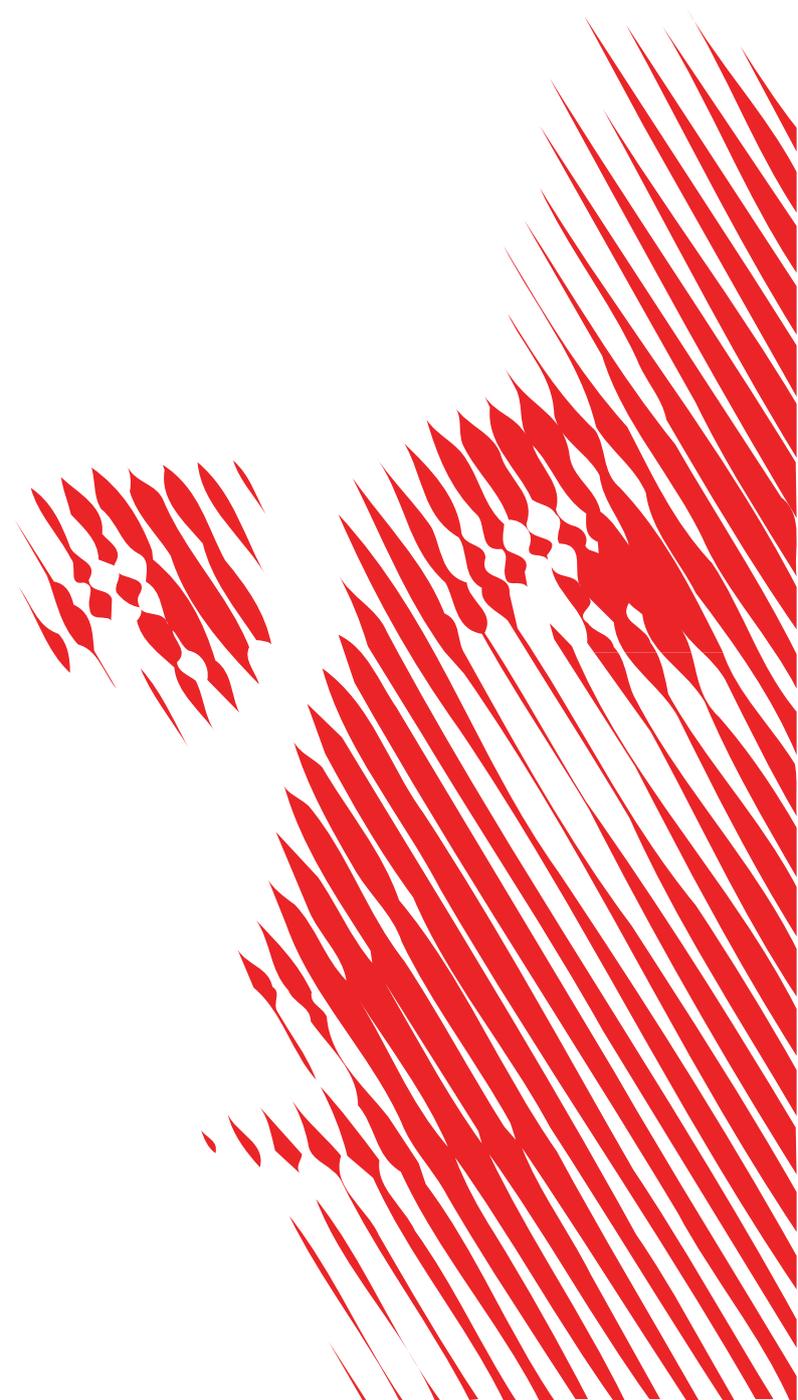
Tagungsdokumentation

Die Tagung fand statt in Kooperation mit:

attac Köln

Sozialistisches Forum Rheinland

Parlamentsfraktion „Vereinigte Europäi-
sche Linke / Nordische Grüne Linke“ im
Europäischen Parlament (GUE/NGL)



Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
<i>Dr. Evelin Wittich</i>	
2. Tagungsprogramm	3
3. Politische und ökonomische Entwicklungen in Europa	
<i>Annick Coupé</i>	4
L'Europe en mauvais état - Régulation politique et résistance	
Europa in schlechter Verfassung – Politische Regulierung und Widerstand (Übersetzung von <i>Richard Schneider</i>)	9
<i>Dr. Harald Werner</i>	14
Für eine alternative Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in Europa	
4. Felder der Zerstörung des Sozialstaats und des Widerstands	
4.1 Öffentliche Daseinsvorsorge zwischen Privatisierung und Kahlschlag (Arbeitsgruppe 1)	
<i>Dr. Werner Rügemer</i>	22
Privatisierung in Deutschland – eine Zwischenbilanz	
<i>Fritz Meinicke</i>	28
Bericht zur Arbeitsgruppe 1	
4.2 Alternativen zu Arbeitslosigkeit und Ich-AG (Arbeitsgruppe 2)	
<i>Angela Klein</i>	30
Die EU-Sozialpolitik enthüllt einen grundlegenden Konstruktionsfehler der Europäischen Union – ihr fehlendes Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben	
<i>Klaus Dräger</i>	34
Arbeitslosigkeit, Niedriglohn und Flexibilisierung in der Europäischen Union	
<i>Dr. Gabriele Nintemann</i>	39
Bericht zur Arbeitsgruppe 2	

4.3	Denn eines ist sicher: Die Profite der Rentenversicherer (Arbeitsgruppe 3)	
	<i>Christian Christen</i>	41
	Denn eines ist sicher...	
	<i>Annick Coupé</i>	46
	... nos retraites sont côtées au bourse!	
	... die Profite der Rentenversicherer (Übersetzung von <i>Dorothee Haffner</i> und <i>Richard Schneider</i>)	50
	<i>Alexander Recht</i>	54
	Bericht zur Arbeitsgruppe 3	
4.4	Gesundheitssystem auf der Intensivstation (Arbeitsgruppe 4)	
	<i>Tobias Michel</i>	57
	Globalisierte Geschäfte mit der Gesundheit – Mangel macht mobil	
	<i>Erika Feyerabend</i>	62
	Selbsthilfe und Pharmaindustrie – eine gefährliche Partnerschaft	
	<i>Sandra Fuhrmann</i>	66
	Bericht zur Arbeitsgruppe 4	
5.	Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht zur Podiumsdiskussion	68
	<i>Peter Bathke</i>	
6.	Angaben zu den ReferentInnen und Kontaktdaten	76
7.	Pressebericht über die Tagung in der „Jungen Welt“ vom 25.10.2004	77
	<i>Mark Unbehend</i>	
8.	Aktivitäten der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW	79

1. Vorwort

Berlin, 1. Dezember 2004

Liebe Leserin, lieber Leser,

die erfolgreiche Tagung der RLS-NRW „Zerstörung des Sozialstaats und Widerstand in Europa“ am 23. Oktober 2004 in Köln mit rund 150 TeilnehmerInnen reiht sich in mehrfacher Hinsicht in die bundesweite Arbeit der RLS und ihrer Landesstiftungen, Bildungsvereine und RL-Clubs ein. Sie behandelte ein Themenfeld, dessen aktuelle Relevanz vor dem Hintergrund von Sozialabbauprozessen in verschiedenen europäischen Ländern unübersehbar ist, sie war ein Beitrag zum weiteren wechselseitigen Kontakt und zur Vernetzung von Akteuren unterschiedlicher Organisationen und Initiativen in Westeuropa. Dabei ging es in der Kölner Tagung sowohl um eine vergleichende Analyse der ablaufenden sozialpolitischen Entwicklungen wie um das Aufzeigen von Alternativen, und schließlich um die Frage: Wie verbinden sich Proteste und Alternativen zu einer chancenreichen, wirklich europäischen emanzipatorischen Bewegung?

Das Spektrum der ReferentInnen, aber auch der anderen TeilnehmerInnen war regional wie politisch breit, auch wenn natürlich eine im weitesten Sinne linke Perspektive verbindend war. Die TeilnehmerInnen kamen aus fast allen Bundesländern, aus Frankreich und den Niederlanden. Neben VertreterInnen linker Parteien (Kommunistische Partei Frankreichs, Sozialistische Partei der Niederlande, PDS, der linken Fraktion im Europa-parlament GUE/NGL als Mitveranstalterin und der sich langsam bildenden Europäischen Linkspartei) waren aktive GewerkschafterInnen (ver.di, IG Metall, SUD, Union Synicale G 10 Solidaire), Aktive aus sozialen Bewegungen und Netzwerken (Attac als Mitveranstalterin, Euromarsch-Bewegung, ESF usw.) und WissenschaftlerInnen aktiv beteiligt. Inspiriert wurde die Tagung auch vom Europäischen Sozialforum, das eine Woche vorher in London stattgefunden hatte und an dem viele TeilnehmerInnen und nicht zuletzt auch die RLS mitwirkten. Die Tagung entsprach dabei dem Anspruch, ergebnisoffene, reflektierende linke Bildung zu betreiben, indem die Erfahrungen des ESF und anderer europäischer Protestaktivitäten durchaus auch kritisch beleuchtet wurden.

Den Anwesenden ging es darum, das neoliberale Projekt auf allen Ebenen, von der lokalen bis zur europäischen, in seiner Logik zu erkennen, seine Mythen zu entlarven und zugunsten eines sozialen Europas zu bekämpfen. Weitgehende Übereinstimmung der Teilnehmenden herrschte darin, dass die Herausbildung eines starken und demokratischen Sozialmodells eine breite außerparlamentarische Bewegung und politische Interventionen erfordert. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, dass die Europäisierung des Protestes und die Durchsetzung von Alternativen und auch die Konkretisierung alternativer Konzepte zur vorherr-

1. Vorwort

schenden Wirtschafts- und Sozialpolitik noch nicht annähernd mit dem Ausmaß der Europäisierung und Globalisierung der herrschenden Politik mithält. Linke politische Bildungsarbeit ist deshalb in doppelter Weise gefordert: Einerseits, indem sie dominierenden Sichtweisen einer angeblich unausweichlichen, anti-sozialen Form von Globalisierung Gegenargumente und -strategien entgegenstellt; andererseits, indem sie kritisch Leerstellen und Defizite linker Politik auf allen Ebenen anspricht und vor Vereinfachungen warnt.

Die Kölner Tagung ergänzt die bisherige Arbeit der RLS, ihrer Landesstiftungen und KooperationspartnerInnen auch deshalb in besonderer Weise, weil sie mit ihrer Ausrichtung u.a. auf Frankreich, Belgien und die Niederlande eine spezifisch westeuropäische Komponente einbringt, die unsere Projekte in Polen, Russland und anderen Ländern Mittelost- und Osteuropas um zusätzliche Sichtweisen und Kooperationen erweitert.

Die Tagung in Köln und ihre Vorläufertagung in Essen im Dezember 2003 haben gezeigt, dass die RLS-NRW in der linken politischen Bildungslandschaft Nordrhein-Westfalens mittlerweile eine wichtige Rolle spielt. Als RLS bedanken wir uns herzlich bei der RLS-NRW für den erfolgreichen Kongress, um darauf aufbauend gemeinsam ähnlich erfolgreiche Folgeprojekte anzugehen.



Dr. Evelin Wittich
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Rosa Luxemburg-Stiftung

2. Tagungsprogramm

10.30 – 12.30 Uhr: Grundlagenreferate mit anschließender Diskussion

Europa in schlechter Verfassung. Politische Regulation und Widerstand
Annick Coupé, Union syndical G 10 SOLIDAIRE, Paris

Für eine alternative Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in Europa
Dr. Harald Werner, PDS Bundesvorstand, Berlin

13.30 – 15.30 Uhr: Arbeitsgruppen

AG 1: Öffentliche Daseinsvorsorge zwischen Privatisierung und Kahl-
schlag

Christophe Aguiton, SUD, attac Paris

Dr. Werner Rügemer, Publizist, transparency international, Köln

AG 2: Alternativen zur Arbeitslosigkeit und Ich-AG

Angela Klein, Koordination Euromärsche, Köln

Klaus Dräger, Mitarbeiter der Fraktion Vereinte GUE/NGL, Brüssel

AG 3: Denn eines ist sicher: Die Profite der Rentenversicherer

Christian Christen, Wirtschaftswissenschaftler, Berlin

Annick Coupé, Union syndicale G10 SOLIDAIRE, Paris

AG 4: Gesundheitssystem auf der Intensivstation

Tobias Michel, ver.di-Betriebsrat, Essen

Erika Feyerabend, BioSkop, Essen

16.00 – 18.30 Uhr: Podiumsdiskussion. Ein Europa in Bewegung: Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung

Elisabeth Gauthier, Espaces Marx, Paris

Karen Genn, Euromärsche, Marx-Engels-Stiftung, Wuppertal,

Eric Meijer, Sozialistische Partei der Niederlande, MdEP, Brüssel

*Horst Schmitthenner, IG Metall Verbindungsbüro Soziale Bewegungen,
Frankfurt*

Moderation: Dr. Florian Weis, RLS Berlin

3. Politische und ökonomische Entwicklungen in Europa

Annick Coupé

L'Europe en mauvais état - Régulation politique et résistance

Après deux guerres mondiales en un demi-siècle, l'idée de l'Europe portait l'espoir de construire un espace de paix et de progrès social. Cependant, et notamment depuis l'adoption de l'Acte unique en 1986, l'Europe se construit de fait sous l'emprise du marché. Un des objectifs des politiques néolibérales est d'essayer d'imposer un nouveau modèle salarial en Europe: celui du travailleur précarisé, flexible, polyvalent, individualisé. Sur un marché du travail éclaté, de nombreux salariés se trouvent relégués à des emplois instables et mal payés. Les inégalités sociales se développent et le nombre de travailleurs vivant au-dessous du seuil de pauvreté augmente dans de nombreux pays européens.

Nous sommes attachés à la construction d'une Europe basée sur la solidarité entre les peuples et sur les droits. Mais l'Europe dont nous avons besoin n'est pas celle qui se construit aujourd'hui.

La logique profonde de l'Europe actuelle fait de l'ouverture à la concurrence et de son l'extension sans fin son axe principal de construction. Directement issu des traités Européens, le droit à la concurrence, surdétermine les autres droits. C'est un droit fondateur auquel sont subordonnés les droits sociaux. Le droit de la concurrence joue véritablement un rôle de „droit constitutionnel“ au niveau européen. Ce droit est le seul droit véritablement opérationnel, les autres textes européens apparaissent comme de simples déclarations d'intention sans aucune portée pratique réelle.

La généralisation de la concurrence dans tous les domaines permet l'attaque contre les services publics, la protection sociale, l'incitation à l'allongement de la durée du travail et le développement de la flexibilité ; c'est un encouragement à la baisse du coût du travail et à la régression sociale dans chacun des pays de l'Union européenne.

Cette Europe se construit sans les peuples dans la négociation opaque entre les gouvernements; elle est gouvernée par des instances incontrôlées politiquement comme la Commission ou la Banque centrale européenne dont la mission se réduit à maintenir la stabilité des prix en excluant par exemple toute politique de relance économique favorisant l'emploi.

Le Traité constitutionnel européen, adoptée par les Chefs d'Etat et de gouvernement, loin de rompre avec ce mode de construction, l'entérine dans un texte d'une très haute portée politique et symbolique. Avec ce texte, les dogmes libéraux sont „gravés dans le marbre“. Ce texte ouvre la voie à une politique militariste subordonnée à l'Otan, il refuse l'égalité des droits à ceux qui résident en Europe sans posséder la nationalité d'un Etat membre et les désigne au harcèlement administratif et policier. Il laisse les citoyens à l'écart des lieux de déci-

3. Politische und ökonomische Entwicklungen in Europa

sion. Il constitue l'ensemble juridique libéral le plus complet et contraignant de la planète. Il fixe dans le détail toutes sortes de choix politiques, économiques et sociaux qui ne pourront plus être remis en cause. Cet ensemble de dispositions précises et contraignantes va toujours dans le même sens : la domination du marché, la liberté d'action des capitaux et des firmes transnationales. L'objectif affiché de l'Union Européenne est „d'offrir un marché unique où la concurrence est libre et non faussée“ : cela maintient le droit de la concurrence comme le droit communautaire essentiel. De son côté, la Charte européenne des droits fondamentaux, intégrée au projet de constitution, ne crée aucun droit social européen qui pourrait rééquilibrer le droit à la concurrence. Non seulement, le contenu de cette Charte est faible, mais elle n'aura que peu de portée pratique face à la force normative du droit à la concurrence d'autant que pour l'essentiel, l'application des droits est renvoyée au niveau national. Elle est en retrait par rapport à des pactes ou des conventions antérieures, comme la Charte sociale européenne de Turin de 1961 ou la Charte communautaire des droits sociaux fondamentaux des travailleurs de 1989. Elle ne garantit pas de droits fondamentaux, ainsi elle reconnaît le „droit de travailler“ mais pas le droit au travail! Les droits au revenu minimum, au logement ne sont pas reconnus. La notion d'aide remplace la notion de droit : par exemple, il est dit „Afin de lutter contre l'exclusion sociale, l'Union reconnaît et respecte le droit à une aide sociale et, à une aide au logement“. Ce texte est en retrait par rapport à la déclaration universelle des droits de l'Homme qui en 1948 proclamait: „Toute personne a droit à un revenu suffisant pour assurer sa santé, son bien-être et celui de sa famille, notamment pour l'alimentation, l'habillement, le logement, les soins médicaux ainsi que pour les services sociaux nécessaires.

Le traité constitutionnel interdit explicitement toute „harmonisation des dispositions législatives et réglementaires des états membres“: ainsi la porte est fermée à toute harmonisation sociale ou fiscale.

La notion de service public est bannie depuis longtemps déjà du langage de l'Union Européenne, elle est remplacée par la notion de „service d'intérêt économique général“, plus réductrice. Cette notion n'est même pas reprise dans les valeurs communes de l'Union. Les articles des Traités actuels qui ont permis la déréglementation des services publics sont repris intégralement dans la Constitution. Les Services publics restent soumis aux règles de la concurrence et les aides publiques, sous quelque forme que ce soit, leur sont interdit.

Si ce texte est ratifié, l'accord des 25 Etats sera ensuite nécessaire pour le modifier, ce qui sera quasiment impossible. Ainsi, non seulement les choix de politiques économiques échapperaient au débat public et à la décision démocratique, mais toute avancée sociale, notamment par une amélioration de la charte des droits fondamentaux ne pourra se réaliser.

Nous pensons que les salariés, les chômeurs, les précaires n'ont rien de bon à attendre de cette Europe-là. Il est urgent de donner à l'Europe de nouvelles fondations qui l'émancipent du libéralisme financier, qui lui donne comme perspective le progrès social, la paix, la démocratie, le développement soutenable, la coopération entre les peuples de la planète... Nous voulons une autre Europe, une Europe mobilisée contre le chômage, la précarité, la dégradation du cadre de vie, une Europe qui renforce les garanties sociales, qui met en œuvre un développement économique respectueux des équilibres écologiques et reconnaît enfin

3. Politische und ökonomische Entwicklungen in Europa

aux femmes l'égalité et les droits qu'elles revendiquent. Nous voulons une Europe démocratique, fondée sur la citoyenneté pleine et entière de tous ses résidents.

C'est une Europe où les droits sociaux, politiques, environnementaux l'emportent sur la logique du profit et le droit de la concurrence.

L'Europe que nous voulons doit être basée sur un socle de droits ambitieux, seule façon d'empêcher le dumping social ou fiscal entre les pays membres. Ces droits fondamentaux, comme le droit à un salaire minimum, à un revenu minimum, le droit de grève ou une norme commune en matière de temps de travail doivent devenir des droits communs dans toute l'Europe. Ces droits doivent converger progressivement vers un mieux disant social pour tous les salariés au sein des 25 pays membres de l'Union Européenne. Un contenu commun doit permettre de fixer des normes comme un salaire minimum ou une durée égale du temps de travail s'appliquant dans tous les pays européens. Ainsi le réseau des Marchés européennes à fixer à 50 % du PIB (produit intérieur brut) par habitant le revenu minimum qui devrait être garanti à chacun et chacune. Cette forme de revendication permet une harmonisation tout en prenant en compte les niveaux de développement différent à cette étape de la construction européenne.

Fixer des objectifs ambitieux doit donner lieu à une vérification régulière de l'avancée dans l'harmonisation des droits.

Si l'Union Européenne doit permettre un développement économique de chacun des pays qui la composent, elle doit aussi permettre la construction d'un progrès social pour tous ses habitants.

Pour que cette Europe des droits et de la solidarité voie le jour, il nous faut nous mobiliser pour refuser que l'Europe continue sur sa lancée libérale comme l'entérine le texte du Traité constitutionnel, mais il nous faut surtout travailler à construire des convergences entre les mouvements sociaux en Europe et à mettre sur pied des mobilisations européennes pour porter l'exigence de ces droits.

Les attaques antisociales contre les travailleurs, les remises en cause des systèmes de protection sociale dans toute l'Europe l'utilisation du dumping social par les firmes transnationales, la montée du chômage, de la précarité et de la pauvreté, tout cela exige un repositionnement du mouvement syndical et une politique d'action au niveau européen.

La Confédération européenne des syndicats a fait de choix de s'inscrire dans le mode actuel de construction de l'Europe. Il s'agit pour elle d'infléchir cette construction dans un sens un peu plus social, et non pas de battre pour une Europe fonctionnant suivant des principes radicalement différents. Cette orientation lui fait considérer le mouvement altermondialiste avec méfiance, même si certaines de ses organisations s'y impliquent et s'engagent des forums sociaux nationaux ou européens.

L'apparition du mouvement altermondialiste sur la scène politique correspond à un tournant politique antilibéral intervenu dans les opinions publiques dès le milieu des années 90. Ce changement dans les opinions publiques s'explique beaucoup par les difficultés les plus

3. Politische und ökonomische Entwicklungen in Europa

visibles du capitalisme néolibéral. Non seulement les politiques menées, ont aggravé le sort des neuf dixièmes de l'humanité, mais elles ont été incapables de mettre en place un cadre institutionnel capable de prévenir les crises, d'encadrer et de maîtriser la capitalisme global financiarisé.

Cette prise de conscience, qui s'est manifestée pour la première fois dans les rues de Seattle en 1999 s'est ensuite amplifiée lors des grandes rencontres de mobilisation internationales, au moment des G8 par exemple. Les idéologues libéraux avaient promis que le règne du marché et de la concurrence apporterait la prospérité à tous les peuples. Au contraire, des citoyens de plus en plus nombreux prennent conscience que la mondialisation libérale est porteuse d'accroissement des inégalités sociales, risque de déboucher sur une crise écologique majeure et affaiblit les institutions démocratiques.

Dans cette situation, le mouvement altermondialiste est le résultat de convergences de préoccupations sociales, écologiques et démocratiques où se rencontrent des organisations d'histoire et de culture et d'orientation différente. Cette diversité est une force ; elle a permis de constituer un mouvement social global capable d'être présent sur de nombreuses questions. La diversité de ce mouvement ne l'empêche pas de converger sur la définition de principes communs : refus de la marchandisation du monde et exigence d'une réelle démocratie ; cela signifie que les droits sociaux doivent l'emporter sur le droit du commerce, sur le droit de la concurrence et plus globalement sur la loi du profit ; cela implique la participation effective, à tous les niveaux de la société, des citoyens aux décisions qui les concernent. Le mouvement altermondialiste permet ainsi une convergence de dynamiques qui doit aboutir à une remise en cause du système socio-économique libéral. Au-delà de la construction d'un front de résistance au libéralisme, il doit commencer à faire la démonstration en actes qu'un autre monde est possible.

Les Forums sociaux sont des espaces de débat mais aussi un point d'appui pour la construction de ce mouvement altermondialiste, l'élaboration d'alternatives et la mise en place de campagnes de mobilisation sociale. Il est fondamental que le mouvement syndical engage dans le mouvement altermondialiste et plus particulièrement dans les Forums sociaux. Il faut articuler la nécessaire action syndicale dans les entreprises avec les autres mouvements sociaux qui agissent sur toutes les facettes des politiques libérales. Pour défendre les services publics, pour défendre la protection sociale, pour promouvoir les droits sociaux, le syndicalisme doit agir avec d'autres pour favoriser la création de rapports de forces contre les politiques libérales, au niveau national comme au niveau européen ou international.

Le Forum social de Londres, le 3e après Florence et Paris, a discuté de l'urgence de construire des campagnes européennes sur beaucoup de questions. Un appel a été lancé par l'Assemblée des mouvements sociaux, tenue pendant le Fse, pour organiser une manifestation centrale à Bruxelles le 19 mars, contre la guerre et le racisme, contre l'Europe néolibérale, contre les privatisations, contre le projet de directive Bolkenstein sur la libéralisation des services et les attaques contre le temps de travail, pour une Europe des droits et de la solidarité entre les peuples. Cet appel s'adresse à tous les mouvements sociaux et au mouvement syndical européen pour se retrouver tous ensemble dans la rue ce jour-là à Bruxelles, quelques

3. Politische und ökonomische Entwicklungen in Europa

jours avant la réunion des Chefs d'Etat pour faire le bilan du processus de Lisbonne qui traitera les politiques de l'emploi en Europe.

Il s'agit bien de construire des rapports de force au niveau européen pour imposer une autre Europe dans un autre monde!



Foto: Klaus-Dieter Hey, Arbeiterfotografie

Europa in schlechter Verfassung. Politische Regulation und Widerstand (Übersetzung)

Nach zwei Weltkriegen in einem halben Jahrhundert wurde die Europäische Idee durch die Hoffnung getragen, Raum zu schaffen für Frieden und sozialen Fortschritt. Jedoch und ganz besonders seit der Annahme der „Einheitlichen Europäischen Akte“ im Jahre 1986 baut sich Europa faktisch einseitig nach Gesichtspunkten des Marktes auf. Eins der neoliberalen politischen Ziele ist der Versuch, ein neues Lohnmodell durchzusetzen: Es ist der prekarierte und zugleich flexible und vielseitig einsetzbare individualisierte Arbeitnehmer. Auf einem zerschlagenen Arbeitsmarkt werden viele Arbeitnehmer auf instabile und schlecht bezahlte Arbeitsverhältnisse zurückgeworfen. Die soziale Ungleichheit wächst und die Anzahl von Arbeitnehmern, die unterhalb der Armutsschwelle leben, nimmt in zahlreichen europäischen Ländern beständig zu.

Wir fühlen uns dem Aufbau eines Europas verpflichtet, das sich auf die Solidarität zwischen den Völkern und auf die Menschenrechte stützt. Das Europa, das wir jetzt brauchen, ist jedoch nicht dasjenige, welches heute im Entstehen begriffen ist.

In seiner tiefgreifenden Logik öffnet sich das aktuelle Europa dem Prinzip des Wettbewerbs und seiner effektiven Ausbreitung. Dies ist die Hauptachse seiner Konstruktion. Ausgehend von den europäischen Verträgen überlagert das Recht auf Wettbewerb alle anderen Rechte. Dieses wird zu einem grundlegendem Recht, welchem die sozialen Rechte untergeordnet werden. Das Recht auf Wettbewerb spielt in Wahrheit auf europäischer Ebene eine verfassungsgebende Rolle. Es ist das einzige Recht, welches bis in die Handlungsebene hinein konkretisiert wird, während alle anderen Texte eher als simple Absichtserklärungen ohne faktische Konsequenz erscheinen.

Die Generalisierung des Wettbewerbgedankens auf allen Ebenen erlaubt einen Generalangriff auf die öffentlichen Dienstleistungsangebote und auf die soziale Sicherheit. Sie ermöglicht eine Anstiftung zur Verlängerung der Arbeitszeit und zur Weiterentwicklung der Flexibilisierung. Sie ermutigt zur Senkung der Arbeitskosten und zum Sozialabbau in allen Ländern der Europäischen Union.

Dieses Europa wird ohne Einbezug seiner Völker erbaut und stützt sich lediglich auf undurchsichtige Verhandlungen zwischen den Regierungen. Es wird faktisch von politisch unkontrollierbaren Instanzen regiert, wie zum Beispiel der europäischen Zentralbank, deren Aufgabe sich einseitig darauf beschränkt, die Preisstabilität zu erhalten und damit wird jegliche Politik der Arbeitsmarktförderung faktisch verhindert.

Die durch die Regierungschefs verabschiedete Verfassung setzt diesen Konstruktionsmodus in einen Kontext von hoher politischer und symbolischer Tragweite. Mit diesem Text werden die liberalen Dogmen in Marmor gehauen. Zudem eröffnet diese Verfassung einen Weg zu einer militaristischen Politik, welche der Nato untergeordnet ist. Allen Bewohnern Europas, die nicht die Staatsbürgerschaft der Mitgliedstaaten besitzen, verweigert sie die

3. Politische und ökonomische Entwicklungen in Europa

Rechtsgleichheit und setzt diese dadurch bürokratischen und polizeilichen Schikanen aus. Die Bürger werden von allen wesentlichen Entscheidungsprozessen ferngehalten. Mit dieser Verfassung ist das umfassendste und zugleich zwingendste liberale Gesetzeswerk dieses Planeten im Entstehen begriffen. Bis in die Einzelheiten hinein legt sie zahlreiche politische, ökonomische und soziale Tatbestände fest, die nachher nicht mehr in Frage gestellt werden können. Diese Gesamtheit von präzisen und zwingenden Bestimmungen weist immer in eine ganz bestimmte Richtung: Die Gesetze des Marktes und die Handlungs- und Bewegungsfreiheit für die Kapitalströme und die transnationalen Konzerne stehen im Vordergrund. Das angepeilte Ziel der Europäischen Union ist es, einen einmaligen Markt anzubieten, wo der freie Wettbewerb garantiert und nicht verfälscht wird. Dadurch wird das Recht auf Wettbewerb zum bestimmenden gemeinschaftlichen Rechtsanspruch. Die in der Verfassung integrierte europäische Charta der Grundrechte schafft überhaupt kein europäisches Sozialrecht, welches die Auswirkungen des Wettbewerbsrechtes in irgendeiner Weise wieder ausgleichen kann. Diese Charta ist nicht nur schwach, sie ist auch von geringer Tragweite gegenüber der Macht des Faktischen im Wettbewerbsrecht, um so mehr, als die soziale Rechtsgebung im wesentlichen in die nationale Verantwortung zurückgegeben wird. Sie stellt einen deutlichen Rückschritt gegenüber vorangehenden Verträgen dar, wie zum Beispiel die Europäische Sozialcharta von Turin (1961) oder die europäische Charta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer von 1989. Der Begriff der Hilfe tritt nun an die Stelle des verbürgten Rechtes. So wird gesagt: Um gegen die soziale Ausgrenzung anzugehen, anerkennt und respektiert die Union das Recht auf Sozialhilfe und das Recht auf Wohnunterstützung. Dieser Text stellt einen wesentlichen Rückschritt gegenüber der Erklärung der Menschenrechte aus dem Jahre 1948 dar, wo proklamiert wird: Jeder Mensch hat ein Recht auf ein Einkommen, welches ausreicht, seine Gesundheit und sein Wohlbefinden und dasjenige seiner Familie zu sichern, insbesondere für die Ernährung, die Kleidung, das Wohnen, die medizinische und die notwendige soziale Versorgung.

Die Verfassung verbietet ausdrücklich jegliche Harmonisierung von gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen der Mitgliedstaaten: Dadurch bleibt das Tor für eine steuerliche oder soziale Harmonisierung endgültig verschlossen.

Die Bezeichnung der öffentlichen Dienste ist längst aus dem Vokabular der Europäischen Union verschwunden und wird auf die Begrifflichkeit der Dienste von allgemeinem ökonomischem Interesse zurückgeführt. Dieser Leistungsbereich wird nicht einmal mehr im allgemeinen Wertekatalog der Union erfasst. Die Artikel der aktuellen Vertragswerke, die eine Deregulierung der öffentlichen Dienste ermöglichen, werden in vollem Umfange in die Verfassung aufgenommen. Die öffentlichen Dienste werden den Wettbewerbsbedingungen untergeordnet und eine staatliche Unterstützung in diesem Bereich wird untersagt.

Für jede spätere Änderung des Verfassungstextes ist die Zustimmung aller fünfundzwanzig Staaten erforderlich, was so gut wie unmöglich erscheint. Daraus ergibt sich nicht nur, dass sich die wirtschaftliche Ausrichtung der Union der öffentlichen Auseinandersetzung und dem Zugriff zukünftiger demokratischer Entscheidungen entzieht. Das bedeutet nämlich auch, dass eine nachträgliche Festschreibung von sozialem Fortschritt in die Verfassung, ins-

3. Politische und ökonomische Entwicklungen in Europa

besondere die Verbesserung der europäischen Charta der Grundrechte, nach ihrer Ratifizierung faktisch nicht mehr realisierbar sein wird.

Wir meinen, dass die Arbeitnehmer, die Arbeitslosen und die prekarierten Berufstätigen nichts Gutes von einem solchen Europa zu erwarten haben. Es ist höchste Zeit, eine Grundlage für ein Europa zu schaffen, welches uns Europäer vom wirtschaftlichen Liberalismus emanzipiert und uns eine Perspektive aufzeigt für sozialen Fortschritt, für Frieden, für eine nachhaltige Entwicklung und eine Zusammenarbeit zwischen den Völkern unseres Planeten. Wir wünschen uns ein anderes Europa: Es geht uns um ein Europa, welches sich wappnet gegen Arbeitslosigkeit, Prekarisierung und die Einschränkung der Lebensbedingungen, ein Europa, welches die soziale Absicherung verstärkt, das ökologische Gleichgewicht berücksichtigt und endlich die Gleichstellung der Frauen und die von ihnen eingeforderten Rechte anerkennt. Wir wünschen uns ein demokratisches Europa, welches auf umfassenden und vollständigen Bürgerrechten für alle seine Bewohner gründet.

Es ist ein Europa, worin die sozialen, politischen und ökologischen Rechte den Vorrang haben vor der Logik des Profits und dem Recht auf Wettbewerb.

Das Europa, was wir wollen, soll auf einem Sockel von konsequenten und ehrgeizigen Rechten errichtet werden, was im übrigen die einzige Möglichkeit darstellt, Sozial- und Steuerdumping zu verhindern. Diese grundlegenden Rechte wie das Recht auf ein Mindestgehalt, das Recht auf ein Grundeinkommen, das Streikrecht sowie gemeinsame Normen zur Regelung der Arbeitszeit, sollen zur allgemeingültigen Rechtsgrundlage für ganz Europa werden. Diese Rechte sollen zu einer Verbesserung der sozialen Lage aller Arbeitnehmer und Bewohner in den fünfundzwanzig Mitgliedstaaten der Europäischen Union hinführen. Es muss eine Basis geschaffen werden, die es ermöglicht, Normen festzulegen wie zum Beispiel ein Mindestgehalt oder ein gemeinsames Arbeitszeitmodell, welche für alle Länder der Union gleichermaßen gültig sind. Als Mindestgehalt soll auf dem Europäischen Markt ein Mindestgehalt von 50% des Bruttoinlandprodukts je Einwohner festgelegt werden, worauf jeder Mensch Anrecht haben sollte. Diese Forderung ermöglicht eine Harmonisierung, womit die unterschiedlichen Einkommensniveaus in der aktuellen europäischen Aufbauphase berücksichtigt werden können.

Die Festlegung dieser ehrgeizigen Ziele soll ebenfalls die regelmäßige Überprüfung des Fortschritts in der Harmonisierung der Rechte einschließen.

Wenn die Europäische Union allen dazugehörigen Ländern einen ökonomischen Fortschritt ermöglichen soll, dann muss es auch möglich sein, den sozialen Fortschritt für alle seine Einwohner mit einzuplanen.

Damit dieses Europa der Solidarität und der Menschenrechte das Tageslicht erblickt, müssen wir alle unsere Kräfte mobilisieren, um uns diesem Europa dezidiert entgegenzustellen, welches weiterhin seine liberale Ausrichtung fortsetzt, wie sie innerhalb der europäischen Verfassung festgesetzt und verabschiedet wird. Vor allem müssen wir daran arbeiten, eine Übereinstimmung zwischen den sozialen Bewegungen in Europa herzustellen und die europäische Mobilisierung zur Einforderung dieser Rechte auf die Beine zu stellen.

3. Politische und ökonomische Entwicklungen in Europa

Die antisozialen Attacken gegen die Arbeitnehmer und die in Frage gestellten sozialen Sicherungssysteme in ganz Europa, der Einsatz des sozialen Dumpings durch die internationalen Konzerne, die Zunahme der Arbeitslosigkeit, der Prekarität und der Armut: all das erfordert eine Neuausrichtung der Gewerkschaftsbewegung und eine Aktionspolitik auf europäischem Niveau.

Der Bund der europäischen Gewerkschaften hat sich entschieden, sich auf den aktuellen Prozess des Aufbaus von Europa einzulassen. Es geht ihm darum, die bestehende Konstruktion etwas sozialer zu gestalten. Es geht ihm jedoch nicht darum, für ein Europa zu kämpfen, welches nach radikal anderen Prinzipien funktioniert. Diese Orientierung führt aus der Sicht des Bundes dazu, die Globalisierungskritiker mit Misstrauen zu betrachten, obwohl sich einige seiner Organisationen in den nationalen oder europäischen sozialen Foren engagieren und einbringen.

Das in Erscheinung tretende der alternativen Globalisierungsbewegung auf der politischen Bühne entspringt einer antiliberalen Wendung, die in den neunziger Jahren in der öffentlichen Meinung stattgefunden hat. Dieser Wandel in der öffentlichen Meinung erklärt sich vor allem auch durch die deutlicher werdenden Schwierigkeiten des neoliberalen Kapitalismus. Durch die bestehenden politischen Strategien hat sich nicht nur das Schicksal von neunzig Prozent der Bevölkerung deutlich verschlechtert. Die aktuelle politische Ausrichtung war dabei auch völlig unfähig, einen institutionellen Rahmen zur Verhinderung von Krisen zu schaffen und sie war nicht in der Lage, den globalen finanzbasierten Kapitalismus zu beherrschen und einzugrenzen.

Diese Bewusstwerdung, die zum ersten mal in den Straßen von Seattle im Jahre 1999 deutlich wurde, hat sich im Anschluss während der großen Treffen von internationaler Mobilisierung verstärkt, zum Beispiel anlässlich der G8-Gipfeltreffen. Die liberalen Ideologen hatten versprochen, dass die Herrschaft des Marktes und des Wettbewerbs allen Völkern Wohlstand bringen würde. Das Gegenteil ist der Fall: Immer mehr Bürger in immer größerer Zahl stellen fest, dass die liberale Globalisierung die Verbreitung sozialer Ungerechtigkeiten, das Risiko einer größeren ökologischen Krise und die Schwächung der demokratischen Institutionen in sich trägt.

In dieser schwierigen gesellschaftlichen Situation ist die alternative Globalisierungsbewegung das Ergebnis der Übereinstimmung von sozialer, ökologischer und demokratischer Besorgnis. Dieses gemeinsame Anliegen führt zur Begegnung und zu aktiven Verbindungen zwischen Organisationen mit unterschiedlicher kultureller Orientierung und geschichtlichem Hintergrund. Diese Vielfalt ist eine Kraft, die es möglich gemacht hat, eine globale soziale Bewegung zu begründen, die fähig ist, unterschiedlichste Fragestellungen einzubeziehen. Die Vielfalt der Bewegung hindert sie nicht daran, in der Definition gemeinsamer Prinzipien überein zu stimmen: Die Ablehnung einer einseitigen Vermarktung der Welt und ihrer Geschöpfe und die Forderung echter demokratischer Verhältnisse. Das bedeutet konkret, dass die sozialen Rechte Vorrang haben sollen vor den Rechten des Marktes und des Wettbewerbs. Dieses erfordert eine effektive Beteiligung der Bürger an den Entscheidungsprozessen, die sie unmittelbar betreffen und zwar auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Die alternative Globali-

3. Politische und ökonomische Entwicklungen in Europa

sierungsbewegung ermöglicht auf diese Weise eine dynamische Übereinstimmung, die dazu führen muss, das liberale sozioökonomische System in Frage zu stellen. Über den Aufbau einer Widerstandsfront gegenüber dem Liberalismus muss sie anfangen aufzuzeigen, dass eine andere Welt wirklich möglich ist.

Die Sozialforen sind Freiräume für eine Auseinandersetzung, aber auch Stützpunkte für den Aufbau dieser alternativen Globalisierungsbewegung, die Entwicklung von alternativen Lösungen und die Umsetzung von sozialen Mobilisierungskampagnen. Es ist von entscheidender Wichtigkeit, dass sich die Gewerkschaften in der alternativen Globalisierungsbewegung engagieren und ganz speziell auch in den sozialen Foren. Die notwendigen gewerkschaftlichen Aktionen in den Unternehmungen sind abzustimmen mit den anderen sozialen Bewegungen, die alle Ebenen der liberalen Politik ins Visier nehmen. Um die öffentlichen Dienstleistungen, die sozialen Sicherungssysteme zu verteidigen und um die sozialen Rechte zu verbreiten, muss die Gewerkschaftsbewegung gemeinsam mit anderen aktiv werden. Sie muss kraftvolle Bündnisse im Widerstand gegen die liberale Politik zu schmieden und zwar sowohl auf nationalem wie auch auf europäischem wie internationalem Niveau.

Das Sozialforum in London, das dritte nach Florenz und Paris hat die Dringlichkeit diskutiert, europäische Kampagnen zu verschiedenen Fragestellungen durchzuführen. Die Versammlung aller sozialen Bewegungen hat während dem Sozialforum in London zur Organisation einer zentralen Demonstration in Brüssel am 19. März 2005 aufgerufen. Diese richtet sich gegen Krieg und Rassismus, gegen ein neoliberales Europa, gegen die Privatisierung, gegen die Bolkenstein-Richtlinie zur Liberalisierung des öffentlichen Dienstleistungssektors und gegen die gegenwärtigen Bemühungen zur Verlängerung der Arbeitszeit. Sie ist vor allem auch eine Kundgebung für ein Europa der Menschenrechte und für die Solidarität unter den Völkern. Dieser Aufruf richtet sich sowohl an alle sozialen Bewegungen als auch an die europäische Gewerkschaftsbewegung, um sich an diesem Tage gemeinsam in den Straßen von Brüssel zusammenzufinden: einige Tage; bevor die Regierungschefs Bilanz ziehen über den Prozess von Lissabon, der die Arbeitsmarktpolitik in Europa regelt.

Es geht darum, auf europäischem Niveau kraftvoll aufzutreten, mit dem Ziel, ein anderes Europa in einer anderen Welt durchzusetzen.

Übersetzung: Richard Schneider

Harald Werner

Für eine alternative Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik in Europa

Das Problem

Die EU ist ursprünglich als Erweiterung des Binnenmarktes angelegt worden, doch seit mindestens zwei Jahrzehnten orientiert sich die europäische Politik auf die Erringung eines Spitzenplatzes in der globalen Standortkonkurrenz, was eindeutig zu Lasten des Binnenmarktes, der Beschäftigung und des ursprünglichen Ziels eines europäischen Sozialstaates geht. Der europäische Binnenmarkt ist zur Basis eines globalen Standortkrieges mutiert.

In diesem Krieg übernimmt die Europäische Union die Rolle eines Schlachtkreuzers, dessen hochtechnisierte Ökonomie die ökonomische Feuerkraft der USA und des Pazifischen Raumes erst neutralisieren und schließlich überwinden soll. Nicht anders ist zum Beispiel die Erklärung von Lissabon zu verstehen, wenn sie sich dem Ziel verschreibt, die EU zum „wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen. Das heißt nichts anderes als „Sieg im Standortkrieg“. Es mag gleichzeitig in diesem Zusammenhang auch viel Gutes und Richtiges über die soziale Kohäsion oder auch über Beschäftigungsziele gesagt werden, doch im europäischen Kontext sind das keine sich selbst rechtfertigenden Ziele. Soziale Kohäsion und Beschäftigungssicherung sind ausschließlich begleitende Maßnahmen im Standortkrieg um globale Marktdominanz. Es ist noch lange nicht ausgemacht, wer die Sieger dieses Standortkrieges sein werden, aber seine Opfer lassen sich jetzt schon identifizieren. Es werden die abhängig Beschäftigten und ihre sozialen Standards und die öffentliche Daseinsvorsorge sein, vor allem aber die Völker des Südens.

Diese Prognose lässt sich beweisen. Während die Lohnquote im Europa der 15 zwischen 1960 und 1975 um vier Prozent gestiegen ist, sackte sie danach kontinuierlich ab und liegt heute acht Prozent unter dem Niveau der 70er Jahre. Die gleiche Tendenz bei der Arbeitslosigkeit und anderen Indikatoren für den Grad des Wohlstandes der Nationen. Seit Anfang der 90er Jahre bis 2003 sank die Steigerungsrate des privaten Konsums ebenso wie der öffentliche Verbrauch, während die Profitrate seit Anfang der 80er Jahre steil ansteigt. Und während die Lohnquote weit unter das Niveau der 60er Jahre gefallen ist, liegt die Profitrate heute um 20 Prozent höher.

Nun behauptet die neoliberale Ideologie, dass es sich bei diesen ernüchternden Tatsachen um Übergangsphänomene handelt, eine Art Modernisierungslast, die getragen werden muss, um erneut Wachstum und Beschäftigung zu schaffen. Aber sehen wir einmal davon ab, dass diese Last einseitig von den abhängig Beschäftigten getragen werden muss, dann gibt es darüber hinaus auch keinerlei Grund zu der euphorischen Annahme, dass diese ökonomische Strategie in eine Win-Win-Situation führt, aus der sämtliche Beteiligten als Sieger hervorgehen werden. Es handelt sich schlichtweg um einen Aberglauben, der sich aber offensichtlich

3. Politische und ökonomische Entwicklungen in Europa

umso hartnäckiger hält, je weniger man den Neoliberalismus nicht als überprüfbare Theorie, sondern als alternativlose, weil zeitlose Wahrheit betrachtet.

Die EU als neoliberales Projekt

Um die neoliberale Strategie der EU verstehen und kritisieren zu können, muss man die Ursachen des Neoliberalismus kennen. Seine Entstehungsgeschichte begann in den 70er Jahren weder durch die Entwicklung neuer Technologien, noch durch die Entstehung neuer Probleme, sondern mit der Rückkehr eines uralten kapitalistischen Gebrechens, nämlich der Überakkumulation von Kapital. Was nichts anderes heißt, als dass der aus Produktionsanlagen und Geldvermögen bestehende Kapitalstock keine ausreichenden Verwertungsmöglichkeiten mehr findet. Im kapitalistischen Normalfall beginnt damit eine konjunkturelle Krise, die einen Teil des Überschusses an Produktionsanlagen bereinigt und in Folge dieser Reinigung neues Wachstum einleitet.

Doch diese normale kapitalistische Entwicklung geriet in den 70er Jahren ins Stocken, weil sich auf den Märkten eine gewisse Sättigung breit machte, die kauffähige Nachfrage nicht groß genug war, um dem überschüssigen Kapital neue Verwertungsmöglichkeiten zu bieten und deshalb die Wachstumsraten immer niedriger ausfielen.

Der Neoliberalismus belebte in dieser Not die längst vergessenen Theorien des 19. Jahrhunderts und versprach neues Wachstum, wenn die Anlagewilligkeit des Kapitals durch eine Liberalisierung der Märkte, den Rückzug des Staates, die Senkung der Sozialausgaben wie der Löhne und eine allgemeine Flexibilisierung der Finanzmärkte erhöht wird.

Nach mehr als einem Vierteljahrhundert neoliberaler Praxis kann man sagen, dass diese Theorie gescheitert ist, Wachstum und Beschäftigung sind ausgeblieben, während die Staatsschulden nicht ab-, sondern zugenommen haben. Die Überakkumulation von Kapital, insbesondere von Geldkapital, hat sich enorm beschleunigt und die Spekulation wurde zur wichtigsten Quelle des Profits.

Worin aber besteht diese Spekulation? Sie besteht darin, dass das überaus flexible Finanzkapital in Geschäftsfelder investiert, die kurzfristige Superrenditen versprechen und sie ebenso kurzfristig verlässt, wenn sich der Boom als Blase erweist.

Der Neoliberalismus generiert weder Wachstum noch Beschäftigung, sondern beschleunigt Firmenzusammenbrüche und Arbeitsplatzvernichtung, aber seine Vernichtungsstrategien sind die Lebensgrundlage der Finanzrenditen. Der Neoliberalismus produziert märchenhafte Renditen aus dramatischen Zusammenbrüchen. Oder um es mit einem prosaischen Marx-Wort zu sagen: Der Neoliberalismus gleicht jener Gottheit, die ihren Nektar aus den Schädeln der Erschlagenen trinkt.

Für diese zunächst einmal sehr theoretische Annahme gibt es viele praktische, aber auch sehr aktuelle Beispiele.

3. Politische und ökonomische Entwicklungen in Europa

In der vergangenen Woche wurde die deutsche Öffentlichkeit innerhalb eines Tages mit vier Hiobsbotschaften aus der Wirklichkeit kapitalistischer Überakkumulation konfrontiert. Karstadt, Opel, Spar und Schlecker kündigten die Vernichtung von insgesamt 16.500 Arbeitsplätzen an. Was war geschehen? Zunächst einmal war sehr viel von Managementfehlern die Rede und schließlich folgten die üblichen Klagen über zu hohe Lohnkosten und schlechte Renditen.

Was dabei überhaupt keine Rolle spielte, war die schlichte Tatsache der angestauten Überkapazitäten. Also der Überakkumulation von Kapital in Montagestraßen, Warenhäusern und Verkaufsketten. Ohne Managementfehler oder ungünstige Kostenstruktur hätte es nicht Opel, sondern vielleicht Ford und auch nicht Karstadt, sondern einen anderen Kaufhausriesen getroffen. Karstadt-Quelle und Generalmotors werden zur Stilllegung von Produktionskapazitäten oder Verkaufsfläche gezwungen, weil es längst zu viel davon gibt und die Nachfrage weit hinter dem Angebot zurück hängt.

Das Fatale an der neoliberalen Strategie ist, dass sie zwei Übel verschärft, wegen derer sie erdacht wurde. Erstens wird der Erfolg dieser Strategie mit einer Ausweitung des überschüssigen Finanzkapitals erkaufte, was den globalen Druck auf die Realwirtschaft erhöht, zu neuen, spekulativen Investitionen führt und letztlich neue Kapitalvernichtungen nach sich zieht. Das zweite Übel aber besteht darin, dass die eigentliche Ursache der Überakkumulation, nämlich der Mangel an kauffähiger Nachfrage, um so größer wird, je mehr die Massenkauflkraft gedrückt, die Arbeitslosigkeit erhöht und die Staatskassen durch Steuersenkungen eingetrocknet werden.

Die europäische Wirtschaftsentwicklung ist ein exemplarisches Beispiel für diesen neoliberalen Teufelskreis aus Überakkumulation, schrumpfender Binnennachfrage, wachsender Massenarbeitslosigkeit und einem die Realwirtschaft zersetzenden Finanzsektor.

Nur einen Monat nach der überaus optimistischen Erklärung von Lissabon begann im April 2000 ein bislang beispielloser Zusammenbruch der Finanzmärkte, eine gewaltige Entwertung von Vermögen und ein wirtschaftlicher Abschwung, von dem sich Europa bis heute nicht erholen konnte. Im vergangenen Jahr verzeichnete der Euroraum lediglich ein Wachstum von 0,4 Prozent. Der Aufschwung des laufenden Jahres verdient seinen Namen nicht und seit Mitte dieser Woche wissen wir, dass er seinen Gipfel bereits überschritten hat, weil die Zuwachsraten des kommenden Jahres noch niedriger ausfallen werden – und dies trotz der Nachfrageinfusion aus den neuen Beitrittsländern.

Nichts wäre jetzt notwendiger, als die Suche nach Alternativen. Doch das Problem entspringt nicht aus einem Mangel an Alternativen, sondern einerseits aus einem Mangel an Phantasie und andererseits aus einem scharfen Interessengegensatz. Die privaten Geldvermögen sind inzwischen derart explodiert und haben eine so breite Massenschicht von Profiteuren geschaffen, dass der neoliberale Aberglaube zu einer materiellen Gewalt werden konnte.

Ich will hier nichts gegen die Ausarbeitung von Alternativen oder Programmen sagen, aber sie werden erst dann eine Bedeutung erlangen, wenn die Verlierer dieser Entwicklung

3. Politische und ökonomische Entwicklungen in Europa

diesen konkreten Interessengegensatz begreifen, die falsche Logik des Neoliberalismus verstehen, seine Mythen widerlegen können und ein nicht mehr unterdrückbares Bedürfnis nach einer grundlegenden, radikalen Wende in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik entwickeln.

Das aber setzt eine ökonomische Alphabetisierung der Protest- und Widerstandskaktionen voraus, weil nur aus dem Verstehen der Wirklichkeit – und nicht schon aus ihrer Ablehnung – die Fähigkeit zur Veränderung entsteht.

Die kleinmütige Alternativlosigkeit überwinden

Aus dem Unverständnis der ökonomischen Zusammenhänge und ihrer logischen Widersprüche entsteht auch der Mythos der Alternativlosigkeit neoliberaler Politik. Dem beugt sich auch der kürzlich erst erschienene Bericht der so genannten „Hochrangigen Gruppe über die Zukunft der Sozialpolitik in der erweiterten Europäischen Union“. In diesem Bericht geht es um nicht weniger, als den angeblichen Anpassungszwang für das Europäische Sozialmodell und vor allem um die Modifizierung der Erklärung von Lissabon. So wird zum Beispiel der weiteren Privatisierung der europäischen Rentensysteme das Wort geredet, um die europäischen Unternehmen unabhängiger von den angelsächsischen Renten- und Hedgefonds zu machen. Der angelsächsische Teufel soll also mit dem europäischen Belzebub ausgetrieben werden. Wobei es natürlich in erster Linie darum geht, seinerseits mit europäischen Rentenfonds in angelsächsische Unternehmen einzubrechen.

An dieser Stelle wird zweierlei deutlich. Erstens sehen die europäischen Institutionen keine andere Möglichkeit, die eigenen Unternehmen vor den zerstörenden Wirkungen des Finanzkapitals zu schützen, als das eigene Finanzkapital aufzurüsten, und zum zweiten ist Europa kein Globalisierungsoffer, sondern ein maßgeblicher Täter dieser kapitalistischen Globalisierung.

Die europäische Täterbiografie ist ziemlich umfangreich, weil die vereinigte Wirtschaftskraft von Deutschland, Frankreich und England in den globalen Institutionen eine maßgebliche Rolle bei der Deregulierung der Finanz- und Gütermärkte gespielt hat.

Nicht zu vergessen, dass die Europäische Union in vielerlei Hinsicht eine Vorbildrolle bei der globalen Tendenz zur Entdemokratisierung und Entpolitisierung wirtschaftspolitischer Entscheidungen spielt. Auf die gleiche Weise, wie die globalen Institutionen ohne demokratische Kontrolle in die Ökonomien der schwächeren Länder hineinregieren, dominieren in der europäischen Ökonomie Bürokratien, die niemand anderem verpflichtet sind, als den Regierungschefs und Ministerkonferenzen. Die Flut europäischer Richtlinien, mit denen sozialstaatliche Grundsätze dirigistisch ausgehöhlt und nationale Parlamente zum Nachvollzug gezwungen wurden, ist unübersehbar.

Doch die europäische Wirtschaftsstrategie kommt keineswegs ganz ohne Politik aus. Im Gegenteil, der Marktradikalismus der europäischen Behörden und Kommissare verlangt für seine Durchsetzung erhebliche politische Anstrengungen, aber diese Politik kommt ohne De-

3. Politische und ökonomische Entwicklungen in Europa

mokratie aus und sie vollzieht sich in einer Sphäre, die der öffentlichen Diskussion weitgehend entzogen ist.

Das beste Beispiel ist der so genannte Stabilitätspakt, der einerseits von den politischen Eliten mit drastischen Sanktionen ausgestattet wurde und inzwischen sogar seine Urheber drangsaliert, der sich aber andererseits jeder politischen Debatte entzieht, als wäre er wie die zehn Gebote über die betroffenen Menschen gekommen. Die europäischen Regierungen haben Schritt für Schritt ihre politische Handlungsfähigkeit an einen bürokratischen Apparat übergeben, der sich der demokratischen Willensbildung entzieht und der Union absolutistische Züge verleiht.

Als eine wirtschaftspolitische Todsünde muss schließlich das Statut der europäischen Zentralbank gewertet werden. Hier ist eine Institution geschaffen worden, die ausschließlich auf minimalste Inflationsraten festgelegt wurde, ohne wie etwa die Bundesbank an ein Gesetz gebunden zu sein, das gleichzeitig beschäftigungspolitische und gesamtgesellschaftliche Ziele vorgibt.

Wenn wir also über Alternativlosigkeit reden, dann müssen wir mit der Kritik dieser kleingläubigen Alternativlosigkeit bei der Politik beginnen. Europa braucht nicht nur Alternativen zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, wie es im Titel heißt, sondern die Politik muss endlich wieder Gestaltungsmöglichkeiten erhalten, die in den vergangenen Jahrzehnten von den neoliberal gesinnten Regierungen abgetreten wurden.

Grundelemente einer anderen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik

Selbstverständlich sind sämtliche Alternativen in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik davon abhängig, dass der politische und vor allem demokratisch legitimierte Einfluss der Politik erhöht und der Marktradikalismus der europäischen Institutionen überwunden wird.

Das einmal voran gestellt, geht es in der Wirtschaftspolitik hauptsächlich um eine Erhöhung der Binnennachfrage. Die Memo-Gruppe schlägt in dem Zusammenhang ein Sofortprogramm vor, das ein Prozent des Bruttoinlandprodukts des Europa der 15 betragen sollte. Damit stünden jährlich 90 Milliarden Euro zur Verfügung, die nach Vorstellung der alternativen Wirtschaftswissenschaftler in eine ökologisch verträgliche Verkehrsstruktur investiert werden sollten, die für ökologische Sanierung aufgewandt werden müssten und schließlich Zukunftsinvestitionen für Gesundheit und Bildung möglich machen sollen.

Ein solcher Wachstumspakt setzt allerdings eine verbindliche Koordination zwischen den Mitgliedsländern und eine Einbindung der Europäischen Zentralbank voraus.

Schließlich muss man sich daran erinnern, dass vor der Einführung der europäischen Währung über Konvergenzkriterien diskutiert wurde, die nicht nur die Geldpolitik, sondern auch andere wirtschafts- und sozialpolitische Standards betrafen.

So leuchtet es weder dem wirtschaftspolitischen Sachverstand, noch dem Alltagsbewusstsein ein, dass die Europäische Union die Krümmung der europäischen Banane festle-

3. Politische und ökonomische Entwicklungen in Europa

gen kann, aber unfähig zur Steuerharmonisierung ist. Mitglieds- und Beitrittsländer werden durch den Stabilitätspakt mit Zehntelprozenten auf die Grenze der staatlichen Neuverschuldung festgelegt, aber haben völlig freie Hand in der Gestaltung ihrer Steuersätze. Die Europäische Union braucht dringender denn je Konvergenzkriterien in der Steuerpolitik, wie sie ebenfalls verbindlicher Maßstäbe in der Sozial- und Beschäftigungspolitik bedarf.

So lange das gegenseitige Herunterkonkurrieren von Steuersätzen, Sozialausgaben und sozialen Standards anhält – wie übrigens auch der ökologischen und arbeitsmedizinischen Standards – ist eine alternative Wirtschaftspolitik in Europa undenkbar.

Öffentliche Nachfrage ist wichtig, zumal in Ländern wie Deutschland, das mit seinen öffentlichen Investitionen weit unter dem europäischen Durchschnitt liegt und bei diesem Posten mit Österreich die rote Laterne der EU trägt. Öffentliche Nachfrage ist auch gezielt und zukunftssicher einsetzbar, aber für die Konjunktur- und Beschäftigungspolitik hat die Massennachfrage zweifellos ein ungleich größeres Gewicht. Doch wenn man einmal vom sozialen Transfer des Staates absieht, dann hängt die Massennachfrage hauptsächlich vom Handlungswillen oder mehr noch von der Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften ab.

An dieser Stelle ist Gewerkschaftsschelte durchaus angebracht, was uns aber nicht davon abhalten sollte, von der Politik ein offensives Engagement gegen Lohndumping und die Einschränkung der gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit zu verlangen. Die europäische Norm für den gesetzlichen Mindestlohn liegt vor, aber selbst Deutschland entzieht sich dieser Norm, zählt 2,4 Millionen Vollzeitbeschäftigte, die mit ihrem Arbeitsentgelt unter der Armutsschwelle liegen und ist sogar dabei, staatliche Zwangsbeschäftigung für ein bis zwei Euro die Stunde einzurichten.

Und was für den Mindestlohn gilt, muss auch für die von der EU festgesetzte Armutsgrenze gelten. Was nutzt diese Grenze, die bei 50 Prozent des nationalen Durchschnittslohnes liegt, wenn trotz sozialer Transferleistungen 15 Prozent der EU-Bürger als arm gelten – und das mit steigender Tendenz. Auch das wäre ein Konvergenzkriterium, und zwar eines, das mit der gleichen Aufmerksamkeit beobachtet und mit dem gleichen Aufwand durchgesetzt werden müsste, wie die Kriterien des Stabilitätspaktes.

All diese Maßnahmen sind nicht nur Instrumente der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, Instrumente, mit denen Wachstum und Zukunftsfähigkeit gesichert werden kann, das sind auch Maßnahmen der Beschäftigungspolitik. Ich sage hier ausdrücklich Beschäftigungs- und nicht Arbeitsmarktpolitik, weil der Markt keine neue Form der Vollbeschäftigung schaffen wird.

Moderne Beschäftigungspolitik muss davon ausgehen, dass die bisherigen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik ebenso stumpf geworden sind, wie die frühere Form der Vollbeschäftigung der Vergangenheit angehört.

Arbeitsmarktpolitik beschränkt sich notwendigerweise auf die Erleichterung von Marktzugängen. Aber die Arbeitsnachfrage entsteht nicht auf dem Markt, sondern bei den Verwendern der Arbeitskraft. Und deren Bedarf wird – soweit es um Mehrwert produzierende Arbeit geht – einerseits durch die zunehmende Rationalisierung und andererseits durch nied-

3. Politische und ökonomische Entwicklungen in Europa

rige Wachstumsraten begrenzt. Ein marktgesteuerter Nachfragschub, der in der Lage wäre, die bestehende Massenarbeitslosigkeit auch nur annähernd abzubauen, ist ökonomisch nicht mehr vorstellbar und ökologisch nicht mehr vertretbar.

Auf diese Lage gibt es im Prinzip zwei Antwortmöglichkeiten.

Die erste Möglichkeit erleben wir gegenwärtig in Deutschland mit Hartz IV. Dabei handelt es sich um eine andernorts bereits erfolgreich angewandte Strategie, nämlich eine Entsorgungsstrategie. Die überschüssige Arbeit wird in Niedriglohnsektoren abgeschoben, die allerdings für die wirtschaftliche Entwicklung einer wissensbasierten Gesellschaft völlig bedeutungslos sind und sich bestenfalls für die Ausweitung des privaten Konsums der Besserverdienenden eignen. Wir erleben nicht den Weg in die viel prognostizierte Dienstleistungsgesellschaft, sondern die Rückgewinnung der Dienstbotengesellschaft. Um nichts anderes handelt es sich übrigens auch, wenn die EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II für einen Euro in der Stunde so genannte gemeinnützige Arbeiten in sozialen Einrichtungen leisten.

Wobei man allerdings sagen muss, dass sich hinter diesem sträflichen Missbrauch des Wortes gemeinnützig ein richtiger Gedanke verbirgt.

Die zweite Möglichkeit, die sich zur Lösung der Beschäftigungskrise nämlich geradezu aufdrängt, ist die Schwerpunktverlagerung des Arbeitssystems von der produktiven auf die reproduktive Arbeit. Denn je weniger Arbeit für die Herstellung der materiellen oder immateriellen Waren gebraucht wird, desto größer der Bedarf an Arbeiten, die der gesellschaftlichen Reproduktion nutzen. Eine Gesellschaft, in der die Menschen kürzer arbeiten, aber länger lernen müssen, in der die Aufrechterhaltung des sozialen Zusammenhangs um so mehr Anstrengungen verlangen, je mehr sich die alten Sozialisierungsstrukturen auflösen, eine solche Gesellschaft hat einen geradezu explodierenden Bedarf an Arbeit, die nicht unmittelbar der materiellen Produktion dient, sondern zur Aufrechterhaltung der Produktionsbedingungen eingesetzt werden muss.

Wir erleben das Gegenteil. Der größte Arbeitsplatzvernichter des vergangenen Jahrzehnts ist der öffentliche Dienst. Getreu der neoliberalen Devise, dass jede Arbeit zu reduzieren ist, die keinen Mehrwert schafft, werden genau diejenigen Arbeiten abgeschafft, die weder Wert noch Mehrwert schaffen, aber letztlich um so unverzichtbarer sind, je weniger die unmittelbar in der Produktion angewandte Arbeit über die Produktivität einer Gesellschaft entscheidet, sondern jene Arbeit, die die Produktionsbedingungen selber sichert: Erziehungsarbeit, Bildungsarbeit, wissenschaftliche Arbeit, Kulturarbeit und alle jene Arbeiten, die immer notwendiger werden, um das Abdriften der Zivilisation in die Barbarei zu verhindern.

Wobei nicht nur an den öffentlichen Dienst im klassischen Sinne zu denken ist. Die PDS hat bereits vor Jahren ein Konzept für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor entwickelt, der in groben Zügen als gemeinwohlorientierter Aufgabenbereich beschrieben werden kann. Ein Bereich, für den der Staat zwar die Verantwortung trägt, den er aber nicht selber zu schaffen, sondern für dessen Finanzierung er zu sorgen hat. Ein Sektor zwischen Staat und Markt, mit tariflich gesicherten Einkommen, aber selbstorganisiert, alltagsnah und

3. Politische und ökonomische Entwicklungen in Europa

basisorientiert, aber frei von jenem Dilettantismus und der Prekarität, die man hierzulande vom so genannten zweiten Arbeitsmarkt kennt.

Das ist kein Königsweg der Beschäftigungspolitik, aber ein wichtiges Element zum Umbau des Beschäftigungssystems. Auf die gleiche Weise, wie die europäische Konjunktur und Wachstumspolitik eines wirksamen Investitionsprogramms für die Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur bedarf, braucht eine zukunftsfähige Beschäftigungspolitik ein Investitionsprogramm für den Umbau des Arbeitssystems. Europa braucht neben der Ausweitung staatlicher Dienstleistungen einen zentralen Fonds für soziale und ökologische Gemeinschaftsaufgaben, mit dem ein zukunftsfähiger Beschäftigungssektor zur Verbesserung der gesellschaftlichen Reproduktion geschaffen wird.

Und ganz nebenbei gesagt, ist diese Investition in die gesellschaftliche Reproduktionsfähigkeit nicht nur eine sozialstaatliche, sondern auch eine wirtschaftspolitische Zukunftsaufgabe.

Nach diesem notwendigerweise kurzen und schematischen Abriss zu den Alternativen einer europäischen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik will ich nicht abschließen, ohne drei Schlussbemerkungen zu machen.

Erstens sind die gemachten Vorschläge keine Absage an eine hoch produktive und im globalen Maßstab leistungsfähige Wirtschaft, sondern sie sind eine Voraussetzung dafür. Doch im Unterschied zur neoliberalen Strategie geht es hier nicht um Weltmarktdominanz, sondern um internationale Kooperationsfähigkeit und Binnenmarktorientierung.

Zweitens ist Europa zwar eine politische Realität, aber keine, die ausschließlich neoliberal zu regulieren wäre. Die politischen Institutionen – ihre Demokratisierung vorausgesetzt – sind bereits eine entscheidende Voraussetzung, um eine Harmonisierung der sozialen und ökonomischen Standards im Sinne einer nachhaltigen und sozialverträglichen Modernisierung umzusetzen.

Drittens aber ist die ökonomische und soziale Umgestaltung der EU keine Angelegenheit der Institutionen, sondern der politischen Akteure in den Regionen. Hier muss vom Widerstand und der Kritik an der europäischen Politik zur unüberhörbaren Forderung nach einer grundlegend anderen Politik übergegangen werden. Ein anderes Europa ist möglich, aber nur wenn der Kampf dafür in den Ländern selbst beginnt. Denn die europäische Politik ist uns viel näher, als wir meistens denken. Sie ist unser Alltag und hier hat dementsprechend auch der Widerstand und vor allem die angesprochene ökonomische Alphabetisierung des Widerstandes zu beginnen.

4. Felder der Zerstörung des Sozialstaats und des Widerstands

4.1 Öffentliche Daseinsvorsorge zwischen Privatisierung und Kahlschlag (Arbeitsgruppe 1)

Dr. Werner Rügemer

Privatisierung in Deutschland – eine Zwischenbilanz

Privatisierung wird meist als die Übernahme von öffentlichen Dienstleistungen durch private Unternehmen verstanden. Diese Definition ist jedoch zu einseitig: Erstens geht es nicht nur um Dienstleistungen, sondern auch um die politische Gestaltung des Gemeinwesens, etwa durch die Parteien. Zweitens wird ein wiederkehrendes Merkmal zahlreicher Privatisierungen ausgeklammert, nämlich die aktive Funktion des Staates: Er sichert den privaten Profit rechtlich, politisch und finanziell ab; häufig profitiert er auch selbst auf einer bestimmten Ebene mit (während er auf anderen verliert).

Es kommt also nicht nur auf die Rechtsform an; entscheidend ist vielmehr, wie die langfristigen Folgen für die Gemeinschaft hinsichtlich Demokratie, Arbeitsplätzen, Steuern, Gebühren/Preisen, Umwelt und Zugangsmöglichkeiten ausfallen. Unter Privatisierung, die einer systematischen Kritik zu unterziehen ist, verstehe ich deshalb die profitbestimmte Ausrichtung gemeinschaftlicher Aufgaben.

I. Ebenen der Privatisierung

1. Privatisierung der politischen Parteien

Die Privatisierung begann in Deutschland bei den Parteien. Mit Beginn der Bundesrepublik übernahmen vor allem die großen Unternehmen die Finanzierung von CDU, CSU und FDP. Nicht nur Sozialismus und Kommunismus sollten abgewehrt werden, sondern auch jede Form der „zu weitgehenden“ Demokratie; so sollten der Einfluss der Gewerkschaften und die Mitbestimmung auf ein systemkompatibles Minimum begrenzt bleiben. Die Finanzierung sollte auch die „wirtschaftsfreundlichen“ Kräfte in den Parteien gegenüber ihren „Arbeitnehmerflügeln“ bzw. linksliberalen Strömungen stärken. Die Finanzierung geschah heimlich und illegal und im großen Stil. Sie wurde weitgehend über den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und Privatbanken wie Sal. Oppenheim organisiert. Bis 1978 – dem Beginn der staatlichen Parteienfinanzierung – flossen über steuerbegünstigte „staatsbürgerliche Vereinigun-

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

gen“, Tarnfirmen in Liechtenstein und Nummernkonten in der Schweiz etwa 220 Millionen DM an die genannten Parteien.¹

Mit der staatlichen Finanzierung hörten weder die verdeckten noch die offen ausgewiesenen Unternehmensspenden auf. Für erstere stehen die „Flick-Affäre“ zu Beginn der 80er Jahre und die im Jahre 2000 bekannt gewordenen „schwarzen Kassen“ des langjährigen CDU-Bundeskanzlers Helmut Kohl. Bei den legalisierten, in den Rechenschaftsberichten ausgewiesenen Unternehmensspenden zeigt sich z.B., dass die Deutsche Bank bis heute der Hauptsponsor der CDU ist. Mit ihrer allmählichen Regierungsbeteiligung und „Wirtschaftsfreundlichkeit“ wurde auch die SPD in die private Finanzierung durch Unternehmen einbezogen – sowohl hinsichtlich der illegalen wie legalen Variante.² Die private Parteienfinanzierung ist auch auf der kommunalen Ebene fest etabliert. Gleichzeitig finanzieren Unternehmen einzelne Abgeordnete im Bundestag, in Landtagen und in Kommunalparlamenten durch Beraterverträge und Geschäftsführerposten ohne arbeitsmäßige Gegenleistung. Solche Zahlungen sind legal.³ Die Politikprivatisierung trägt dazu bei, dass Grundsätze privater und einzelbetrieblicher Profitmaximierung zum selbstverständlichen Repertoire der großen Parteien gehören.

2. *Privatwirtschaftliche Interessen im öffentlich-rechtlichen Gewand*

Ebenfalls seit Beginn der Bundesrepublik bestehen öffentlich-rechtliche Organisationsformen, mit denen privatwirtschaftliche Profitinteressen durchgesetzt werden:

- Die Berufsgenossenschaften (BG) werden von den Unternehmen finanziert, haben aber die Definition und Kompensation der Berufskrankheiten vollständig in der Hand. Die BG schieben viele berufsbedingte Krankheiten und deren Folgen auf die Sozialkassen (Krankenkassen, Arbeitslosenhilfe) ab.
- Die Industrie- und Handelskammern (IHK) wurden gegründet, um die nach dem Ende des Nationalsozialismus vorgeschlagenen „Wirtschaftsräte“, in denen auch Arbeitnehmer Mitglied sein sollten, zu verhindern. Die IHK sind militante Verfechter der Privatwirtschaft, mit großem Einfluss auf Gesetzgebung, Justiz, Kommunalpolitik und Berufsausbildung; in den Kommunen gehören sie zu den Antreibern der Privatisierung.
- Die Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Vereinigungen (KV, KZV) beruhen ebenfalls auf gesetzlicher Zwangsmitgliedschaft. Sie setzen in der medizinischen Versorgung einseitig privatwirtschaftliche Interessen durch, wie sich zuletzt bei der „Gesundheitsreform“ zeigte.⁴

1 Vgl. Kiep, Walther Leisler: Was bleibt ist große Zuversicht. Berlin/Wien 1999, S.315 ff. Die Zahl bezieht sich nur auf die Bundesebene.

2 Rügemer, Werner: Wirtschaften ohne Korruption. Frankfurt 1996, S. 98 ff.

3 Ders.: Colonia Corrupta. Privatisierung, Globalisierung und Korruption, Münster 2003, S. 21

4 Werner Rügemer: Korruption im Gesundheitswesen, verdi-„Hintergrund“, April 2003

**5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung.
Bericht über die Podiumsdiskussion**

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

3. *Private Medien*

„Privatisierung“ hat in der Bevölkerung eher einen guten Klang. Einen wesentlichen Anteil daran haben die privaten Medien. Seit 1953 kritisierten der damalige CDU-Bundeskanzler Konrad Adenauer und der BDI den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als „Rotfunk“. Die ersten Versuche zur Gründung eines privaten TV- und Werbeprogramms scheiterten am Widerstand der SPD-regierten Bundesländer.

1981 bot Radio Television Luxembourgeoise (RTL) dem Bundesverband der Deutschen Zeitungs-Verleger (BDZV) ein privates Rundfunkprogramm mit umfangreichen Werbesendungen an. Ab 1984 strahlte RTL täglich 20 Stunden Rundfunk nach Deutschland aus. Dafür benutzt wurden die Kanäle der luxemburgischen Satellitengesellschaft Astra, an der bis heute die Deutsche Bank Luxemburg beteiligt ist. Später folgten die TV-Programme von RTL und anderen Sendern. Lokale und regionale TV-Programme kamen hinzu; sie sind wesentlich in der Hand der privaten Zeitungsverlage. Bestärkt wurde diese Privatisierung durch die Europäische Kommission. 1984 erklärte sie in ihrem Grünbuch „Fernsehen ohne Grenzen“ die Medienprodukte als Wirtschaftsgut.⁵ Die Privatmedien haben durch ihre Existenz und Dauerbotschaft die positive Haltung der Bürger, insbesondere der jüngeren, zur Privatisierung vorbereitet und halten sie weiter aufrecht.

4. *Zentralstaatliche Privatisierungen*

Der endgültige Schub für systematische Privatisierung kam durch den Zusammenbruch der sozialistischen Länder und ihre privatwirtschaftliche Rückeroberung. An der Privatisierung einer gesamten Volkswirtschaft – Beispiel DDR ab 1991 – können wesentliche Verläufe und Ergebnisse von „Privatisierung“ abgelesen werden: Staatlich gedeckte Korruption, Marktberreinigung im Interesse von Monopolunternehmen, reduzierte Arbeitsplätze, abgesenkte Löhne und Arbeitsrechte, ausgedünnte kommunale Leistungen u.ä.⁶

Trotz dieser Ergebnisse wird auf Drängen der Unternehmens- und Bankenlobby und nach Vorgaben der Europäischen Kommission die Privatisierung zentralstaatlicher Unternehmen durchgezogen: Lufthansa, Bundesbahn, Bundespost, Bundeswehrverwaltung. Die Folgen werden öffentlich kaum diskutiert: hunderttausende Arbeitsplätze wurden abgebaut, die Leistungen wurden in der Regel teurer und unsicherer. Dabei ist auf die Gesamtbilanz zu achten: der Staat übernimmt z.B. zugunsten der privatisierten Telekom und Post jährlich 8 Mrd. Euro – mit steigender Tendenz - für Pensionen von Vorruheständlern der ehemaligen Bundespost.⁷

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen wurde zum Vorreiter einer flächendeckenden Privatisierung. Am 19.9.2003 stellte es das Gutachten „Public Private Partnership im öffentlichen Hochbau“ vor, erstellt von einem Beraterkonsortium unter Füh-

5 Pape, Martin: Deutschlands Private. Hörfunk und Fernsehen im Überblick, Neuwied 1995

6 Winter, Felix: Der größte Konzern aller Zeiten – eine Bilanz der Treuhandanstalt. Köln 2004

7 Rügemer, Werner: Privatisierungszauber, Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2003, S. 2003

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

rung der Wirtschaftsprüfer Price Waterhouse Coopers (PWC) und der Anwaltskanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer. Die öffentlichen Immobilienbestände sollen privat bewirtschaftet, zukünftige Bauten sollen privat finanziert und betrieben werden.⁸ Nach dem Konzept dominiert die private Seite, ihre Haftung ist gering, die Gewinngarantien sind dagegen hoch, die Verwertungsfreiheiten groß. Nach diesem Muster wird bereits in Bundesländern und in Städten gearbeitet. Das größte Projekt ist „Toll Collect“. Der Staat erhofft sich durch die LKW-Maut hohe Einnahmen. Billigere und leistungsfähigere Mautsysteme wurden ausgeschlossen, das Vergaberecht gebrochen.⁹

Schließlich werden die sozialen Sicherungssysteme in verschiedenster Weise privatisiert: private Zusatzversicherungen für Renten („Riester-Rente“), Berufsunfähigkeit und Gesundheit wurden eingeführt. Dies betrifft insbesondere Menschen mit eher geringen Einkommen, die für zusätzliche Versicherungen sowieso kein Geld haben. Die Bundesanstalt für Arbeit, umbenannt in Bundesagentur, wurde um private Agenturen ergänzt und nach privatwirtschaftlichen Prinzipien umorganisiert.¹⁰

5. Bundesländer und Kommunen

Seit einem Jahrzehnt wird in Bundesländern und Kommunen privatisiert. Ein drastisches Beispiel ist die Berliner Bank. Hier wird deutlich, wie schwer eine gescheiterte Privatisierung zu korrigieren ist und wie sie die Bürger und öffentlichen Haushalte auf Jahrzehnte mit Milliardenbeträgen belasten kann.¹¹ Meist gehen solche Privatisierungen jedoch ohne öffentliche Diskussion vor sich, z.B. der Verkauf der Landesanteile der Energie Baden-Württemberg (EnBW) an den größten europäischen Stromkonzern Electricité de France (EdF). Obwohl die Landesregierung nur vom Verkauf von 25 % sprach, erreichte EdF durch Tricks eine Anteilsmehrheit von 68 % und damit das Recht auf Gewinnabschöpfung. Ein „Top-Fit-Programm“ mit dem Ziel, möglichst viele EnBW-Beschäftigte ab 52 Jahren zulasten der Arbeits- und Sozialkassen ausscheiden zu lassen, ist die Folge.¹²

In den Kommunen wird in verschiedenen Formen privatisiert. Erstens werden Anteile an Stadtwerken oder Einzelunternehmen (Wasser, Abfall) verkauft.¹³ Zweitens werden private Betreiber beauftragt, etwa bei Müllverbrennungsanlagen und Klärwerken. Drittens errichten private Investoren Kongresszentren, Rathäuser und Turnhallen, die von den Städten gemietet werden, meist für Laufzeiten zwischen 20 und 30 Jahren. Obwohl mit der kostengünstigeren Wirtschaftsweise der Privaten argumentiert wird, unterbleiben bisher seriöse Ver-

8 Price Waterhouse Coopers/Freshfields Bruckhaus Deringer u.a.: PPP im öffentlichen Hochbau, August 2003

9 Rügemer, Werner: Toll Collect als Lehrstück für Public Private Partnership, Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2004.

10 Vgl. Werner Rügemer: Schlanker Staat, fette Berater, konkret 4/2004, S. 22 ff.

11 Till Meyer: Gauner, Strohmänner und Bilanzfälscher – Der Berliner Bankenskandal, junge welt 12.11.2003.

12 Werner Rügemer: Hungerkur für das „Top-Fit-Programm“, Frankfurter Rundschau 30.10.2003.

13 Vgl. Nikolaus Geiler: Das 20-Milliarden-Euro-Spiel. Die Liberalisierung des Wasser- und Abwassermarktes. Stuttgart 2004.

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

gleichsrechnungen; in der Regel sind die Privatisierungen auf lange Sicht sehr viel ungünstiger.¹⁴ Wohnungsgesellschaften, Schulen, Kliniken, Sparkassen, Volkshochschulen, Museen: vom Privatisierungswahn ist nichts ausgeschlossen.¹⁵ Dazu gehören auch Privatisierungen, die ins Kriminelle reichen. Bei „Cross Border Leasing“ haben etwa 100 deutsche Städte hochwertiges Eigentum (Messehallen, Schienennetze, Straßenbahnen, Klärwerke) an anonyme Investoren in den USA verkauft und zurückgemietet, um aus dem in den USA unrechtmäßig entstehenden Steuervorteil mit einigen Millionen Dollar zu partizipieren. Dabei begeben sie sich in die Gefahr der Enteignung.¹⁶

Die Kommunen sind – wie der Bundesstaat bei Toll Collect, Telekom, Deutsche Bahn – nicht nur Opfer, sondern auch Täter. Die Stadtwerke vor allem der großen Städte wie Köln, Frankfurt und Mannheim entwickeln sich durch Dumpingpreise für Großkunden und internationale Zukäufe selbst zu global players, die mithilfe der kommunalen Mehrheitseigner die Bürger der „eigenen Städte“ mit überhöhten Preisen über den Tisch ziehen.¹⁷

II. Widerstand und Alternativen

„Ordnungspolitisch war die Privatisierung der Post richtig, haushaltspolitisch entwickelt sie sich zum Super-GAU.“ Diese Aussage des CSU-Haushaltssprechers¹⁸ zeigt: Die für die Gemeinschaft negativen Auswirkungen liegen offen zutage, werden aber zugunsten eines fundamentalistischen Marktglaubens und der Privatisierungsgewinnler verteidigt.

Die verschiedenen Formen der Privatisierung sind keineswegs deshalb zu kritisieren, weil sie, wie oft behauptet wird, eine „Ökonomisierung aller Lebensbereiche“ darstellen.¹⁹ Jede soziale Leistung muss durch Steuern und andere Beiträge erwirtschaftet werden. Es geht vielmehr darum, die Unterwerfung unter einzelbetriebliche, antisoziale und zumeist noch monopolistische Profitwirtschaft abzuwehren.

Der Begriff der Privatisierung ist einseitig an der freien Entfaltung großer Investoren orientiert. Privatrechtliche Assoziationen von Bürgern werden dagegen bekämpft. Dies trifft etwa auf Genossenschaften und „Bürger-GmbHs“ zu. In West- und Ostdeutschland haben sich Einwohner vor Ort zusammengetan und organisieren z.B. die gemeinsame Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung. Landesregierungen und Banken verhindern zahlreiche derartige Projekte.²⁰ Dass trotzdem einige Initiativen erfolgreich sind, wird aus der öffentlichen Diskussion bisher ferngehalten. Ähnliches gilt für die erfolgreichen Bürgerentscheide gegen kommunale Privatisierungen wie in Münster und Düsseldorf, ebenso für die erfolgreichen Bürgerentscheide gegen Cross Border Leasing in Kulmbach und Bergisch-Gladbach.

14 Vgl. Werner Rügemer: *Colonia Corrupta* a.a.O., S. 18, 30, 40, 102 ff.

15 Vgl. www.attac.de/privatisierungswahn.

16 Vgl. Werner Rügemer: *Cross Border Leasing – Ein Lehrstück zur globalen Enteignung der Städte*. Münster 2004.

17 WEED (Hrg.): *GATS und Kommunen*, Berlin 2004, S. 15 ff.

18 *junge welt* 20.4.2004.

19 Robert Misik: *Das McKinsey-Syndrom*, taz 23.3.2004.

20 Werner Rügemer: *Wenn der Privatisierer kommt. Wasser und Abwasser in Sachsen*, hrg. von der PDS

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

Die Bürger verhalten sich bisher ambivalent: Bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg stimmte die Mehrheit gegen die Privatisierung der Kliniken, wählte aber mehrheitlich die CDU, die die Kliniken verkaufen will.²¹

Unter den Bedingungen der Kollaboration zwischen Staat und Privatwirtschaft kann nicht einfach gefordert werden, man müsse die Privatisierungen stoppen oder zurücknehmen. Es geht vielmehr darum, neue Formen gemeinschaftlicher Selbstverwaltung im Widerstand gegen Staat und Privatwirtschaft zu etablieren, als Keimform für zukünftige, allgemeinere Lösungen. Dazu gehören auch die Bekämpfung der Korruption, die von Unternehmenszahlungen freien Parteien, die Demokratisierung solcher Organisationen wie IHK, KV und KZV und die Informationsfreiheit.²²

Landtagsfraktion, Dresden 2002, S. 35 ff.

21 junge welt 1.3.2004.

22 Vgl. www.transparency.de.

Fritz Meinicke

Bericht zur Arbeitsgruppe 1

Zu dem Thema „Öffentliche Daseinsvorsorge zwischen Privatisierung und Kahlschlag“ referierten Christophe Aguiton, attac Paris und der Publizist Dr. Werner Rügemer von transparency international, Köln.

Dabei gingen beide Redner auf die politischen und sozialen Entwicklungen und Auswirkungen der Privatisierung in ihren Ländern ein und untersuchten die Politik der herrschenden, neoliberalen Parteien, die vorwiegend dubiose Rolle der Medien und die Formen des Widerstandes. Aguiton und Rügemer zeigten die vielen Übereinstimmungen in ihren Ländern bei der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen auf.

Dr. Rügemer bezeichnete den Zusammenbruch der DDR und den dort seit 1990 eingeleiteten Ausverkauf der industriellen Grundstruktur durch die Treuhand als Beginn der forcierten Ausdehnung der Privatisierung und der Zerstörung des Sozialstaates in Gesamtdeutschland. Diese Politik brachte nicht nur Millionen Leidtragende in der ehemaligen DDR, sondern eine Zunahme der Entrechtlichung und Arbeitslosigkeit auch in der alten BRD.

Dazu kommt besonders, dass die Sozialversicherungssysteme für dadurch zunehmende, rapide soziale Verschlechterungen von Teilen der Bevölkerung in Haftung genommen werden, Verluste „sozialisiert“ und Gewinne privatisiert werden. Es werde noch, mit wenigen Ausnahmen, zu schwacher Widerstand gegen diese Entwicklung organisiert. Hinzu komme, dass der Kenntnisstand der Bevölkerung minimal sein und die Medien mit zur Bagatellisierung der sich vollziehenden Entwicklung beitragen.

Beide Redner schilderten Beispiele aus den Bereichen Müllentsorgung, Wasser- und Energiewirtschaft in ihren Ländern bis hin zur Privatisierung von Gefängnissen und Schulen.

Das Motiv sei private Gewinnmaximierung mit staatlichen Garantien. Hier herrsche das Geflecht der Korruption à la Colonia Corrupta und demokratische Regelungen würden völlig außer Acht gelassen. In diesem Zusammenhang wurde auf die verhängnisvolle Rolle der Beraterkanzleien mit ihren millionenschweren Honoraren bei der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen hingewiesen, sie seien die Stoßtrupps der Privatisierung.

Anhand zahlreicher kommunaler Beispiele wurde auch in der Diskussion auf die Notwendigkeit von Bürgerwiderstand und Bürgerinitiativen hingewiesen und einige positive Beispiele von erfolgreichen Bürgerbegehren angeführt. Ziel sollte sein, die öffentliche Diskussion „am Kochen“ zu halten.

In der abschließenden Zusammenfassung wurden die Zusammenhänge zwischen den nationalen Entwicklungen und der Globalisierung mit den Fragen der Außen- und Militäropolitik aufgezeigt.

**5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung.
Bericht über die Podiumsdiskussion**

Ausführlich wurde in der Diskussion auf die imperialistische Militär- und Rüstungspolitik mit ihren verheerenden Auswirkungen auf die sozialen Verhältnisse hingewiesen.

Die Frage nach mehr Widerstand zog sich wie ein roter Faden durch die gesamte Diskussion, konnte aber nur ansatzweise beantwortet werden.

4.2 Alternativen zu Arbeitslosigkeit und Ich-AG (Arbeitsgruppe 2)

Angela Klein

Die EU-Sozialpolitik enthüllt einen grundlegenden Konstruktionsfehler der Europäischen Union – ihr fehlendes Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben

Fragen der Währungspolitik oder der Zoll- und Außenhandelspolitik sind Gemeinschaftsaufgaben, für die die Mitgliedstaaten ihre Kompetenzen an die Europäische Zentralbank oder an die EU-Kommission abgegeben haben. Es gibt einen Stabilitätspakt, der Bestandteil des Vertragswerks von Maastricht ist und der vorschreibt, wie viel Preissteigerung und Haushaltsdefizit die Wirtschaft eines Mitgliedstaats haben darf. Seine Leitplanken: Preisstabilität, globale „unverfälschte“ Wettbewerbsfähigkeit, Stärkung des Binnenmarkts, Freiheit für Waren, Kapital und Unternehmer bilden das Fundament nicht nur für die Arbeit der Europäischen Zentralbank, sondern auch des EU-Verfassungsvertrags.

Ähnliche Festlegungen gibt es für die soziale Ordnung nicht. Wenn ein Mitgliedstaat die Defizitgrenze von 3 % übersteigt, kommt aus Brüssel ein Blauer Brief, der Korrekturen anmahnt. Wenn diese Korrekturen nicht angebracht werden, drohen hohe Geldstrafen. Wenn aber die Arbeitslosigkeit in einem Mitgliedstaat die Grenze von 5 % übersteigt, gibt es keine Sanktionen.

Das liegt daran, dass die Union sich für die sozialen Sicherungssysteme, für die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit und den Schutz der Arbeit gegen kapitalistische Willkür nicht zuständig fühlt. Die Union hat auf einer ganzen Reihe von Politikfeldern eine Harmonisierung von Standards bewirkt: das betrifft Industrienormen, Umweltgesetze, Asylgesetze; es gibt eine gemeinsame Ermittlungsbehörde, eine gemeinsame Rüstungsagentur. Nur auf zwei Gebieten wird eine solche Harmonisierung strikt ausgeschlossen: auf dem der Unternehmenssteuern und auf dem des Sozial- und Arbeitsrechts. Hier soll nichts harmonisiert werden, hier ist im Gegenteil Konkurrenz erwünscht: Konkurrenz zwischen Lohnniveaus und zwischen dem Niveau sozialer Absicherung unter den Mitgliedstaaten.

Das bedeutet nicht, dass die Union in der Gestalt der Kommission in Bezug auf diese Bereiche nicht Politik machen würde. Sie macht sie sehr wohl – mit Hilfe der sogenannten Methode der offenen Koordinierung, die einen ständigen Prozess von nationaler und europäischer Berichterstattung sowie Empfehlungen für die Mitgliedsregierungen unterhält. Die Agenda 2010, die Gerhard Schröder in der BRD durchsetzt, ist nicht auf seinem Mist gewachsen, sie ist eine deutsche Umsetzung der Strategie von Lissabon vom März 2000. Ihr Kernstück ist die Herabsetzung insbesondere der unteren Löhne und Gehälter um 20 bis 30 %. Die EU-Empfehlungen (z.B. in Form der Beschäftigungspolitischen Leitlinien) sind nicht bindend

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

– Gerhard Schröder muss nicht die Agenda 2010 machen. Aber er muss „sparen“, also den Stabilitätspakt einhalten und er muss den Wettbewerb und den Binnenmarkt fördern. Es gibt für ihn nur einen indirekten Zwang, neoliberale Wirtschaftspolitik zu betreiben – wobei auch dieser Zwang relativ ist: sich an diese Vorgaben nicht zu halten bedeutet, die Kriterien von Maastricht in Frage zu stellen.

Dies ist eine Hürde, vor der heute jede Alternative zum Neoliberalismus steht. Ein alternatives Wirtschafts- und Sozialprogramm ist im nationalen Rahmen nicht mehr zu verwirklichen. Es stößt sofort an die Grenzen der Kompetenzen, die die Mitgliedstaaten abgegeben haben, und der Rahmenbedingungen, die die EU für die 25 Staaten setzt. Die EU ist damit ein Sonderfall der Globalisierung: sie enthält nicht nur die Dimensionen des Freihandels und der Globalisierung von Produktionsabläufen und Kapitalmärkten. Hier kommt eine Protostaatlichkeit auf europäischer Ebene hinzu, die die Bevölkerungen in der EU zu stärkerer Zusammenarbeit auf einer ganzen Reihe von Gebieten zwingen. In einigen Fällen scheint uns diese sinnvoll, in vieler Hinsicht stellt die Unionspolitik einen Rückschritt gegenüber dem dar, was auf nationalstaatlicher Ebene erreicht wurde. Das gilt vor allem für die sozialen Errungenschaften.

Wir haben zwei Möglichkeiten, darauf zu antworten: 1) durch den Rückzug aus der EU und auf den Nationalstaat. Ein solcher Weg wird für die meisten Mitgliedstaaten und ihre Bevölkerungen heute verbaut sein. Die Märkte sind zu stark integriert und das große Kapital ist zu eng miteinander verfilzt, als dass die alten Zollschränke wieder hoch gezogen und die Kapitalverbindungen wieder entflochten werden könnten. Für jeden größeren Kapitaleigner in Europa ist sein uneingeschränktes Wirken im europäischen Raum die Voraussetzung dafür, dass er groß genug werden kann, um auf dem Weltmarkt zu bestehen.

Der Rückzug auf den Nationalstaat ist aber auch aus der Sicht der Lohnabhängigen und der Gewerkschaften nicht möglich. Das Kapital ist weitaus mobiler als die Arbeitskraft. Solange ungleiche Lohn- und Sozialstandards in Europa gegeben sind, macht sich das Kapital diese Ungleichheit zunutze, um die Beschäftigten, aber auch die Erwerbslosen gegenseitig in Konkurrenz zu bringen und untereinander auszuspielen. Mit dieser Situation war die europäische Arbeiterklasse schon 1864 konfrontiert – sie reagierte darauf mit der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation: englische und französische Arbeiter setzten sich in London zusammen und versprachen sich aktiven gegenseitigen Beistand. Solidarität statt Konkurrenz.

Zwischenzeitlich sind die Nationalstaaten in Europa zur dominierenden Form der Regulierung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit geworden – durchaus mit der Folge zweier Weltkriege, die ihre Ursache in der Konkurrenz dieser Staaten und der sie beherrschenden Kapitalinteressen hatten. Die Notwendigkeit für das Kapital in Europa heute, den Wettbewerb gegen die USA zu gewinnen, erfordert nicht nur einen größeren Binnenmarkt und Konzerne, die sich vom Wirkungsbereich eines Nationalstaats längst emanzipiert haben; sie erfordert auch die Konzentration staatlicher Mittel EU-weit z.B. auf gemeinsame Militärprogramme, aber auch Forschungsprogramme, Rüstungsproduktion, sowie die gemeinsame Regulierung der Immigration von Arbeitskräften. Das erodiert unweigerlich das nationalstaatliche Gefüge. Die herrschende Klasse antwortet auf diese Notwendigkeit mit einer „Mehrebe-

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

nenpolitik“ – eine Art „Arbeitsteilung“ zwischen den Nationalstaaten und der Union, die zugleich eine enge Zusammenarbeit dort herstellt, wo es gilt, europäische Interessen gegen transatlantische oder andere durchzusetzen, und die Konkurrenz als Motor der Kapitalakkumulation innerhalb der EU weiter befördert. So kommt die oben geschilderte Disbalance zustande.

Für die erwerbsabhängige Bevölkerung in Europa ist dieser Zustand unerträglich. Sie muss sich europaweit zusammenschließen, um ein Gegengewicht gegen das Kapital zu bilden. Die europäische Dimension wird somit notwendig zu einer zusätzlichen Dimension für das Handeln von Gewerkschaften, Linksparteien und sozialen Bewegungen. Das wirft aber sofort auch die Frage auf, wie denn „ein anderes Europa“ beschaffen sein müsste, wenn es der erwerbsabhängigen Bevölkerung auf dem gesamten Kontinent einen Fortschritt bringen soll.

Gegenüber der Kapitalseite hängen die Arbeiterbewegung und die Linke europapolitisch sehr hinterher. SPD, Grüne und Gewerkschaften haben sich bislang im Grundsatz immer positiv zur EU verhalten. Die europäische Sozialdemokratie ist eine der Hauptarchitektinnen des Vertragswerks von Maastricht wie auch der Strategie von Lissabon. Der EGB hatte 1993 massive Kritik an dem Vertragswerk geäußert, wegen seiner mangelnden sozialen Dimension. Er drohte damals sogar mit europaweiten Streikmaßnahmen – ließ sich den Schneid dann aber abkaufen durch die Verankerung des „sozialen Dialogs“. Er hat allen gravierenden Einschnitten zugestimmt: der Charta der sozialen Grundrechte ebenso wie dem EU-Verfassungsvertrag.

Der EGB ist aber nicht mehr als ein Lobbybüro in Brüssel. Die Gewerkschaften sind europaweit weder streik- noch tariffähig. Der Verfassungsvertrag sieht ein europäisches Streikrecht nicht vor. Auseinandersetzungen wie die bei Opel haben aber deutlich gemacht, wie wichtig es ist, das Standortdenken zu überwinden und grenzübergreifende gewerkschaftliche Kampffähigkeit zu erreichen. Ihre nationale Organisationsform und ihre Bindung an den – nationalstaatlich ausgeprägten – Sozialstaat haben bewirkt, dass die Gewerkschaften bei der Europäisierung der Bewegung nicht die Vorreiterrolle spielen.

Das haben die Erwerbslosen übernommen. Sie haben – das ist das Verdienst der Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit – durch Märsche, Demonstrationen und schließlich auch durch die Gründung eines europäischen Netzwerks von Erwerbslosenorganisationen erstmals die Notwendigkeit der europaweiten Organisation von sozialen Bewegungen thematisiert.

Inzwischen ist diese Aufgabenstellung beim Europäischen Sozialforum gelandet, das sich seiner allerdings noch ungenügend bewusst ist. Dennoch gibt es keine Struktur, die so geeignet wäre, europäische Netzwerke von unten zu befördern wie das ESF – das kann die Versammlung der sozialen Bewegungen sein, oder ein aufzubauendes europäisches Netzwerk der Gewerkschaftslinken, aber auch attac u.a. sind angesprochen für die Europäisierung ihrer Politik. Es gilt natürlich auch für die Linksparteien – diese haben sich relativ frühzeitig europäisch zusammengeschlossen, weil es hier vermittelt über das Europäische Parlament einen institutionellen Druck gibt.

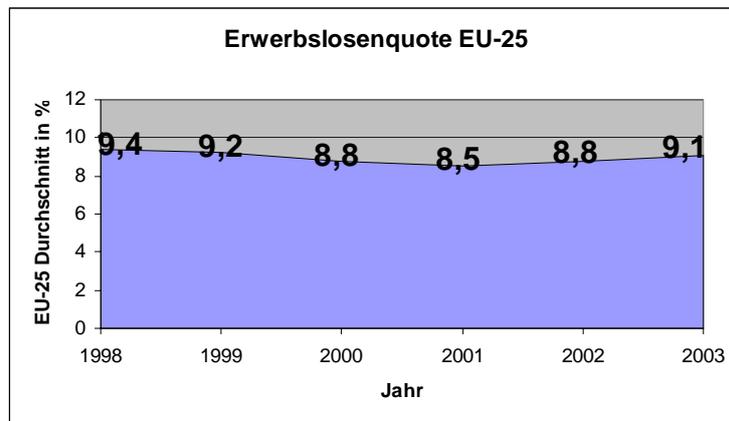
5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

Das ESF in London hat für den 19. März wieder einen europäischen Aktionstag beschlossen. Wir müssen daran arbeiten, dass er diesmal wirklich europaweit getragen wird, nicht nur in einem Land. Die Verabschiedung des EU-Verfassungsvertrags wäre eine einmalige Gelegenheit gewesen, überall in Europa durch Aktionen ein gemeinsames linkes Nein erschallen zu lassen und Alternativen zu präsentieren. Aus dem Sozialforum hätte eine Initiative gestartet werden müssen für Volksbegehren in allen EU-Ländern und für die gemeinsame Verabschiedung einer alternativen Europäischen Charta der sozialen und Bürgerrechte. Die Europäischen Märsche haben sich sehr dafür eingesetzt. Wir mussten jedoch erkennen, dass dies ein Niveau der Vereinheitlichung unserer Positionen beschreibt, auf dem wir noch lange nicht angekommen sind. Es liegt noch ein weiter Weg vor uns.

Klaus Dräger

Arbeitslosigkeit, Niedriglohn und Flexibilisierung in der Europäischen Union

EU-Erwerbslosigkeit: wieder ansteigend



2

Klaus Dräger: Soziales Europa

15. Mai 2004

Niedriglöhne & prekäre Beschäftigung EU

Häufigkeit von Niedriglöhnen in der EU und Norwegen (in %)

Ö	F	DE	GR	IRL	BE	DK	IT	L	P	SP	GB	N
16	13	17	17	18	9	7	10	16	6	13	21	-
13,2	16,6	35,5	16,1	22,0	-	-	18,3	-	11,6	22,0	27,6	22,0

3

Klaus Dräger: Soziales Europa

15. Mai 2004

Flexible Beschäftigung in der EU

- Befristete Beschäftigung EU: + 4,3 % (1983 – 2000)
- Befristete Arbeitsverträge EU-15 rund 10 %
- Leiharbeit EU-15 rund 12 % - 15 %
- Beide deutlich höher bei Frauen als bei Männern; hoch bei Jungen
- Benachteiligungen bei Aus- und Weiterbildung, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Altersversorgung usw.

4

Klaus Dräger: Soziales Europa

15. Mai 2004

Arbeitsmarktreformen in den Mitgliedstaaten

Angebotsseite

- Parametrische Reformen (z.B. Kürzungen Leistungshöhe, Anspruchsdauer AL-Unterstützung)
- Systemische Reformen (z.B. Hartz IV mit ALG II)
- Aktivierung und workfare: „Fördern und Fordern“?
- Arbeitsrechtsreformen (z.B. Kündigungsschutz, Projektarbeit etc.)
- Flexicurity?

5

Klaus Dräger: Soziales Europa

15. Mai 2004

Arbeitsmarktreformen in den Mitgliedstaaten

Nachfrageseite: in-work-benefits

- Steuerliche Beihilfen
- Kombilohn
- Subvention Lohn- und Lohnnebenkosten

6

Klaus Dräger: Soziales Europa

15. Mai 2004

EU-Politik: Wirtschaftspolitische Leitlinien

- **Kommissionsentwurf 2003:**
- „Dass das Pro-Kopf-BIP (der EU) deutlich unter dem US-Niveau liegt, erklärt sich vor allem daraus, dass weniger Personen eine Beschäftigung haben und diese tendenziell weniger Stunden arbeiten. Dies mag zum Teil darauf zurückzuführen zu sein, dass der Freizeit ein höherer Stellenwert beigemessen wird, lässt sich in vielen Fällen jedoch auf die bloße Frage reduzieren, **ob sich Arbeit lohnt**. Durch relativ großzügige bzw. liberale Sozialleistungssysteme oder durch Vorruhestandsanreize wurden viele Menschen wirksam ermutigt, den Arbeitsmarkt zu verlassen oder erwerbslos zu bleiben.“

7

Klaus Dräger: Soziales Europa

15. Mai 2004

EU-Politik: Beschäftigungspolit. Leitlinien

- „Sie werden insbesondere —bei Aufrechterhaltung eines angemessenen Sozialschutzniveaus —die Lohnersatzquoten und die Dauer des Leistungsbezugs überprüfen, sie werden unter Berücksichtigung der individuellen Situation eine effektive Leistungsverwaltung sicherstellen, insbesondere bezüglich der Koppelung mit einer effektiven Arbeitssuche, einschließlich des Zugangs zu Aktivierungsmaßnahmen zur Verbesserung der individuellen Vermittelbarkeit; sie werden gegebenenfalls die Gewährung von Lohnergänzungsleistungen in Betracht ziehen und sich um die Beseitigung von Nichterwerbstätigkeitsfällen bemühen. Die Maßnahmen werden insbesondere darauf abzielen, dass bis 2010 die hohen effektiven Grenzsteuersätze und gegebenenfalls die Steuer- und Abgabenbelastung des Arbeitsentgelts von Niedriglohnbeziehern unter Beachtung der nationalen Gegebenheiten deutlich verringert werden.“

8

Klaus Dräger: Soziales Europa

15. Mai 2004

EU-Politik: Gipfelbeschlüsse

Barcelona 2002

- Verlängerung der tatsächlichen Lebensarbeitszeit
- Lohnspreizung
- „die Kosten in Zusammenhang mit der Formulierung und Beendigung von Arbeitsverträgen“ überprüfen
- Anspruchsberechtigung, Leistungsdauer, Lohnersatzquote und –ergänzungsleistungen etc. in der Arbeitslosenversicherung überprüfen (Arbeit muss sich wieder lohnen)

9

Klaus Dräger: Soziales Europa

15. Mai 2004

Finanzierung erweiterte EU

- Umschichtung EU-Ausgabenprogramme
- Eigenmittelobergrenze EU-Haushalt (1,27 % EU-BIP) bis 2007 voll ausschöpfen
- Harmonisierte EU-Tobin Tax 1 % (ca. 100 - 200 Mrd. € p.a.)
- Harmonisierte EU-Wertpapierumsatzsteuer (GB: 30 Mrd. € p.a.)
- EU-Flugbenzinsteuern und Primärenergie/CO₂-Steuer
- Überschussreserven ESZB (340 Mrd. €)
- Unionsanleihen (100 Mrd. €)

10

Klaus Dräger: Soziales Europa

15. Mai 2004

EU Strategie *Neue Vollbeschäftigung*

Neuer EU Arbeitszeitstandard:

- Schutz vor überlangen Arbeitszeiten
- Allgemeine Verkürzung der Wochenarbeitszeit; Wahlarbeitszeiten
- Förderung substanzieller Teilzeit; Abschaffung Anreize marginale Teilzeit (Minijobs etc.)
- Gleichbehandlung von Voll- und Teilzeit

Neue Arbeitsplätze:

- Erneuerung öffentliche Daseinsvorsorge
- ökologischer und sozialer Strukturwandel
- ÖBS und Dritter Sektor
- alternative Arbeitsmarktpolitik

11

Klaus Dräger: Soziales Europa

15. Mai 2004

Dr. Gabriele Nintemann

Bericht zur Arbeitsgruppe 2

ReferentInnen der Arbeitsgruppe zu den „Alternativen zu Arbeitslosigkeit und Ich-AG“ waren Angela Klein; Koordinatorin Euromärsche, Köln und Klaus Dräger; Mitarbeiter der Fraktion GUE/NGL, Brüssel.

Als Umbau im Sozialversicherungssystem propagiert, als „Ausgleich zwischen sozialer Sicherheit und Flexibilität“ europaweit retuschiert, bedienen sich die Mitgliedsländer der EU wirtschaftspolitischer und beschäftigungspolitischer Instrumente, um eine vorgeblich neue Balance sozialer Rechte und Pflichten zu definieren. „Work for your welfare“ – arbeite für deine Unterstützung, denn du hast der Gesellschaft etwas zurückzugeben – ist das neue Leitbild der Wertegemeinschaft Europa.

Die Verschärfung der Arbeitsmarktreform hat in den Mitgliedsstaaten der EU eine lange Geschichte. „Fördern und Fordern“ heißt das Konzept der systemischen Reform, bereits 1993 von Dänemark als Vorreiter initiiert. Der „New Deal“ unter New Labour als ein Programm der Wohlfahrt durch Arbeitspflicht setzte sich in Großbritannien durch. Berlusconis Strategie für Italien in 2002 folgte: Mit der Unterschrift von zwei der drei großen Gewerkschaftsbünde unter dem „Pakt für Italien“ konnte Silvio Berlusconi einen seiner größten Erfolge feiern. Als Erfolg konnte der Regierungschef Italiens nicht nur verbuchen, dass er die Zustimmung der CISL und der UIL zu einer ersten Aufweichung des Kündigungsschutzes erhalten hatte. Weit wichtiger war, dass mit dem Abschluss die Spaltung des Gewerkschaftslagers und die von der Rechtskoalition angestrebte Isolierung des größten italienischen Gewerkschaftsbundes, der vor allem in der Industriearbeiterschaft deutlich überwiegenden CGIL, gelungen war.

Im Februar 2002 berief der Bundeskanzler Gerhard Schröder in Deutschland die Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“. Unter der Leitung von Volkswagen-Vorstandsmitglied Dr. Peter Hartz („Hartz-Kommission“) wurde eine neue Ordnung für den Arbeitsmarkt entworfen. Herzstück der Hartz-Reform sind die Personal-Service-Agenturen. Über sie können Unternehmen neue Mitarbeiter suchen, kostenlos auf Probe oder gegen Entgelt leihen. Lehnt ein Arbeitsloser die Einstellung in diese Agentur ab, wird sein Arbeitslosengeld gekürzt. Mit neuen Zumutbarkeitsregelungen (Hartz II) sowie mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe (Hartz IV) setzt sich die neoliberale Politik nun auch in Deutschland durch. Die Parameter werden an entsprechender Stelle neu verortet: Leistungshöhe und Anspruchsdauer der erworbenen Ansprüche im Sozialversicherungssystem sinken. Kundige Bürger sprechen von einer Streichung der erworbenen Ansprüche generell. Gemeinnützige Arbeit bei 1 € Lohn, Leiharbeit, selbstständige Existenzgründung in prekärem sozialem Status sind jene Fluchtkoordinaten der Zukunft, die in diesem neuen Verständnis einer aktiven Arbeitsmarktreform offeriert werden (mittels einer suggestiven Vision, abgerufene Leistungsbereitschaft würde Teilhabe aller am Wohlstand erzeugen), um die Sozialsysteme zu entlasten. Reformen des Arbeitsrechts, Eindämmung des Kündi-

5. **Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion**

gungsschutzes, Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Tarifflicht, Ausbau des Niedriglohnsektors, Flexibilitäts- und Mobilitätsdruck sind weitere beschäftigungspolitische Prozessoren im Zuge der Kernorientierung der Strategie der EU. Ihr Ziel lautet: Haushaltsüberschüsse erzielen, Dienstleistungs- und Kapitalmärkte weiter liberalisieren (Lissabon 2000).

Abgeordnete der GUE/NGL im europäischen Parlament sowie das Netzwerk der Euromärsche treten für Alternativen zu einer Politik der Zerstörung der Sozialstaatlichkeit ein: Ihr gemeinsamer Anspruch: Der Widerstand muss europaweit formuliert werden! Das Netzwerk der Euromärsche pariert mit einem eigenen Forderungspaket für Europa: „Jeder Mensch hat einen Anteil an dem gesellschaftlichen Reichtum, der geschaffen wird“, so Angela Klein vom Netzwerk für Euromärsche. Auf europäischer Ebene sei deshalb das Mindesteinkommen zur Grundsicherung eines jeden aus dem gesellschaftlichen Reichtum resp. am Bruttoinlandsprodukt des jeweiligen Landes zu berechnen. In Anlehnung an das Mindesteinkommensmodell der Rentenorganisation des Europäischen Gewerkschaftsbundes fordern die Euromärsche 50 % des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf. In Deutschland wäre dies beim Stand von 2003 1009 Euro pro Monat. Die Ausweitung des öffentlichen Sektors, der Ausbau des Genossenschaftswesens und die Inpflichtnahme der Unternehmen seien staatliche Verpflichtungen, wenn die Wirtschaft keine Arbeitsplätze mehr anbietet, so Angela Klein. Auch warnt das Netzwerk für Euromärsche davor, Mindesteinkommen, Mindestlohn und Arbeitszeit getrennt voneinander zu verhandeln. „Wer das Lohnniveau drücken will, wird die Sozialhilfe abschaffen“. Einheitlicher europäischer Standards bedürfe es deshalb auch bei einer Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden wöchentlich. „Unser Hauptanliegen ist es vor allem, klarzumachen, dass die Probleme, die wir in Deutschland haben, als gesamt-europäische Probleme wahrzunehmen sind, die nicht im nationalstaatlichen Rahmen gelöst werden können. Denken Sie an den Einsatz der IG Metall im Stilllegungsstreit der deutschen Betriebsstätten von General Motors. Jeder Standort wurde hier für sich verhandelt. Es fehlte die Vorstellung davon, dass dies als ein Angriff auf die europäische Produktion verstanden werden muss! Wir hoffen sehr, dass das Erkennen der Notwendigkeit einer europäischen Gegenwehr auch innerhalb der Gewerkschaften zunimmt. Dies wäre der wichtigste Knoten, den es zu lösen gilt!“ (Angela Klein; Netzwerk Euromärsche).

4.3 Denn eines ist sicher: Die Profite der Rentenversicherer (Arbeitsgruppe 3)

Christian Christen

Denn eines ist sicher...

Einleitung

Zumindest ein Minister der Bundesregierung wird noch lange nach Ende der Rot-Grünen Regierung bekannt sein, der ehemalige Arbeitsminister Walter Riester. Sein Name steht nicht nur für die zur privaten Vorsorge angebotenen Riester-Produkte, vielmehr markiert die von ihm zu verantwortende Rentenreform nicht weniger als den Bruch im System der Alterssicherung. Bisher kamen durch die Umlagefinanzierung die jüngeren Generationen für die Alten auf, in der Sicherheit, ihrerseits im Alter versorgt zu sein. Nun wird schrittweise davon abgegangen, die Altersvorsorge zur Privatsache gemacht und über die Finanzmärkte organisiert. Eine Entwicklung, die seit Ende der 1980er Jahre in allen Nationen vorbereitet wurde und seit den 1990er Jahren politisch durchgesetzt wird.

Die jeweilige Rentenreform fällt zwar von Land zu Land verschieden aus, die Stoßrichtung bleibt jedoch gleich. In Europa zeigt sich dabei folgender Dreischritt: Die Leistungen der umlagefinanzierten Systeme werden drastisch reduziert und alternativ eine private, kapitalmarktzentrierte Absicherung gefördert. Schließlich werden auf der Unternehmensebene bestehende Betriebsrentensysteme ausgegliedert und in Fondsstrukturen überführt, wodurch die Pensionsverpflichtungen reduziert und der bilanztechnische Vergleich mit den angelsächsischen Konkurrenten zugunsten der europäischen Konzerne beeinflusst wird. Meist erschwert die Komplexität der jeweiligen „Rentenreform“ und die unterschiedlichen Ebenen eine kritische Diskussion und gleichzeitig hat das seit Jahrzehnten anhaltende mediale Trommelfeuer um die Unfinanzierbarkeit des Sozialstaats, die negativen Effekte des demographischen Wandels und die „Globalisierung“ ein Klima verstärkt, in der Kritik untergeht. Angesichts dessen wundert es nicht, dass der Systembruch in der Alterssicherung im Zuge der „Riester-Reform“ auch bei uns relativ klaglos hingenommen wurde.

Worum geht es überhaupt?

Die Tragweite der Riester-Reform wird erst deutlich, wenn die sozialen und ökonomischen Konsequenzen in naher Zukunft durchschlagen und klar wird, dass der Aufbau eines privaten Kapitalstocks für das Gros der Bevölkerung gar nicht möglich ist oder kaum Vorteile bringt. Denn ob umlagefinanziert oder kapitalgedeckt, beide Systeme sind immer darauf angewiesen, dass ein ökonomischer Überschuss produziert wird aus dem in jeder Periode immer wieder aufs Neue die Beschäftigten die Nicht-Mehr Beschäftigten finanzieren – seien sie alt oder

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

jung. Eine Einkommensübertragung in die Zukunft gibt es für eine Volkswirtschaft nicht und deshalb stellt die Organisation einer Alterssicherung für jede Gesellschaft eine grundsätzliche Aufgabe dar, deren Effekte weit über die bloße Umverteilung von Einkommen hinausgehen.

Dies lässt sich bereits am Stellenwert der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) ablesen: In Deutschland ist die GRV das wichtigste Einzelsystem der sozialen Sicherung. Laut Statistischem Bundesamt (2003) belief sich das gesamte Sozialbudget vor der Riester-Reform im Jahr 2000 auf 681 Mrd. Euro. Das Rentenversicherungssystem hatte daran mit 31,9 % den größten Anteil. 58 Millionen Personen waren rentenversichert, und ca. 23,3 Millionen Personen erhielten zu diesem Zeitpunkt eine gesetzliche Rente. Die Finanzströme der GRV entsprechen etwa 12 % des Bruttosozialprodukts und sie ist damit – wie in anderen Industrienationen mit umlagefinanzierten Rentensystemen – eine zentrale volkswirtschaftliche Größe. Die umlagefinanzierte Alterssicherung bestimmt vor allem in Europa die Lebenssituation sowie die Entwicklung von Konsum und Investition wie auch Wachstum und Beschäftigung, aber selbst in den USA ist der Stellenwert des unter dem Namen Social Security firmierenden kollektiven Sicherungssystems nicht zu verachten. Auch dort wird über die monetären Leistungen und andere darüber finanzierte Unterstützungsmaßnahmen (Food Stamps, Medicare etc.) für Rentnerhaushalte die Altersarmut drastisch reduziert. Ohne diese Leistungen würden knapp 50 Prozent dieser Haushalte unter die Armutsgrenze fallen.

Jede grundsätzliche Änderung im System der Alterssicherung, wie die Einführung einer privaten, kapitalgedeckten Säule für alle, wirkt sich entsprechend auf die skizzierten gesamtwirtschaftlichen Größen aus. In Folge dessen ist die Bewertung der Alterssicherung nicht allein eine individuelle Angelegenheit oder einzig unter „Versicherungsaspekten“ vorzunehmen, sondern vor allem eine makroökonomische Frage. Zur Zeit der Konzeption der Riester-Reform waren ca. 80 % der abhängig Beschäftigten im gesetzlichen Rentensystem versichert. Die Zahlungen der GRV tragen in der Regel zu 85 Prozent der Gesamteinkommen eines durchschnittlichen Rentnerhaushaltes bei, wobei der Anteil bei den Arbeitern gegenüber den Angestellten meist höher ausfällt. Der damalige Beitrag lag bei 9,65 % des Bruttoeinkommens, den gleichen Betrag steuerte der Arbeitgeber zu, was als paritätische Finanzierung definiert ist. Insgesamt ergab dies einen Beitragssatz von 19,3 %. Im Jahr 2001 per Gesetz auf 19,1 % gesenkt, musste der Beitrag angesichts von Konjunkturereinbruch und steigender Arbeitslosigkeit auf 19,5 % für 2003 angehoben werden. Neben den Beiträgen der Versicherten (ca. 163,4 Mrd. Euro im Jahr 2000) ist die größte weitere Einnahmequelle der steuerfinanzierte Bundeszuschuss, der im gleichen Jahr ca. 59 Mrd. Euro betrug.

Mit den Gesamteinnahmen eines Jahres werden jeweils die Ausgaben des gleichen Jahres bezahlt, Rücklagen werden nur in Höhe einer vorgeschriebenen Schwankungsreserve gebildet. Dieses Prinzip – die Ausschüttung der Einnahmen zu jedem Zeitpunkt an die Rentner der jeweiligen Periode – wird als Umlageverfahren bezeichnet. Es beruht auf dem Drei-Generationen-Modell, dem so genannten Generationenvertrag. Die abhängig Beschäftigten einer Periode finanzieren durch ihre Rentenversicherungsbeiträge und Steuern (Bundeszuschuss) die Rentner dieser Periode. Die Renten der heute noch Beschäftigten werden dann von den derzeit noch nicht erwerbstätigen Generationen aufgebracht.

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

Alternativ zum Umlageverfahren gilt der Aufbau einer privaten Sicherung nach dem Kapitaldeckungsverfahren. Individuelle private Beiträge sollen einen Kapitalstock aufbauen, der mit dem Renteneintritt aufgelöst wird und den Alterskonsum finanziert. Private Finanzdienstleister legen die Gelder an und versuchen einen Gewinn zu erwirtschaften, aus dem ein Teil an den Versicherten als Rendite zurückfließt. Das prognostizierte Finanzvolumen der privaten Absicherung im Zuge der „Riester-Reform“ schwankt stark. Die Dresdner Bank erwartet bspw. einen jährlichen Zustrom in die staatlich geförderte private Alterssicherung von 6 Mrd. Euro im Jahr 2002, von 28 Mrd. Euro im Jahr 2010 und schließlich 38 Mrd. Euro im Jahr 2020. Insgesamt sollen über den 4-prozentigen Vorsorgebeitrag bis 2010 annähernd 265 Mrd. Euro angesammelt werden, bis 2020 weitere 650 Mrd. Euro. Im Ergebnis würde damit der Bestand der Anlagewerte für die Altersvorsorge bei den Finanzdienstleistern in Deutschland im Jahr 2010 auf insgesamt 900 Mrd. Euro anwachsen.¹

Zum grundsätzlichen Problem

Neben zahlreichen kritischen Einwänden steht der grundsätzliche Realitätstest für das neue deutsche System und ähnliche kapitalgedeckte Modelle erst noch bevor, wenn die geburtenstarken Jahrgänge ab 2010 in Rente gehen und dadurch der Kapitalzufluss in das private System stagniert und sich später umkehrt, da die nachfolgenden Generationen weniger zahlreich sind. Dann müssen die institutionellen Anleger (Banken, Versicherungen, Fonds) die Wertpapiere – die den Kapitalstock der privaten Altersversorgung bilden – zu Geld machen, um die Ansprüche ihrer Kunden zu bedienen. Sollte es dafür nicht genügend kaufkräftige Nachfrager geben, wäre die immer wieder angeführte demographische Krise auch im kapitalgedeckten System unausweichlich. Zumindest prognostizieren die Investmenthäuser Merrill Lynch und Goldman Sachs eine solche Entwicklung.² Sie erwarten eine Umkehr der Finanzströme auf den Finanzmärkten, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre auf Geld für ihren Ruhestand angewiesen sind. Laut Prognose wird deshalb lediglich bis 2010 mehr neues Kapital auf den Finanzmärkten angelegt, als von dort abgezogen wird, denn bis zu diesem Zeitpunkt werden die geburtenstarken Jahrgänge in den Industrieländern – vor allem in Europa mit dem stark ausgebauten Umlagesystem – freiwillig oder gezwungenermaßen in ihre private Alterssicherung einzahlen. Bis zu diesem Zeitpunkt wird laut Goldman Sachs der Kapitalstock zur Alterssicherung in den USA, Kanada, Japan, England, Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien von 65 auf 144 Billionen US-Dollar anwachsen. Ab 2010 führt der demographische Einfluss zu stagnierenden Zuflüssen von neuem Kapital, das Wachstum des angelegten Kapitalstocks wird sich merklich verlangsamen. In Ländern, in denen der effektive Eintritt in die Pension noch bei 60 Jahren liegt, wird dieser Effekt bereits fünf Jahre früher

1 Vgl. *Dresdner Bank* (2001: 36f): Trends Special – Die Märkte für Altersversorgungsprodukte in Europa. Frankfurt a. Main

2 Vgl. *Merrill Lynch* (2000) : Demographics and the Funded Pension System – Aging Populations, Mature Pension Funds and Negative Cash Flow. London. *Goldman Sachs* (2001): Global Aging –Capital Market Implications. Chicago. Ähnlich die Untersuchung aus der konservativen, wirtschaftsliberalen Forschungseinrichtung CSIS von *Robert Stowe England* (2002): Global Aging and Financial Markets – Hard Landings Ahead? CSIS: Washington, D.C.

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

erwartet. Von 2020 bis 2025 wird der Nettostrom schließlich negativ, das heißt, mehr Kapital fließt von den Finanzmärkten ab, als neu angelegt wird. Die Fonds, Versicherungen und andere Finanzdienstleister werden in diesem Zeitraum gezwungen sein, den Großteil ihrer Vermögenswerte zu verkaufen und umzuschichten, um die Ansprüche ihrer Pensionäre zu befriedigen. Oder sie müssen deren Ansprüche auf die versprochenen Renditen beschränken und den Auszahlungszeitraum für die Pensionen verkürzen.³

Wer gewinnt auf jeden Fall?

Für eine gewisse Zeit wäre ein möglicher Ausweg aus diesem in der Sozialwissenschaft kontrovers diskutiertem Prozess des „Asset-Meltdowns“, dass immer höhere Anteile der noch im Umlagesystem gebundenen Mittel „privatisiert“ werden, um mit diesem „frischen Kapital“ den Kursverfall zu minimieren und so die steigenden Ansprüche der Pensionäre zu bedienen. Gleichzeitig müsste die Lebensarbeitszeit ausgedehnt werden, um den Auszahlungszeitraum zu verkürzen und die heute noch versprochenen Renditen sind zu kürzen. Und genau dieses Szenario wurde von den großen Investmenthäusern schon vor der Riester-Reform präsentiert, so dass jeder Einstieg in das kapitalgedeckte System den Zwang nach stetiger Privatisierung der Alterssicherung beinhaltet bei gleichzeitig wachsender sozialer Unsicherheit.

Ungeachtet dessen hat nunmehr ab 2002 jeder Beschäftigte einen eigenfinanzierten Privatvorsorgebeitrag aufzubringen, der bis 2009 auf vier Prozent des Bruttolohns/-gehalts ansteigt und für den eine staatliche Zulage in Höhe von bis zu 50 Prozent des Privatbeitrages vorgesehen ist. Jede neue Rente wird außerdem ab 2011 um einen Ausgleichsfaktor von 0,3 Prozent gekürzt, wobei der Faktor bis 2030 auf sechs Prozent ansteigt. Zusätzlich trat ab 2001 eine neue Rentenanpassungsformel in Kraft, mit der die Renten nicht mehr an die Nettolohnentwicklung gekoppelt sind. Zugleich senkt der unterstellte Privatvorsorgebeitrag die Rentenanpassung. Das heißt, das Renteneinkommen aus dem herkömmlichen Umlagesystem sinkt für alle Personen um so stärker, je höher die Bestandteile der privaten Sicherung in bestimmten Einkommensklassen ausfallen.

Im Ergebnis wird trotz aller Rechenricks nach der jüngsten Rentenreform das sozialpolitische Ziel der Lebensstandardsicherung im Alter nicht mehr erreicht werden. Vielmehr steigen die Ausgaben der Beschäftigten, während die Unternehmen entlastet werden und sich der jährliche Beitragsverlust u.a. durch die Freistellung der individuellen Sparbeträge zur Alterssicherung von Sozialabgaben über das gesamte System der sozialen Sicherung am Ende auf ca. 11 Mrd. Euro beziffern wird. Sozialpolitisch fällt die „Riester-Rente“ hinter alle Rentenreformen der Ära Kohl zurück, so dass die staatlich organisierte Rente in absehbarer Zeit nur knapp über dem Sozialhilfeniveau liegen wird. Besonders Frauen, Arbeitslose, Langzeitkranke, Geringverdiener sowie Personen mit gebrochener Erwerbsbiografie und in prekären

3 Auf weitere Probleme rund um die kapitalgedeckte Alterssicherung kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Vgl. Chicago Press: Chicago. *Christen, Christian/Michel, Tobias/Rätz, Werner* (2003): Sozialstaat. VSA-Verlag: Hamburg. *Minns, Richard* (2001): The Cold War in Welfare – Stock Markets versus Pensions. Verso: London/New York

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

Beschäftigungsverhältnissen sind schlechter gestellt als bisher. Ein Rätsel bleibt ohnehin, wie die bereits 1998 offiziell ausgewiesenen 13,7 Mio. Menschen, die unterhalb der Schwelle der Einkommensarmut leben, Rücklagen für ihre Altersversorgung bilden sollen.

Die „Riester-Rente“ und der gegenwärtige Reformprozess nützt zunächst einmal den Finanzdienstleistern, da ihnen neue Kunden und neues Kapital – bis 2008 insgesamt ca. 170 Mrd. Euro – zugeführt werden. Sie nützt auch den Unternehmen und mittelfristig den Facharbeitern und Angestellten mit überdurchschnittlichem Einkommen, sofern sie nicht in einem der immer wiederkehrenden Börsen-Crash gerade dann alles verlieren, wenn sie in den Ruhestand gehen. Unabhängig von Wahlausgängen wird die nächste „umfassende“ Rentenreform mit neuen sozialen Einschnitten nicht lange auf sich warten lassen. Es wundert auch nicht, dass über Parteigrenzen hinweg die Idee der kompletten Umstellung auf die Kapitaldeckung an Attraktivität gewinnt. Der Einstieg ist ohnehin gemacht und angesichts der jährlich im Umlagesystem verteilten ca. 200 Mrd. Euro sind die Begehrlichkeiten der Finanzbranche enorm. Inwieweit gerade eine Rot-Grüne Regierung prädestiniert für die Demontage der Alterssicherung war, bleibt allerdings eine offene Frage für die Geschichtsschreibung. Festgehalten werden kann zumindest, dass der Protest und die kritische Diskussion über den Systembruch in dieser politischen Konstellation geradezu im Keim erstickt wurden.

Annick Coupé

... nos retraites sont cotées au bourse!

Après les élections présidentielles de 2002 et l'échec du Parti Socialiste, le Gouvernement avait annoncé clairement que le dossier des retraites ferait l'objet d'une réforme importante. Cette perspective s'inscrivait dans les orientations libérales du gouvernement de remettre en cause les fondements du système de protection sociale français basé sur la solidarité entre les générations, entre malades et bien portants, entre chômeurs et salariés. Ce système de protection sociale avait été établi au lendemain de la deuxième guerre mondiale et renforcé pendant la période des „Trente glorieuses“, jusque dans les années 70; ce pacte social garantissait une protection de haut niveau à tous les salariés quelque que soit leur situation :maladie, chômage, vieillesse. C'est ce pacte social qui est attaqué de toute part.

Les systèmes d'assurance-maladie ou sur les retraites représentent des volumes financiers très importants qui sont immédiatement redistribués et socialisés par le système de répartition et qui échappent ainsi à la logique des marchés financiers. Les grandes compagnies d'assurances privées font depuis longtemps du lobbying auprès des gouvernements et de l'union Européenne pour que ces secteurs de la protection sociale soient privatisés, en partie ou en totalité.

L'Union Européenne reprend à son compte ces orientations. Ainsi; le sommet des Chefs d'Etat de Barcelone en Mars 2002 a décidé que l'âge de la retraite devait être repoussé de 5 ans dans tous les pays de l'Union Européenne !

En France, les principes de solidarité et différentes mesures avaient permis d'aboutir à une parité de niveau de vie entre actifs et retraités, entre travailleurs du secteur privé et travailleurs du secteur public. L'âge de départ à la retraite était fixé à 60 ans avec un taux plein.

Dès 1993, une première série de mesures prise par le Gouvernement Balladur ont commencé à remettre en cause les droits des travailleurs du privé.

La première mesure a consisté à faire passer progressivement à l'échéance 2003 la durée de cotisation de 37,5 à 40 annuités pour toucher une retraite à taux plein.

La deuxième a consisté à indexer les pensions sur les prix et non plus sur les salaires. En période de faible inflation, cela a pour conséquence de faire baisser le niveau des pensions par rapport à l'évolution des salaires.

La troisième mesure a consisté à faire passer la moyenne des salaires pris en compte dans le calcul de la pension des 10 aux 25 meilleures années, alors que les carrières professionnelles sont de plus en plus aléatoires.

Ces mesures ont cassé la parité des retraites entre le secteur privé et le secteur public qui existait précédemment. Ces mesures de 1993 visaient déjà à faire baisser le montant des pensions versés aux retraités.

5. **Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion**

En s'attaquant d'abord aux salariés du secteur privé, où le salariat est plus précarisé et moins organisé, le Gouvernement savait qu'il lui serait plus facile de s'attaquer ensuite aux salariés du secteur public, en jouant sur la division.

En 2003, le Gouvernement Raffarin a engagé une nouvelle réforme sur les retraites qui touche cette fois les salariés du public comme ceux du privé.

Au nom de l'égalité privé-public il a aligné les salariés du public sur ceux du privé avec un passage à 40 ans de cotisation, puis un allongement pour tous les travailleurs, privé comme public, à 41 ans de cotisations en 2012 et 42 ans en 2020.

Cette loi sur les retraites représente une offensive d'ensemble contre les droits de tous les salariés.

Les salariés entrent de plus en plus tard sur le marché du travail et ils sont souvent au chômage quand ils ont plus de 50 ans (en France, seulement 38 % des salariés sont encore au travail quand ils partent en retraite) : ils ne pourront pas faire le nombre d'annuités nécessaires pour avoir une retraite à taux plein. Augmenter la durée de cotisation revient à faire baisser le montant des pensions pour le plus grand nombre. Ces mesures pénaliseront plus particulièrement les femmes qui ont des carrières professionnelles plus courtes que celle des hommes, venant rajouter une injustice à celles qui les frappent déjà dans leur vie active. Le niveau de pension sera, avec ces nouvelles dispositions de 67 % du revenu de référence, alors que le taux actuel s'élève à 78 %. C'est déjà une baisse considérable, mais de plus, ce niveau sera celui qui est versé au moment du départ à la retraite. Compte-tenu de l'indexation sur les prix (et non plus sur les salaires) ce niveau diminuera au fil du temps pour atteindre un taux nettement inférieur à la fin de la retraite. Le résultat d'ensemble de toutes ces mesures est totalement inacceptable : à échéance 2020, à carrière identique et par rapport à la situation de 2003, la dégradation des pensions s'aggraverait fortement et pourrait atteindre une baisse de 30 % par rapport au niveau actuel, dans le secteur privé comme dans le secteur public.

Dans le même temps, cette baisse programmée des retraites ouvre la porte aux fonds de pension. La retraite versée au titre de la répartition étant insuffisante, les salariés les mieux rémunérés n'auront plus que l'embarras du choix entre les compagnies d'assurances privées et les fonds de pension qui n'attendent que cela pour s'attaquer au système de la protection sociale et mettre la main sur la manne financière que cela représente.

Pour faire passer cette loi, le gouvernement a engagé une forte campagne de communication pour expliquer que cette réforme était inéluctable, qu'il n'y avait pas d'autres choix possibles...L'argument principal était, comme dans d'autres pays, l'allongement de l'espérance de vie et l'augmentation du nombre de retraités. Nous ne pouvons que nous réjouir que l'espérance de vie augmente et cela devrait être considéré comme un progrès social pour toute la société, et non comme une charge supplémentaire. Le nombre de retraités augmentant comme l'espérance de vie, il nous semble légitime qu'augmente la part de la richesse nationale qui leur revient. En fait, pour maintenir le niveau des retraites sur la base de 37,5 années de cotisation, pour une retraite à taux plein et indexé sur les salaires, ce qui était la situation antérieure, il faudrait passer de 12 % du PIB à 18 % : cela fait représente augmenta-

5. **Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion**

tion de 6 % et ce qui est parfaitement possible. Ainsi le poids des pensions dans la richesse nationale s'était accru de 7 % entre 1950 et 1995 sans que cela provoque les cataclysmes que certains se plaisaient déjà à prédire à l'époque. Le problème du financement des retraites n'est donc pas un problème technique, mais bien un problème politique, il s'agit d'un débat de fond sur le partage de cette richesse. Il existe un blocage politique pour débattre d'une éventuelle augmentation des cotisations sociales patronales. Une participation plus importante des entreprises au financement des retraites est tout à fait envisageable. Il faut rappeler que la part des salaires dans la valeur ajoutée, la richesse produite par les entreprises, n'a fait que baisser depuis 20 ans. En France, elle était de 70 % au début des années 80, elle est passée à 60 % aujourd'hui. Cette baisse de la part des salaires dans la richesse produite s'est effectuée alors que dans le même temps la productivité du travail augmentait de plus de 50 % ; des marges de manœuvre importantes existent donc de ce côté-là pour financer les retraites et prendre en compte l'allongement de l'espérance de vie. Un tel rééquilibrage de la part des salaires a d'ailleurs des effets neutres sur la compétitivité des entreprises, s'il est compensé par une baisse des dividendes versés aux actionnaires.

Le problème politique qui est posé est celui de l'accaparement des gains de productivité par le patronat et par les institutions financières et les actionnaires.

Cette question s'inscrit bien dans un débat plus large sur la baisse du coût du travail, la socialisation de la protection sociale ou sa privatisation.

Cette loi sur les retraites a donné lieu à des mobilisations extrêmement importantes en France au printemps 2003, durant les mois de mai et juin. Ce mouvement a été encore plus fort qu'en décembre 1995. Des grèves reconductibles ont eu lieu dans plusieurs secteurs publics, des journées de manifestation ont rassemblé des centaines de milliers de personnes. Ainsi le 13 mai 2003, deux millions de personnes sont descendues dans la rue. Mais le rapport de forces n'a pas été suffisant pour faire plier le gouvernement. Nous n'avons pas réussi à étendre la grève reconductible dans un nombre suffisant d'entreprises. Le gouvernement a maintenu une attitude extrêmement intransigeante du début à la fin du conflit et a pu faire passer sa loi au début de l'été 2003, assuré de sa majorité parlementaire.

Sur cette mobilisation sociale, le mouvement syndical français a été divisé. La CFDT, une des confédérations françaises, a soutenu le gouvernement sur cette réforme. La CFDT se positionne en syndicalisme d'accompagnement des réformes libérales ; en 1995, elle avait déjà soutenu le gouvernement de droite et combattu les mobilisations, ; sur les retraites, elle a signé un accord avec le patronat qui fait baisser le niveau des allocations pour les chômeurs. Après cet échec sur les retraites, le Gouvernement a continué ses attaques contre les droits sociaux ; après les retraites, c'est le système d'assurance maladie qui est mis en cause, là aussi avec les mêmes principes libéraux : moins de solidarité, moins de prise en charge collective des soins de santé et plus de responsabilité individuelle. Le projet vise à diminuer la couverture sociale collective et à favoriser les assurances privées individuelles pour ceux qui auront les moyens de payer. Pour être bien assuré, il faudra demain payer davantage.

**5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung.
Bericht über die Podiumsdiskussion**

Toutes ces attaques vont dans le même sens. Elles sont coordonnées au niveau européen par le patronat et les orientations libérales de la Commission européenne. Elles nécessiteraient donc une coordination des salariés européens pour se faire entendre et imposer des droits sociaux communs de haut niveau : c'est la seule façon de casser le dumping social qui est en train de s'instaurer dans l'Union Européenne compte tenu des différences de droits sociaux existants entre les 25 pays de l'Union européenne.

... die Profite der Rentenversicherer (Übersetzung)

Nach den Präsidentschaftswahlen von 2002 und der Niederlage der Sozialistischen Partei hat die französische Regierung klar angekündigt, dass eine große Reform im Bereich der Renten durchgeführt wird. Diese Perspektive gehört zu den liberalen Tendenzen der Regierung, die darin bestehen, den Grundstein des französischen Sozialversicherungssystems, welches auf der Solidarität zwischen Generationen, zwischen Kranken und Gesunden, zwischen Arbeitslosen und Arbeitnehmern basiert, in Frage zu stellen. Dieses Sozialversicherungssystem wurde nach dem zweiten Weltkrieg in einer Zeit, die in Frankreich „die dreißig glorreichen Jahre“ genannt wird, bis in die 70er Jahre hinein etabliert. Dieser soziale Pakt garantierte allen Angestellten unabhängig von ihrer Situation – Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter – einen Schutz auf hohem Niveau. Es ist dieser soziale Pakt, der von allen Seiten angegriffen wird.

Die Krankenversicherungs- oder Rentenversicherungssysteme stellen ein sehr wichtiges finanzielles Volumen dar, das durch das Verteilungssystem sofort wiederverteilt und vergemeinschaftet wird, und somit der Logik der Finanzmärkte entkommt. Die großen Privatversicherungsgesellschaften betreiben seit langer Zeit Lobbyismus bei den Regierungen und der Europäischen Union, damit diese Bereiche der Sozialversicherung teilweise oder vollständig privatisiert werden.

Die Europäische Union übernimmt diese Orientierungen. Daraus folgt: Anlässlich des Gipfeltreffens der europäischen Regierungschefs von Barcelona im März 2002 wurde entschieden, dass das Rentenalter in allen Ländern der Europäischen Union um fünf Jahre verschoben werden muss.

In Frankreich hatten die Solidaritätsprinzipien und verschiedene Maßnahmen ermöglicht, zu einem Gleichstand des Lebensstandards zwischen Aktiven und Rentnern, Arbeitern des privaten und des öffentlichen Bereiches zu gelangen. Das Rentenalter war auf 60 Jahre fixiert, mit einer vollständigen Ratenauszahlung.

Ab 1993 haben erste Maßnahmen, die von der Balladur-Regierung getroffen wurden, zunächst die Rechte der Arbeiter im Privatsektor in Frage gestellt.

Die erste Maßnahme bestand darin, nach und nach bis Ende 2003 die Beitragsdauer von 37,5 auf 40 Jahre zu verlängern, um eine vollständige Rente zu erhalten.

Die zweite bestand darin, die Renten auf das Preisniveau und nicht mehr auf die Gehälter zu indizieren. In einer Zeit schwacher Inflation hat das zur Folge, das Niveau der Renten im Verhältnis zur Entwicklung der Gehälter sinken zu lassen.

Die dritte Maßnahme bestand darin, den Gehaltsdurchschnitt, der für die Berechnung der Renten genommen wird, von 10 Jahren auf die 25 besten Gehalts-Jahre zu erhöhen, obwohl die professionellen Karrieren immer seltener, unwahrscheinlicher werden.

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

Diese Maßnahmen haben den Gleichstand zwischen Privat-Renten und Renten des öffentlichen Sektors gebrochen, der zuvor existierte. Diese Maßnahmen von 1993 waren dazu gedacht, die Höhe der Renten, die den Rentnern gezahlt wurden, zu senken.

Indem die Regierung zuerst die Arbeitnehmer des Privatsektors angegriffen hat, wo die Arbeitnehmerschaft prekärer und weniger gut organisiert ist, wusste sie: Es würde für sie so einfacher, danach die Arbeitnehmer des öffentlichen Sektors anzugreifen, da sie die inzwischen vollzogene Spaltung nutzen konnte.

2003 hat die Raffarin-Regierung eine neue Rentenreform in Gang gesetzt, welche dieses Mal die Arbeitnehmer des öffentlichen sowie des privaten Sektors betrifft.

Im Namen der öffentlich-privaten Gleichheit, hat sie die Arbeitnehmer des öffentlichen Sektors mit jenen des Privaten gleichgestellt: indem nun dort ebenfalls 40 Beitragsjahre für eine volle Rente erforderlich werden und zudem eine Verlängerung für alle Arbeitnehmer im privaten wie im öffentlichen Sektor auf 41 Beitragsjahre ab 2012 und auf 42 Jahre ab 2020 beschlossen wurde.

Dieses Rentengesetz stellt eine Generaloffensive gegen die Rechte aller Arbeitnehmer dar.

Die Arbeitnehmer treten immer später in den Arbeitsmarkt ein und sie sind oftmals arbeitslos, wenn sie über 50 Jahre alt sind (in Frankreich sind nur 38% aller Arbeitnehmer noch erwerbstätig, wenn sie in Rente gehen): Sie werden immer weniger in der Lage sein, eine ausreichende Anzahl von Jahresbeiträgen zu leisten, um eine vollständige Rente zu bekommen. Die Dauer der Beitragszahlungen zu verlängern führt dazu, die Höhe der Pensionen für die meisten herabzusetzen. Diese Maßnahmen werden besonders die Frauen benachteiligen, welche viel kürzere professionelle Karrieren haben, als die Männer. Dies fügt noch eine Ungerechtigkeit mehr hinzu, als sie ohnehin schon in ihrem aktiven Leben erleben. Das Rentenniveau wird mit diesen neuen Dispositionen 67% des Initialniveaus sein, obwohl die aktuelle Rate sich bei 78% befindet. Das ist schon eine beachtliche Herabsetzung, aber dieses Niveau wird das sein, welches zum Zeitpunkt der Pensionierung ausgezahlt wird. Angesichts der Indizierung auf die Preise (und nicht mehr auf die Gehälter) wird dieses Niveau im Laufe der Zeit niedriger werden, um eine sehr viel niedrigere Quote am Ende der Rente zu erreichen. Das Gesamtergebnis all dieser Maßnahmen ist überhaupt nicht annehmbar. Ende 2020, bei identischer Karriere und im Vergleich zur Situation 2003, wird die Verschlechterung der Pensionen sich verstärken und könnte eine Herabsetzung von 30% im Vergleich zum aktuellen Niveau erreichen und zwar sowohl im privaten wie im öffentlichen Sektor.

Zur selben Zeit eröffnet diese programmierte Herabsetzung der Renten den Weg zu den Pensionsfonds. Die Rente, die für die Verteilung ausgezahlt wird, ist ungenügend. Deshalb werden die bestbezahlten Arbeitnehmer die Qual der Wahl zwischen Privatversicherung und den Pensionsfonds haben, die nur darauf warten, das Sozialversicherungssystem zu attackieren und die Kontrolle über diese Finanzquelle zu gewinnen

Um dieses Gesetz durchzubringen, hat die Regierung eine starke Kommunikationskampagne in die Wege geleitet, um zu erklären, dass diese Reform unvermeidlich ist, dass es

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

keine andere Wahl gibt. Hauptargument ist, wie auch in anderen Ländern, die Verlängerung der Lebenserwartung und die Erhöhung der Rentnerzahl. Wir können uns nur darüber freuen, dass die Lebenserwartung steigt und dies müsste als ein sozialer Fortschritt für die gesamte Gesellschaft angesehen werden, und nicht als eine zusätzliche Last. Die Zahl der Rentner steigt ebenso wie die Lebenserwartung, daher erscheint es als legitim, dass auch der Anteil des nationalen Reichtums, der ihnen zusteht, wächst. Um das Rentenniveau auf der Basis von 37,5 Beitragsjahren zu halten und zwar für eine vollständige auf die Gehälter indizierte Rente, welches der bisherigen Situation entspricht, müsste man von 12% des BIP zu 18% kommen: Dies ist eine Steigerung um 6% und diese Steigerung ist durchaus zu verkraften.. So hat sich das Gewicht der Renten im nationalen Reichtum zwischen 1950 und 1995 um 7% gesteigert, ohne dass dies die Katastrophen herbeibrachte, die einige schon damals vorhersagten. Das Problem der Rentenfinanzierung ist als kein technisches, sondern ein politisches Problem, es handelt sich um eine Debatte über die Verteilung dieses Reichtums. Es gibt eine politische Blockade, um über eine eventuelle Erhöhung der sozialen Beiträge zu debattieren. Eine größere Beteiligung der Firmen für die Finanzierung der Renten ist absolut vorstellbar. Man muss daran erinnern, dass der Anteil der Gehälter am Mehrwert, dem Reichtum, der von den Firmen produziert wird, seit 20 Jahren stetig sinkt. In Frankreich lag dieser Anteil am Anfang der 80er Jahre bei 70%, heute liegt er bei 60%. Diese Herabsetzung des Anteils der Gehälter am produzierten Reichtum geschah, obwohl sich zur selben Zeit die Arbeitsproduktivität um mehr als 50% steigerte. Es bestehen demnach genügend Handlungsfreiräume, um die Verlängerung der Lebenserwartung bei der Finanzierung der Renten zu berücksichtigen. Eine solche Wiederherstellung des Gleichgewichts vom Teil der Gehälter hat außerdem einen neutralen Effekt auf die Wettbewerbsfähigkeit der Firmen, wenn sie durch eine Herabsetzung der Dividenden, die den Aktionären gezahlt werden, ausgeglichen wird.

Das politische Problem, was sich uns stellt, ist das der Aneignung der Produktivitätsgewinne durch die Arbeitgeber, durch die Finanz-Institutionen und die Aktionäre.

Diese Frage gehört in den Rahmen einer umfangreichen Debatte über die Herabsetzung der Arbeitskosten, die Vergemeinschaftung der Sozialversicherung oder ihrer Privatisierung.

Dieses Rentengesetz hat im Frühjahr 2003 während Mai und Juni sehr große Mobilisierungen in Frankreich mit sich gebracht. Diese Bewegung war noch stärker als im Dezember 1995. Weiterführende Streiks haben in mehreren öffentlichen Sektoren stattgefunden, An Demonstrationstagen haben sich Hunderttausende von Menschen versammelt. Am 13. Mai 2003 sind zwei Millionen Menschen auf die Straße gegangen. Aber das Kräfteverhältnis war nicht ausreichend, um die Regierung zu zwingen. Wir haben es nicht geschafft, den Streik in genügend Firmen auszubreiten. Von Anfang bis Ende des Konfliktes hat die Regierung eine äußerst strikte Haltung bewahrt und konnte ihr Gesetz dank ihrer parlamentarischen Mehrheit Anfang des Sommers 2003 durchbringen

Die französische Gewerkschaftsbewegung wurde durch diese soziale Mobilisierung gespalten. Die CFDT, einer der französischen Gewerkschaftsbünde, hat die Regierung bei dieser Reform unterstützt. Die CFDT positioniert sich als Begleitungs-Gewerkschaft der libe-

5. **Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion**

ralen Reformen, 1995 hatte sie schon die rechte Regierung unterstützt und die Mobilisierung gegen die neuen Rentenregelungen bekämpft. Sie hat über die Arbeitslosigkeit eine Abmachung mit den Arbeitgebern unterschrieben, welche das Niveau des Arbeitslosengeldes herabsetzt. Nach dieser Niederlage über die Renten hat die Regierung ihre Angriffe gegen soziale Rechte fortgeführt. Nach den Renten ist es das Krankenversicherungssystem, welches in Frage gestellt wird, auch hier mit denselben liberalen Prinzipien: weniger Solidarität, weniger kollektive Unterstützung für Gesundheitspflege und mehr individuelle Verantwortung. Das Projekt will die kollektive soziale Deckung senken und die individuellen Privatversicherungen bevorzugen für diejenigen, die sie sich leisten können. Um gut versichert zu sein, werden wir morgen mehr bezahlen müssen.

All diese Angriffe gehen immer in dieselbe Richtung. Sie sind auf europäischem Niveau durch die Arbeitgeber und die liberalen Orientierungen der europäischen Kommission koordiniert. In dieser Situation ist eine Koordination der europäischen Arbeitnehmer dringend erforderlich, um die eigenen Interessen klar und deutlich zu artikulieren und gemeinsames soziales Recht auf hohem Niveau zu erzwingen: das ist die einzige Möglichkeit, das Sozialdumping, welches sich allmählich in der EU etabliert, zu brechen, angesichts der unterschiedlichen Sozialrechte, die es in den 25 EU-Ländern gibt.

Übersetzung: Dorothee Haffner und Richard Schneider

Alexander Recht (Sozialistisches Forum Rheinland)

Bericht zur Arbeitsgruppe 3¹

Die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW ausgerichtete Tagung „Zerstörung des Sozialstaats und Widerstand in Europa“ bot die Gelegenheit für einen Überblick über die verschiedenen Sozialsysteme Europas und über die Versuche politischer Kräfte, die jeweiligen Systeme zu verändern. Eine Arbeitsgruppe der Tagung widmete sich den Rentensystemen der Bundesrepublik und Frankreichs und lieferte gutes Anschauungsmaterial dafür, dass der Sozialabbau, wie er uns leider seit Jahren in der Bundesrepublik bekannt ist, im westlichen Nachbarland durchaus ähnlich verläuft.

Die Arbeitsgruppe startete mit einem Vortrag der Pariser Gewerkschafterin Annick Coupé von der „Union Syndicale G10 SOLIDAIRE“, die erläuterte, wie der Sozialabbau in der Rentenversicherung Frankreichs eingeleitet und durchgesetzt wurde. Mitte der 90er Jahre begann die damalige konservative Regierung Balladur mit dem ersten Schritt ihres Sozialabbauprogramms: mit Einschnitten in die Rentenversicherung der Beschäftigten in der Privatwirtschaft. Um die gleiche Rente wie bis dato zu erlangen, wurde den Beschäftigten ein späteres Renteneintrittsalter und eine höhere Anzahl beitragspflichtiger Jahre abverlangt. Der Zweck des Unterfangens war klar: den zahlreichen Lohnabhängigen der Privatwirtschaft, die infolge von Arbeitslosigkeit weniger Beitragsjahre vorweisen konnten bzw. früher in Rente gehen mussten, die Gesetzliche Rente zu kürzen. Dabei wurden die ersten Einschnitte bei den Beschäftigten der Privatwirtschaft begonnen, weil diese in Frankreich traditionell weniger stark gewerkschaftlich organisiert sind.

Der zweite Schritt des Sozialabbauprogramms wurde schließlich von der momentanen konservativen Regierung Raffarin eingeleitet: Kürzungen bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Bezug nehmend auf die Schlechterstellung der privaten gegenüber den öffentlichen Beschäftigten bei den Renten plädierte die Regierung Raffarin für Gleichbehandlung – und zwar für eine Gleichstellung auf niedrigem Niveau... Also wurde den öffentlich Beschäftigten analog zu den privaten ein späteres Renteneintrittsalter und eine höhere Anzahl beitragspflichtiger Jahre abverlangt, wobei es sich die Regierung nicht nehmen ließ, im Vergleich zum Sozialabbau Mitte der 90er die Anzahl beitragspflichtiger Jahre nochmals für alle Beschäftigten zu erhöhen.

Annick Coupé machte in ihren Ausführungen deutlich, dass es sozialen Widerstand gegen diese Abbaupolitik gab, bei dem auch erläutert wurde, dass demografische Veränderungen angesichts von Produktivitätssteigerungen durchaus ohne Einschnitte politisch steuerbar seien. Notwendig – so Coupé – seien hierfür Beitragssteigerungen, die auch durch die Unternehmensseite aufgebracht würden. Das Argument der Einschränkung von Wettbewerbsfähigkeit sei falsch: Zum einen werde es in allen Ländern als Erpressungsmittel eingesetzt,

1 Dieser Bericht wurde unter dem Titel „Rentensysteme im Vergleich“ in den „Lokalberichten Köln“ Nr. 23/2004 veröffentlicht.

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

zum zweiten biete die Reichtumssteigerung Spielräume auch für unternehmerische Lasten, zuletzt sei es möglich, dass die Unternehmen weniger Dividenden zahlten, so dass ihnen weiterhin genügend Mittel zur Verfügung bleiben würden.

Leider aber – so Coupé – sei der Widerstand trotz aller aufklärenden Wirkungen insofern erfolglos geblieben, als die Regierung den Sozialabbau schließlich beinhart durchgezogen habe. Coupé wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass nicht alle Gewerkschaften die Rentenabbaupolitik bekämpft hätten. Die mittige Gewerkschaft CFDT habe einige der Kürzungen mitgetragen und so den Widerstand unterminiert.

Zum Abschluss ihrer Ausführungen erläuterte Coupé schließlich, dass nun, da das gesetzliche Rentenniveau in Frankreich faktisch abgesenkt sei, die nächste Offensive der Regierung darin bestehe, die Rente ähnlich wie in der BRD auf private Teilkapitaldeckung umstellen zu wollen. Die Versicherungskonzerne stünden Schlange bei der Regierung, um neue Verwertungsfelder erschließen zu können. Hiergegen würde der Protest nun fortgesetzt.

Der Wissenschaftler Christian Christen, der zweite Referent der AG, schloss an diese Ausführungen an und machte deutlich, dass kapitalgedeckte Systeme mehr und mehr in den europäischen Ländern etabliert werden, obwohl sie für die Beschäftigten zweifelsohne von Nachteil seien: Kapitaldeckung sei für die Beschäftigten teurer, weil die Prämien die Gewinne der Banken mitfinanzieren müssten; sie sei ungerecht, weil Besserverdienende über bessere Anlagevarianten höhere Renten erzielen könnten; sie sei riskanter, weil das Problem der Kapitalentwertung drohe; schließlich könne Kapitaldeckung auch nicht per se höhere Verzinsungen als umlagefinanzierte öffentliche Systeme garantieren.

Da größere Teile der Bevölkerung entweder mangels ausreichenden Reichtums oder aufgrund von Aversion wenig Bereitschaft zu privaten Rentenanlagen hegten, würde die Banken- und Versicherungswirtschaft darauf drängen, dass die Versicherten sich privat zwangsversichern müssten. Dies, so erläuterte Christen überzeugend, sei dann allerdings ein Treppenwitz. Die gesetzliche Pflichtversicherung zu kappen und in verpflichtende Privatversicherungen zu überführen komme einem staatlichen Programm zur Förderung der Gewinne der Rentenversicherer gleich.

Die beiden Vorträge wie auch die anschließende Debatte haben eines ganz deutlich gemacht: Der Sozialabbau wird überall in Europa erprobt bzw. praktiziert; die Methoden und Argumente der Kapitaleseite und der ihr zuarbeitenden politischen Kräfte sind dabei sehr ähnlich. Die Schlussfolgerungen hieraus lauten: Der Widerstand gegen Sozialabbau muss internationalisiert werden. Dem Kapital müssen dabei europaweite Sozialstandards auf hohem Niveau und symmetrische Besteuerungsregelungen aufgezwungen werden. Die öffentlichen Rentenversicherungen schließlich müssen ausgebaut werden, indem sie eine Verbreiterung der Einnahmenbasis durch stärkere Einbeziehung der Unternehmen sowie aller Einkommensbezieher und durch Verbeitragung aller Einkommensbestandteile ermöglichen. Private Kapitaldeckung ist keine Lösung und muss verhindert werden.

5. **Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion**

Doch was logisch und richtig *ist*, wird von den Menschen nicht per se als richtig *aufgefasst*. Daher muss der Widerstand ein aufklärender sein – eine *raison d’agir* ist zu etablieren, wie es der leider kürzlich verstorbene Pierre Bourdieu formulierte. Dies wird die Linke viel Kraft und Einsatz kosten, denn es handelt sich beim Kampf für eine bessere Welt um „das Einfache, das schwer zu machen ist“ (B. Brecht).

4.4 Gesundheitssystem auf der Intensivstation (Arbeitsgruppe 4)

Tobias Michel

Globalisierte Geschäfte mit der Gesundheit – Mangel macht mobil

GATS, das internationale Abkommen über den freizügigen Handel mit Dienstleistungen, hat den Argwohn der Globalisierungskritiker geweckt. Beschwichtigend haben vor einem Jahr die Welthandelsorganisation (WTO) und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in einer gemeinsamen Studie empfohlen, zumindest der Gesundheit Vorrang einzuräumen gegenüber unbeschränkten Handelsinteressen.

Doch es gibt keinen Grund zur Entwarnung! Weitgehend unbemerkt von der öffentlichen Diskussion reißen Gesundheitsminister und Lobbyisten derzeit die Grenzen in Europa nieder. Patienten und medizinisches Personal, Medikamente und Organe, Krankenhausketten und Versicherungen – sie alle werden im EU-weiten Medizingeschäft um die Euro-Milliarden grenzüberschreitend gehandelt. In diesem Strudel werden die Verantwortlichen unsichtbar. Die Gesetzgeber in den einzelnen EU-Mitgliedsländern laufen bei ihren Gesundheitsreformen nur den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs hinterher; der EuGH hält sich stur an die Richtlinien der EU-Kommission, die EU-Bürokraten setzen die Politik um, die von den EU-Gesundheitsministern bei ihren Treffen vorgegeben wurde...

Dienstleistung gegen Cash

In diesem Sinne ist Gesundheitsministerin Ulla Schmidt durchaus eine internationale Komplizin: „Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir regeln, dass alle gesetzlich Krankenversicherten innerhalb der europäischen Mitgliedstaaten alle Leistungen in der ambulanten Versorgung im Kostenerstattungsprinzip in Anspruch nehmen können. Die Leistungen werden in der Höhe ersetzt, in der sie auch im Sachleistungsprinzip erstattet würden. Ich gehe davon aus, dass wir uns bei den derzeit stattfindenden Verhandlungen darauf einigen werden, dass das, was für Europa gilt, auch in Deutschland Rechtskraft besitzen muss.“

Selbst das 10 Euro-Eintrittsgeld zur deutschen Arztpraxis bekommt bei ihr einen internationalistischen Anstrich: „Das ist alles nur eine Gewohnheitssache und wird in fast allen Ländern um uns herum so gehandhabt, und keiner beschwert sich dort über Bürokratie.“

Nur wir Normalsterblichen kommen bei ihren Worten auf den Gedanken, es gehe dabei um unsere Versorgung während eines Urlaubs auf Ibiza oder in Schottland. „In einem Europa ohne Grenzen wollen die Menschen auch in der Gesundheitsversorgung mehr Mobilität. Unser Ziel ist es, noch bestehende Schranken und Hürden, wo immer möglich, durchlässiger zu machen“, erklärte der baden-württembergische Sozialminister Repnik am 23.10.2003. Davon profitieren jedoch nicht in erster Linie Patientinnen und Patienten. „Für

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

die baden-württembergischen Leistungsanbieter eröffnen sich neue Chancen, ihre hochwertigen Leistungen anderen EU-Bürgern anzubieten.“

Seit deutsche Gesetzgeber 1998 Krankenhäusern einen finanziellen Anreiz gesetzt haben, internationale Patienten zu behandeln, gibt es zahlreiche Bemühungen, diesen Markt zu erschließen. Sie reichen von der Gründung des Kuratoriums zur Förderung deutscher Medizin im Ausland e.V. über Marketingaktionen einzelner Häuser, die Präsenz auf internationalen Gesundheitsmessen wie Arab Health, Verhandlungen mit internationalen Krankenversicherungen bis hin zur Gründung von Patientenvermittlungsbüros.

Niederländer werden bereits auf der Grundlage einer Vereinbarung mit den Krankenkassen in NRW behandelt. Im kleinen Grenzverkehr werden die Folgen der drastischen Sparpolitik im Nachbarland insbesondere bei Vorsorgeuntersuchungen ausgegült. „Es erwachsen Chancen für die Medizintechnikunternehmen, weil Patienten vielfach den Wunsch haben, im Heimatland an den gleichen Geräten weiterbehandelt zu werden“, schwärmt Dr. G. Knorr, Ministerialdirigent der bayrischen Staatsregierung. „Beispielhaft ist das Konzept, Privatstationen mit gehobener Ausstattung und besonderem Service zu errichten, das einige Kliniken in Deutschland bereits erfolgreich umgesetzt haben. Diese Einrichtungen tragen dem wachsenden Bedürfnis ausländischer wie deutscher Patienten nach exklusiver Behandlung im Krankheitsfall Rechnung.“

Exklusive Behandlung für exklusive Patienten

Die Henriettenstiftung in Niedersachsen prahlt damit, wie sie sich auf englische Patienten spezialisiert hat – mit zweisprachiger Ausschilderung, mit angepasstem Essen, Sprachkursen für das Personal, umlaufenden Vorhängen um die Betten. Die ambulanten und stationären Wartelisten im britischen Gesundheitswesen sind unerträglich über die Millionengrenze angewachsen. Die Labour-Regierung weicht auf Anbieter im Ausland aus. Englische Privatkliniken verlangen beispielsweise 11.000 Euro für eine Hüftoperation mit 10-tägiger „Verweildauer“; die deutsche Konkurrenz macht es in 21 Tagen für knapp 10.000 Euro, sei es im Essener Lutherkrankenhaus oder in Hannover. Weil es in Norwegen insbesondere an Operateuren fehlt, verkürzen die mobilen Patienten dort ihre bis zu sechsjährigen Wartezeiten und jetten für eine Augenoperation nach Deutschland. So kauft Norwegen für seine Bürger jährlich 50.000 Operationen im Ausland ein.

Damit sie international ihre Angebote bewerben können, hat das deutsche Verfassungsgericht im August den Kliniken den Weg zum Marketing im Internet geöffnet. Insbesondere nach dem 11.9.2001 interessieren sich arabische und russische Reiche, die nicht mehr so leicht in die USA einreisen können, für Privatkliniken, die sich auf Sonderwünsche verstehen: Für Minister und Blaublüter gibt es Bodyguards und Decknamen. Durchaus vieldeutig fasst dies das Kurmotto in Bad Homburg: „rich in health“. Mit arabischen Hausprospekten und gezielten Werbeaktionen versuchen die Universitätskliniken in Frankfurt, Marburg oder Hamburg-Eppendorf mitzuhalten.

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

Nun gibt es auch hierzulande Wartelisten und Unterversorgung. Und die Patienten beginnen sich angesichts von steigenden Zuzahlungen und Eigenanteilen über die Grenzen hinaus nach Dumpingangeboten umzuschauen. Darum enthält das Paket der modernisierten Gesundheitsgesetze für die deutschen Krankenkassen erstmals die Möglichkeit, umgekehrt auch Verträge mit Leistungsanbietern im europäischen Ausland abzuschließen.

Gehet hin in alle Welt

So viel Patiententourismus mag unbefangenen Betrachtern irgendwie unsinnig und teuer und nicht „kundenorientiert“ erscheinen. Die neoliberalen Ökonomen besinnen sich. Sie fassen dabei zunächst die Wohlstandsmigranten und die Gesundheitsmigranten (ab ins milde Klima) ins Auge. So zeichnet sich der „Ich-Patient“ laut einer aktuellen Studie der Hypo-Vereinsbank durch die Bereitschaft aus, hohe private Gesundheitsausgaben zu tätigen.

Mutig geht das diakonische Johanneswerk in Bielefeld voran und investiert in ein Seniorenzentrum mit 55 Appartements, einer Pflegestation und 17 Einzelzimmern – nicht in Bielefeld, sondern im spanischen Almunecar nahe Málaga; und gleich noch ein zweites Mal in Alicante. Dort leben nun Engländer, Belgier, Deutsche sowie eine kleine Gruppe von Spaniern.

Es geht bei solcher Entwicklungshilfe durchaus darum, von einander zu lernen. Die Zeitschrift Carekonkret titelt am 12.09.2003 – „Privatisierung: Ausländische Anbieter sondieren den Markt“ – und fasst eine Gesundheits-Markt-Studie von HPS research des Branchenanalysten und Privatisierungspropheten Hartmut Schmidt zusammen: „Innerhalb Europas ist die Privatisierung in Deutschland am weitesten vorangeschritten. Deshalb wird der deutsche Markt auch eine zentrale Rolle spielen.“ Im Gespräch seien dabei Konzerne und Ketten wie die schwedische Capio (Kliniken), die US-amerikanische Sunrise (Senioren-Wohneinrichtungen) und HCA oder die französische Bonitas (ambulante Pflege) oder die englische CARE UK. Die Patienten hier profitieren davon nicht.

Die ausländischen Investoren brächten wenig anderes als ihr Kapital ein, um Wissen für ihre heimischen Märkte abzugreifen. Ohne einen Handschlag werden wohl die deutschen Aktionäre bei den Gewinnern sein, denn die ausländische Nachfrage pflegt zumindest die deutschen Börsenkurse gut.

Wanderarbeiterinnen in deutscher Hand

Im verschärften Konkurrenzkampf haben die Krankenhäuser sich zunächst von ihrer Aufgabe verabschiedet, hierzulande für die Zukunft auszubilden. Joachim Döring von der Henriettenstiftung in Hannover berichtet: „In Slowenien und Polen entstanden und entstehen Pflegeschulen unter deutscher Beteiligung.“ Die EU-Kommission reformiert ebenso vorausschauend die gegenseitige Anerkennung beruflicher Qualifikationen im Gesundheitswesen.

5. **Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion**

Falls tatsächlich ernst gemacht wird in den Kliniken und Pflegepersonal, Ärzte und Medizinisch-Technische-Assistenten nicht mehr zu Schichten mit bis zu 25-34 Stunden Länge eingeteilt werden, kommt auf die Krankenhäuser eine Welle der Neueinstellungen zu. Zur „Abmilderung“ dieser Folgen eines EuGH-Urteils lässt sich der Vorsitzende des Gruppenausschusses der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber, Dr. Otto Foit, in einer Presseerklärung zitieren: „Die Politik müsse die Möglichkeit schaffen, auch in Nicht-EU-Staaten Ärzte rekrutieren zu können, weil auf dem EU-Binnenmarkt nicht genügend ausgebildetes Personal zur Verfügung steht.“

Brauchen wir wirklich eine Green-Card für indische, russische und afrikanische Schwestern und Ärzte? Und wie verheerend wirkt sich das auf die Gesundheitsversorgung dort aus?

Blut-Zapfstellen

Der BSE-Skandal hat aufgezeigt, wie die globalisierten Wertschöpfungsketten die Qualität unserer Nahrung weitgehend unkontrollierbar gemacht haben. Die Regierungs-Skandale um HIV-verseuchte Blutkonserven und Blutgerinnungspräparate in Frankreich sind noch zu frisch in der Erinnerung.

„Blutprodukte sind heute für eine Hochleistungsmedizin unverzichtbar“, beschwört darum der Staatssekretär des Ministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, Dr. Klaus Theo Schröder. Die EU-Richtlinie zur Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Gewinnung, Testung, Verarbeitung, Lagerung und Verteilung von menschlichem Blut und Blutbestandteilen ist seit dem 8. Februar 2003 in Kraft und muss bis zum 8. Februar 2005 in nationales Recht umgesetzt werden. „Die Bundesregierung begrüßt das. Es ist notwendig, dass die Standards europaweit angeglichen werden, damit die Bürger der Europäischen Union überall dasselbe Qualitäts- und Sicherheitsniveau antreffen, wo auch immer sie sich einer medizinischen Behandlung unterziehen müssen“, so Schröder.

Trotz solcher Versprechen bleiben erhebliche Zweifel. In Europa und eben auch in Deutschland werden die sozial Benachteiligten gegen Bares zur monatlichen Blutspende gelockt. Die internationale Erfahrung belegt jedoch, dass diese bezahlten Spender/innen eben auch gesundheitlich benachteiligt sind. Sie nehmen selbst bei den Blutspenden Schaden. Und die „Qualität“ ihres Blutes ist unterdurchschnittlich, denn sie sind oft lebensgefährlichen Viren ausgesetzt. Die soziale Kluft reißt im europäischen Maßstab noch zusätzliche Verwerfungen auf – mit dem internationalisierten Bluthandel gehen uns diese Folgen buchstäblich unter die Haut.

Globalisierung auf dem Rechtsweg

In Brüssel unterhält nicht nur die Diakonie ein Europabüro. Auch die Bundeszahnärztekammer sorgt sich dort darum, dass die Innung bei der Implantation der Goldkronen nicht unversehens über die internationalen Fallstricke der Geldwäsche stolpert. Gemeinsam knüpfen die

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

Lobbyisten ihr Netz aus Paragrafen in den Richtlinien der EU-Kommissionen und ziehen es dann beizeiten zu.

Der Europäische Gerichtshof ersetzt mit seinen Urteilen die politische Willensbildung. So pocht er auf die Grundsätze des freien Warenverkehrs nach Artikel 28 und auf die Dienstleistungsfreiheit nach Artikel 49 EG-Vertrag auch im Bereich der ambulanten und stationären Behandlung. Dies hat zur Folge, dass sich Versicherte Leistungen gegen Kostenerstattung zu Lasten öffentlich-rechtlicher Versicherungsträger selbst beschaffen können.

Für weitere Klagen steht unter anderem der Verband der privaten Krankenversicherungen (PKV) bereits in den Startlöchern. Er sieht seinen auf 9,36 % gewachsenen Marktanteil gefährdet – und nicht erst durch eine Bürgerversicherung. Die Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze im Beitragssatzsicherungsgesetz BSSichG vom 23. Dezember 2002 widerspricht den europäischen Grundfreiheiten und müsste sich am europäischen Wettbewerbs- und Kartellrecht messen lassen. Falls die Krankenversicherungs-AG, die DKV und die Allianz mit ihrer Verfassungsbeschwerde scheitern, drohen sie mit dem Gang vor den EuGH.

Die DKV, Europas führender privater Krankenversicherer, versucht gleichzeitig zur internationalen Ausdehnung eine vertikale Integration. Sie will dazu mit Facharztzentren für Privatpatienten und einer Kette von Zahnprophylaxe-Centern die neuen Gewinnmöglichkeiten und Märkte ausschöpfen – und wird dabei recht wenig Rücksicht auf Bedenken gegenüber der eigenen Kartellbildung nehmen.

Ganz ähnlich liegt der Fall der privaten Asklepios-Kliniken. Sie haben im November 2002 eine Beschwerde bei der EU-Kommission eingereicht gegen die Subventionspraxis bei den öffentlichen Krankenhäusern. Das Handelsblatt spekulierte: „Sollte Brüssel die Beihilfen verbieten, würde dies den Wettbewerb auf dem Krankenhausmarkt erheblich beschleunigen.“ Tatsächlich brauchen wir für eine wohnortnahe Versorgung und für Krisenzeiten wie Epidemien oder Hitzeperioden Krankbetten auch da, wo sie sich nicht gegen die private Konkurrenz rechnen. Eine Konsequenz der Asklepios-Beschwerde könnten also bedrohliche Unterversorgungen im Sauerland oder zur Grippezeit im nächsten Februar sein.

Wahrscheinlicher ist, dass der Staat die privaten Klinikketten mit erheblichen Beihilfen gleichbehandeln muss. Es war also weniger der Gerechtigkeitssinn, der Asklepios nach Brüssel treibt, als der Heißhunger auf Extraprofite. Ironischer Weise kaufte sich die Asklepios-Kette im November 2003 in Hamburg die sieben landesbetriebenen Krankenhäuser samt der 20 Tochterfirmen. Als faktischer Monopolist in einem Bundesland bestimmt Asklepios nun nicht nur über die Gesundheitsversorgung, sondern auch über die Preise. Vom vertraglichen Kaufpreis von 318 Millionen Euro werden zunächst tatsächlich nur 20 Millionen fällig. Unter anderem hat der CDU-Schill-Senat für 60 Jahre auf Pachteinnahmen für Krankenhaus-Immobilien verzichtet – eine Subvention durch die Stadt Hamburg von 189 Millionen Euro.

Wir dürfen also durchaus behaupten, dass sich im europäischen Medizin-Zirkus einige gesund stoßen.

Erika Feyerabend

Selbsthilfe und Pharmaindustrie – eine gefährliche Partnerschaft

Die Liaison zwischen Selbsthilfe und Pharmaindustrie hat gesellschaftspolitische Dimensionen. In dieser Blickrichtung ist weniger wichtig, welche Motive und Selbstauskünfte die Beteiligten angeben, sondern welchen Regeln biomedizinische Forschung und Pharmamarkt folgen. Was ist „erfolgreiches“ Handeln im Feld der Produktion von Wissen und Waren? Und wie werden unter diesen dominierenden Konditionen, Bedürfnisse und Erwartungen von PatientInnen gestaltet, die dann gerne als handlungsleitendes Motiv von Industrie und Forschung aufgegriffen werden, um das eigene Tun zu legitimieren? Und wie hat sich auch die Selbsthilfe unter diesen Konditionen verändert?

Krankenbehandlung findet längst nicht mehr in einem „intimen“ Arzt-Patienten-Verhältnis statt. Sie ist ununterscheidbar verknüpft mit molekularer Forschung, die in komplexen Strukturen von Pharmakonzernen, PR-Agenturen, Biofirmen, Anbietern klinischer Studien, Service Agenturen, Börsenkalkülen und staatlich alimentierten Laboratorien organisiert ist. Und nicht nur das. Die gesamte Gesellschaft wird von einer Art biowissenschaftlichem Infotainment erfasst. „Revolutionäre Fortschritte“ in der Medizin werden versprochen, die Lösung fast aller verbliebener Krankheitsprobleme. Forschungslandschaft und Öffentlichkeit sind dominiert von einer Art molekularer „Weltanschauung“, die bereinigt ist von allen Widersprüchen und von historischen wie sozialen Bedingungen. Das ist die gesellschaftliche Folie, auf der alle Beteiligten agieren.

Die „guten Absichten“, heilen zu wollen, Letzterklärungen zu liefern und moderne „Partnerschaften“ zwischen medizinischen Experten und Laien bzw. Betroffenen zu beschwören, all das erfasst nicht, wie Wissenschaft funktioniert. Deren oberstes Gebot ist die Innovation. Das oberste Gebot der Ökonomie ist Wachstum und hier ergeben sich sehr viele Anschlussstellen. Verspricht eine Innovation Wachstum, dann bindet sie eine immer größer werdende Anzahl von Menschen, Organisationen, Firmen, Börsenspezialisten, Ressourcen, Ministerpräsidenten und Fernsehanstalten wie auch Selbsthilfeorganisationen an sich. Nicht zu vergessen und nicht zu unterschätzen sind die PR-Agenturen, die von Pharmafirmen und/oder Selbsthilfeorganisationen beauftragt werden. Laut PR Industry's Trade Press gaben die fünf Marktführer im Gesundheitssektor (Edelman, Ruder Finn, Noon And Russo Presence, Shire Group und Medical Action Communications) im letzten Jahr über 260 Millionen Euro für Medien-Kampagnen aus. (vgl. BMJ vol 326, 31 May 2003, 1205-1207)

In diesen Selbsthilfeorganisationen begegnen sich Betroffene und WissenschaftlerInnen zunehmend in den institutionalisierten Räumen wissenschaftlicher Beiräte. Längst geht es dort nicht mehr um Alltagskompetenz und Bewältigung eines Lebens mit chronischer Krankheit, sondern um die Verbreitung neuester Forschungsergebnisse, über die die Mitgliederzeitschriften laufend informieren. Besonders hier vertrauen Laien Fachleuten und Fachleute vertrauen sich selbst und dem Selbstbild, das ihnen als öffentliche Meinung entgegentritt. Kann in diesem Konglomerat von wissenschaftlichen Dominanzen, popularisierten Wissens-

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

happchen und ökonomischen Interessen tatsächlich mehr Urteilsfähigkeit bei chronischen Kranken entstehen? Beispielsweise: Wird über die Studienbedingungen informiert, deren vielversprechenden Ausgang der wissenschaftliche Beirat gerade bestätigt hat? Darüber wer sie finanziert? Ob die Gutachter tatsächlich unabhängig sind? Oder wird hier eher im Sinne der molekularen Weltsicht Hoffnung gemacht?

Kanadische Wissenschaftler haben sich die Entstehung medizinischer Leitlinien für die „Qualitätssicherung“ genauer angesehen und herausgefunden, dass vier von fünf Autoren solcher Leitlinien finanzielle Verbindungen zur Pharmaindustrie pflegen. Durchschnittlich sind zwei Fachleute sogar Angestellte oder enge Berater jener Firmen, deren Medikamente sie dann in den Leitlinien empfehlen. (zit. n. Klaus Koch, Klinische Leitlinien: Die Pharmaindustrie schreibt mit, in: Deutsches Ärzteblatt 99, Ausgabe 7 vom 15.02.2002, A-393) Statt schneller Reproduktion ungeprüfter Empfehlungen oder Studienergebnisse, könnte es die originäre Aufgabe der Patientenvertretung sein, diese Verflechtungen transparent zu machen und kritisch zu kommentieren.

Doch viele Selbsthilfeorganisationen erweisen sich als eine ideale soziale Form, um Bedürfnisse und Nachfrage nach neuen Diagnose- und Therapieverfahren und dazugehöriger Forschung zu erzeugen. Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie hat die eigenen Interessen in diesem Gebiet überzeugend formuliert:

Es geht um „direktes Patientenmarketing mit geringsten Streuverlusten“. So werden verschreibungspflichtige Medikamente beworben. Oder es wird gleich politisch für die Aufhebung des Werbeverbotes plädiert. Mamazone, eine Organisation von Brustkrebspatientinnen, vertritt diese Liberalisierungspolitik offensiv. Für dieses Ziel haben sich auch die IAPO (International Alliance of Patients' Organizations) und GAMIAN/Europe (Global Alliance of Mental Illness Advocacy) bei der Europäischen Kommission stark gemacht. Die IAPO wurde gegründet und ist finanziert von Pharmaceutical Partners for Better Healthcare, einem Konsortium von 30 führenden Pharmakonzernen. GAMIAN ist eine Kreation von Bristol-Meyers Squibb. (vgl. BMJ vol 326, 31 May 2003, 1208-1210)

Es kann Bedarf an neuen Medikamenten oder Verfahren geschaffen werden, bevor diese überhaupt auf dem Markt sind. „Überzeugendes Prämarketing“ heißt das im Jargon der WerbestrategInnen.

Die Chance auf „Risikominimierung bei eventuell auftretenden Nebenwirkungen“. Dafür sorgen soll die beruhigende „Stellungnahme der Selbsthilfegruppe“.

Im Gegenzug, so ist zu beobachten, werden Selbsthilfekongresse, Publikationen oder so genannte awareness-Kampagnen und anderes mehr von den Pharmaherstellern bezahlt. Sicher gibt es Geldmangel und zu wenig gesellschaftliche Anerkennung besonders für chronisch Kranke und Behinderte, die sich oft im gesellschaftlichen Abseits befinden. Allerdings gibt es mir zu denken, dass sie besonders dann als eine Art Kollektivsubjekt in PR-Kampagnen vorgezeigt werden, wenn es um die Erleichterung von Forschungsbedingungen oder um Nachfrage nach immer neuen Medikamentengenerationen geht. Mit dem Gedanken der Selbstvertretung und Stärkung hat das nichts mehr zu tun.

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

Wer zum Beispiel die Zeitschrift der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft e.V. (DMSG) aufschlägt, der blickt auf ein Liebespaar: „Multiple Sklerose? Wir lassen Sie nicht allein! Aufklären, beraten, helfen“, heißt die Botschaft unter dem Bild. Abgebildet ist hier übrigens ein Paar, das den ästhetischen und altersbezogenen Normen so sehr entspricht, das durchaus für Deodorant oder Multivitaminsäfte vor die Kamera treten können. Das „Industrieforum Multiple Sklerose“, bestehend aus den Unternehmen Aventis, Biogen, Schering, Serono, macht mit bei der bundesweiten PR-Kampagne der DMSG. Biogen und Serono sind bedeutende Interferon-Hersteller. Diese pflegen kontinuierliche Kontakte zur DMSG – durchaus mit ökonomischem Kalkül.

Die DMSG verbietet einseitige Werbung für bestimmte Produkte. Doch über den Ärztlichen Beirat, bestückt mit den MS-Spezialisten, werden klinische Studien kommentiert und für bestimmte Präparate Empfehlungen ausgesprochen. Solche wissenschaftlichen Empfehlungen fördern die Glaubwürdigkeit des Herstellers, denn der Ärztliche Beirat gilt ja als unabhängig. Die Experten arbeiten unentgeltlich und genießen Vertrauen. Im Gegenzug finanziert die DMSG einen Teil jener Forschungsprojekte, die Mitglieder des Beirates durchführen (im Schwerpunkt am Biozentrum Würzburg). Auch Prä-Marketing“ wird betrieben, zum Beispiel für den Einsatz von Stammzellen, deren therapeutisches Potential wirklich noch in den Sternen steht. Ich habe mit vielen MS-PatientInnen gesprochen, die ganz unterschiedlich mit ihren Erkrankungen leben, abweichende Erfahrungen machen, durchaus nicht stetig auf den nächsten wissenschaftlichen Durchbruch hoffen, entweder weil sie schon zu oft enttäuscht wurden, weil sie schon verschiedene klinische Programme hinter sich haben, weil sie mit anderen Therapieansätzen bessere Erfahrungen gemacht haben. Doch das kommt in den PR-Kampagnen und Berichten aus der Welt der Wissenschaften nicht vor – und wird wohlmöglich zunehmend begründungspflichtig: Hätten Sie nicht an Forschungsprojekten zum Wohle anderer, zukünftiger PatientInnen teilnehmen können? Haben Sie jede, auch hoch-experimentelle „Chance“ des Heilversuches wahrgenommen? Eine wichtige Aufgabe der PatientInnenvertretung aber wäre es, auch diesen gegenläufigen Erfahrungen gesellschaftlich Gehör zu verschaffen.

In der politischen Ausgestaltung der Forschungsbedingungen spielen Selbsthilfeverbände eine nicht unerhebliche Rolle. Mal wurden VertreterInnen von Betroffenenverbänden eingesetzt, um die europäische Patentierungsrichtlinie öffentlichkeits-wirksam zu promoten. Mal versuchen Experten in der Deutschen Alzheimer Gesellschaft – in Fürsprache aller Betroffenen – auch die Forschung an Demenzkranken politisch zu ermöglichen. Und aktuell versuchen ähnliche Allianzen das Werbeverbot für verschreibungs-pflichtige Medikamente zu Fall zu bringen. Politisch aussichtsreich ist eine solche Strategie, denn Kritik an Betroffenen fällt schwer. Die Rhetorik der Betroffenheitsentgrenzung greift allzu schnell: „Kommen Sie mal in eine solche Situation...“ Dass es auf dieser politischen Bühne durchaus auch strategische Planung gibt, zeigt die Association of British Pharmaceutical Industry. Sie will „Bodentruppen in Form von Patienten-Unterstützergruppen, Professionelle u.a.m.“ einsetzen, um eine Debatte über Patientenbelange anzuführen. Politische, ideologische und professionelle Verteidiger hoher Schutzstandards könnten geschwächt werden, um Platz zu machen für die AB-

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

PI und ihre forschungsfreundlichen Regulationsvorschläge. (vgl. BMJ vol 326, 31 May 2003, 1205-1207)

Wie weit die Gestaltungskapazitäten von PatientInnenorganisationen reichen können, zeigt das Beispiel der AFM, einer französischen Betroffenenengruppe für Muskeldystrophie. Ihr Vorsitzender machte schon in den 80er Jahren die genetische Forschung zur Priorität. Die Zusammenarbeit mit einer Mammut-Talkshow brachte erhebliche Einnahmen, die in den Aufbau des französischen Genomforschungszentrums Généthon flossen, das sicherlich die Entwicklung der pränatalen Diagnostik von Muskeldystrophien und anderen Behinderungen voranbrachte.

Einige Selbsthilfegruppen, die sich mit so genannten „orphan diseases“, mit seltenen Krankheiten befassen, arbeiten mit Pharmafirmen zusammen, indem Blutbanken eingerichtet werden. Die Hoffnung auf Klärung von Krankheitsursachen treibt die Selbsthilfegruppen an. Das Ergebnis sind Patente, mit denen geistige Eigentumsmonopole entstehen. Das Forscherteam oder die Firma kann andere daran hindern im gleichen Problemfeld zu arbeiten, oder es gegen Zahlung hoher Lizenzgebühren erlauben. Ist das im Sinne der Betroffenen?

Erste Betroffenenorganisationen (PXE International) sind die Mitinhaber von einem Patent auf einen Genabschnitt, das durch ihre Blutbank und ihre Finanzen „entdeckt“ wurde – und so partizipiert eine Betroffenenengruppe selbst am Spiel um Geld und Gene. Ist das Selbstvertretung Betroffener?

Direkt am molekularen Forschungsgeschehen beteiligt sich auch die Selbsthilfeorganisation mamazone. Sie baut eine Tumorgewebank namens P.A.T.H (Patients Tumorbank of Hope) auf, gemeinsam mit der Biotechfirma LipoNova.

Der Preis, um auf die Belange von Kranken aufmerksam zu machen und die Wissensfestungen der Experten aufzubrechen, ist hoch. Die Beispiele zeigen, dass Selbsthilfe- und PatientInnengruppen Gefahr laufen, zu einer getarnten Zone zu werden, in der Marktinteressen und biomedizinische Forschungsambitionen dominieren. Und sie sind zum Teil auch schon eine Art Transmissionsriemen, um im Namen der Betroffenheit molekulargenetische Forschungsprojekte zu fordern – und auch eigenständig zu fördern.

Sandra Fuhrmann

Bericht zur Arbeitsgruppe 4

Die AG „Gesundheitssystem auf der Intensivstation“ fand statt mit Tobias Michel und Erika Feyerabend, sowie acht weiteren Menschen, davon vier Frauen. Erika hat vorgestellt, wie sie die AG vorbereitet haben, mit insgesamt drei Inputs à zehn Minuten. Tobias startete mit dem ersten Input, ist allerdings sehr schnell unterbrochen worden. Da die AG nicht so groß war, wurden Fragen direkt geklärt. Allerdings ergab sich aus der ersten Nachfrage direkt eine lebhaftige Diskussion, die nicht immer das Thema bei behielt.

Zuerst ging es um wachsenden Reichtum, also auch wachsende Ausgaben für Gesundheit, die einen umkämpften Markt hinterlassen. Tobias Michel stellte die größten Krankenhausketten vor: die Rhön AG mit 135 Häusern, die 1-2 Krankenhäuser pro Jahr dazu kaufen, Helios, die bekannt geworden sind bei dem Aufkauf der Wuppertaler Städtischen Kliniken und Sana, die den Großraum Stuttgart managen. Sana gehört 36 verschiedenen privaten Krankenversicherungen. Insgesamt liegt der Privatisierungsgrad von Krankenhäusern in der BRD noch sehr niedrig, etwa 8% der Krankenhäuser sind privatisiert, die Bettenanzahl liegt noch darunter.

Deutschland ist ein Exportland von Krankenhäusern, vor allem nach Arabien und China, und ein Importland von PatientInnen, vor allen aus England.

Ein Diskussionsstrang war zum Thema Flexibilisierung von PatientInnen, ein weiterer zum Thema BWLisierung der Krankenhäuser, Stichwort DRG etc.. Die zentrale Frage dabei war, was bedeutet ein öffentliches Krankenhaus, was bedeutet ein privates und was wollen wir eigentlich? Die Frage ist, wer bei der Privatisierung von Krankenhäusern die Gewinner sind und wer die Verlierer. Auf Grund der besonderen Situation in Deutschland, in der die meisten öffentlichen Häuser in kirchlicher Trägerschaft sind, gehören die Beschäftigten eher zu den GewinnerInnen. Die PatientInnen werden in der Mehrheit wohl verlieren, sowie die Produktion des Gutes Gesundheit.

Nach einem Input von Erika Feyerabend war ein weiterer Diskussionszweig zum Thema Zulassung von Medikamenten, von alternativen Heilmethoden etc. Hier geht es in der Regel um die Machtinteressen der Pharmaindustrie. Bei den Gesundheitsausgaben sieht es im Moment so aus, dass die Ausgaben sich auf 11,5 % des BSP betragen. Davon werden 6% von der GKV getragen und nahezu die Hälfte durch die private KV, Selbstzahler, nicht mehr verschreibungsmögliche Arzneien und Lohnfortzahlung. Der/die PatientIn ist individualisiert. Wer soll die Kontrolle ausüben? In diesem Zusammenhang ging es um die Partnerschaft von Pharmaunternehmen und PatientInnengruppen/Selbsthilfegruppen. Hier versuchen die Pharmakonzerne an entsprechender Stelle Bedarf zu erzeugen sogenanntes „Überzeugendes Prämarketing“. Des weiteren wird so versucht das Werbeverbot von verschreibungs-pflichtigen Medikamenten zu liberalisieren und auch Selbsthilfegruppen dafür zu instrumentalisieren. Eine dritte Ebene ist die „Risikominimierung bei eventuell auftretenden Nebenwirkungen“. Im Gegenzug gibt es finanzielle Unterstützung, es werden Kongresse finanziert, etc.

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

Anschließend gab es noch einen Input von Tobias Michel zur Situation der Beschäftigten und Streiks. Der längste Streik in der Krankenpflege dauerte acht einhalb Monate(!). Die TeilnehmerInnen einigten sich zum Schluss, darauf, dass die Situation schwierig ist und nicht einmal unumstritten ist, was wünschenswert ist. Nach Brecht: „ändere die Welt, sie braucht es.“

Es lagen zwei Texte zum mitnehmen aus:

„Die weiße Emigration – Ärzte und Krankenschwestern verlassen Polen“ aus Ärzte Zeitung

„Selbsthilfe und Pharmaindustrie – eine gefährliche Partnerschaft“

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

TeilnehmerInnen der Podiumsdiskussion:

- Elisabeth Gauthier, Espaces Marx, Paris
- Karen Genn, Vertreterin der Marx-Engels-Stiftung, Wuppertal, aktiv im Europäischen Sozialforumsprozess und bei Euromarsch
- Eric Meijer, Sozialistische Partei der Niederlande, Rotterdam, MdEP
- Horst Schmitthenner, IG Metall, Verbindungsbüro Soziale Bewegungen, Frankfurt/Main
- Moderation: Florian Weis, Rosa Luxemburg Stiftung Berlin

Einleitend formulierte **Florian Weis** drei Schwerpunkte, auf die sich die Suche nach Subjekten, Organisationen und Organisationsformen politischer Veränderung fokussieren sollte:

1. Haben wir es auf den verschiedenen Feldern gesellschaftlicher Auseinandersetzung und Organisation gegen die Dominanz dessen, was wir verkürzt Neoliberalismus nennen, wirklich schon mit einer Europäisierung oder Globalisierung im Bereich der Linken, Gewerkschaften und oppositionellen sozialen Bewegungen zu tun? Oder bewegen wir uns überwiegend auf der nationalen Ebene, ergänzt um europäische Austauschformen (Demonstrationen, Aktionstage wie den 3. April 2004, Treffen des ESF in Florenz, Paris und London bzw. des WSF, Gewerkschaftsverbände, globalisierungskritische Bewegungen wie Attac, antirassistische/migrantische Netzwerke ...), handelt es sich gegenwärtig noch um eine Addition nationaler Proteste und Bewegungen ?
2. Wie stark sind unter heutigen Bedingungen die politischen Wirkungsmöglichkeiten linker Parteien? Sollen wir uns linke Parteien, emanzipatorische Bewegungen und Gewerkschaften als einheitlichen oder zu vereinheitlichenden Block vorstellen? Oder müssen, sollten wir von wechselnden Interessenkoalitionen gleichberechtigter Netzwerke und Organisationsformen ausgehen? Alternativ: ist es möglich, ja überhaupt noch wünschenswert, zentrale Bewegungen zu haben, als die manchmal z.B Attac oder Versammlungen sozialer Bewegungen wie das ESF erscheinen?
3. Welche Funktion hat die Fraktion der Linken GUE/NGL im Europa-Parlament, welche die kürzlich gegründete Europäische Linkspartei (EL)? Kann die EL über den Zusammenschluss nationaler Parteien hinaus eine Rolle spielen, z.B. als lockeres Dach für Personen und Netzwerke, auch für Nicht-Mitglieder in den nationalen Parteien? Ist das Prinzip der Mitglieder- und Massenpartei noch haltbar? Müssten, können andererseits die Gewerkschaften sich nicht stärker öffnen für Projekte, Netzwerke, Selbstorganisationen unter ihrem Dach? Welche Aufgaben über die Interessenvertretung ihrer Mitglieder hinaus können Gewerkschaften wahrnehmen, was ist, was kann ihre soziale Basis werden?

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

Elisabeth Gauthier führte aus, in Europa geht es für die Linke nicht um einen Kampf gegen Europa, sondern um mehr Einfluss auf die Gestaltung Europas. Es geht konkret um die Bekämpfung des neoliberalen Projekts auf allen Ebenen – im Betrieb, in der Gemeinde, im Nationalstaat, in Europa, beim IWF oder der Weltbank, in der Europäischen Kommission, gegenüber der EZB und den eigenen Regierungen. Die Linke muss danach trachten, Kräfte, die für eine andere Logik aufstehen, zu sammeln, um eine größere Dynamik des Widerstands auf europäischer Ebene zu erreichen. Selbstverständlich sind die Traditionen und Möglichkeiten unterschiedlich – so erfreuen sich z.B. Generalstreiks in Italien größerer Sympathie als in Frankreich – aber die Versuche gemeinsam zu handeln mehren sich. Die Auseinandersetzungen mit dem Neoliberalismus finden im Rhythmus jeden Landes statt. Gleichzeitig versucht die europäische Gegenbewegung mehr zu sein als nur die Addition der nationalen Bewegungen. Die ausgehend vom ESF in Florenz am 15. Februar 2003 organisierten Demonstrationen gegen den Irak-Krieg der USA waren ein gutes Beispiel. Viel weniger erfolgreich war der 3. April 2004 als europäischer Protesttag gegen den Sozialabbau.

Mit der EU-Verfassung werden nicht nur institutionell Weichen gestellt und Grundrechte festgelegt, sondern – das ist etwas völlig Neues – Politik verfassungsmäßig festgeschrieben, es wird der Neoliberalismus konstitutionalisiert. In Frankreich wird dazu ein Referendum stattfinden. Die Befürworter dieser Verfassung behaupten, Frankreich wäre im Falle einer Nein-Mehrheit isoliert. Gut wäre es daher, wenn auch in dieser Frage antiliberale Solidarität entwickelt würde und gleichgerichtete Aktionen auch in anderen Ländern stattfänden.

Florian Weis hinterfragte an dieser Stelle: Ist der Begriff „Europäische Bewegung“ nicht eine Einengung? Sollten wir nicht von „Bewegungen“ reden, die eine entsprechende Breite widerspiegeln?

Horst Schmittenner erklärte, dass wir sind auf dem Weg zu einem europäischen Subjekt sind. Erforderlich ist dabei ein aktiver Sozialstaat. Aber die politische Repräsentanz schottet sich gegen soziale Bewegungen ab, die Alternativen zum Sozialabbau fordern. Der europäische Aktionstag gegen Sozialabbau, der auf Empfehlung des Pariser Treffens des ESF stattfand, wurde in der Bundesrepublik stark von der IG Metall und ver.di getragen und setzte gleichzeitig die Gewerkschaften intern unter Druck.

Die nationalen Gewerkschaften Europas sind im globalen Neoliberalismus noch nicht angekommen. Sie führen nationale Tarifikämpfe. Es kommt aber darauf an, Lohndumping in allen Tarifverträgen Europas zu vermeiden. Es müsste Diskussionen unter den Gewerkschaften z.B. zu der Frage geben: Wie stellen wir uns gemeinsam gegen die Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich auf?! Auseinandersetzungen laufen europaweit in den Gewerkschaften um die Frage: Um welche Aktionsfelder kümmert sich die Gewerkschaft? Klar ist, dass es für die Tarif- und Betriebspolitik geeignete Instrumente gibt – den Streik und die Tarifverträge. Aber für den Sozialabbau und die politische Ebene verfügt die Gewerkschaft über keine angemessenen Instrumente. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ging immer

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

von der traditionellen Arbeitsteilung aus, die besagte, dass die SPD der politische Arm der Arbeiterbewegung ist.

Die Gewerkschaften drohen, wenn sie sich als Juniorpartner der SPD verstehen, wie die SPD vor die Wand zu fahren. In Betrieben werden Abschlüsse unterhalb der Tarifverträge vereinbart. Bei Gewerkschaftern reift die Erkenntnis, dass eine politische Einflussnahme nicht nur über Parteien möglich ist. So hat die IG Metall ein Verbindungsbüro zu sozialen Bewegungen eingerichtet. Für eine Zusammenarbeit müssen aber zunächst Vorbehalte der neuen sozialen Bewegungen abgebaut werden. Gewerkschaften seien auch „Teil des Systems“. Es zeigt sich, dass zunächst Bündnisse auf Zeit sinnvoll sind, da Gewerkschaften und soziale Bewegungen zu unterschiedlich sind. Dabei können Bündnisse nur auf gleicher Augenhöhe geschlossen werden. Jeder Versuch einer Dominanz einer Seite über die andere wäre der Tod der Zusammenarbeit.

Karen Genn analysierte die Entwicklung der Europäischen Sozialforen. Sie verwies auf die abnehmenden TeilnehmerInnenzahlen. Nahmen am ersten ESF 2002 in Florenz noch 50.000 Menschen teil, so waren es in Paris 2003 noch 40.000 und in London im Oktober dieses Jahres 30.000. Das Verdienst der europäischen Sozialforen besteht darin, dass sie als bisher einzige Bewegung den Zusammenhang zwischen Sozialabbau, Privatisierung, der Friedensfrage und der Einschränkung der Demokratie hergestellt haben. Leider überlagerten der Irak-Krieg und die Rolle Großbritanniens beim ESF in London die notwendige Diskussion zu Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Karen Genn betonte, ohne Gewerkschaften als organisierte Form der Arbeiterbewegung wird es nicht gehen. Aber die Gewerkschaften werden ihrer historischen Rolle nicht gerecht, wenn sie nicht von den neuen Bewegungen lernen. Natürlich stehen am Beginn der Zusammenarbeit Bündnisse auf Zeit. Insgesamt sind wir jedoch auf dem Weg zu einer europäischen Bewegung.

Sie rief auf, an der die nächsten Protestaktion gegen Hartz IV, dem Marsch auf die Arbeitsagentur in Nürnberg am 6. November 2004, teilzunehmen. Dabei müsse man sich bewusst sein, dass unter kapitalistischen Bedingungen nur reformistische Veränderungen möglich sind. Leider fehlen heute die Kirchen in der Bewegung des sozialen Widerstands, anders als noch Mitte/Ende der neunziger Jahre. Dennoch vollziehe sich ein breiter werdender emanzipatorisch-partizipativer Prozess.

Eric Meijer charakterisierte eine Demonstration von 200.000, wie sie in den Niederlanden am 2. Oktober 2004 stattgefunden hat, als europäisch und national zugleich. Aber es gibt noch keine europäische Bewegung. Die Bewegungen des Protests entwickeln sich regional und national. Ihre Teilnehmer sind aber an einer Bewegung in Europa interessiert.

In ganz Europa finden Angriffe unserer Gegner statt. Die Provokationen der Herrschenden führen zu mehr Klassenkämpfen. Außerparlamentarische Aktionen der Gewerk-

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

schaften resultieren aus dem Zwang der Gewerkschaften zum Überleben. Eine Radikalisierung von unten vollzieht sich regional und national.

Die Sozialistische Partei der Niederlande arbeitet mit zwei Abgeordneten im europäischen Parlament mit. Sie betrachtet das gemeinsame Auftreten der Fraktion GUE/NGL als Stimme des Widerstands im Europa-Parlament. Als mögliche Alternative zum neoliberalen Konzept sehen die linken Europa-Abgeordneten ein europaweit garantiertes Grundeinkommen.

Florian Weis adressierte speziell an Horst Schmitthenner folgende Stichworte: Die Politik des Neoliberalismus ist in erheblichem Maße europäisch und global, der Widerstand dagegen aber vorrangig national, wenn auch mit Ausweitungsmöglichkeiten. Welches sind die objektiven Hemmnisse für das europäische Subjekt der Gegenwehr? Weisen hier die Forderungen des neuen europäischen Wanderarbeiterverbandes (www.migrant-workers-union.org) nicht einen geeigneten Weg? Welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus den jüngsten Arbeitskämpfen bei Opel? Und welche Kontakte bestehen zu Gewerkschaften in osteuropäischen Ländern?

Horst Schmitthenner erläuterte, dass bei den Gewerkschaften ein Europäisierungsrückstand gegenüber dem Kapital besteht. Aber in den Massenorganisationen laufen Prozesse der Erkenntnisgewinnung. Wichtig sind z.B. jüngste Impulse, die vom Vorsitzenden der IG Metall ausgingen, nämlich erstens unter den europäischen Gewerkschaften die Arbeitszeiten abzusprechen und zweitens sich um die Harmonisierung der Steuerbedingungen in Europa zu kümmern. Wenn man europäisch agieren will, muss man einen Teil seiner Kompetenz an die europäischen Gewerkschaftsorganisationen (EMB/EGB usw.) abgeben. In der Bauindustrie vollzieht sich ein Austausch der Wanderarbeiter, was ein europaweites Agieren der Gewerkschaft erforderlich macht. Bei der Metallindustrie dauert es noch.

Die westeuropäischen Gewerkschaften gehen auf die osteuropäischen zu. So wurden z.B. die Koordinierungsregeln der Tarifpolitik in der Metallindustrie von Gewerkschaften der zehn EU-Beitrittsländer unterschrieben. Aber deren Organisationsgrad reicht nicht zur Umsetzung dieser Regeln. Deshalb unterstützen westeuropäische Gewerkschafter ihre osteuropäischen Kollegen, um sie zu befähigen, die Tarifregeln durchzusetzen. Es besteht die Bereitschaft, finanzielle Mittel der nationalen Tätigkeit zu entziehen, um osteuropäischen Gewerkschaften zu helfen.

Florian Weis warf die Frage auf, wie der Prozess der Schaffung eines „Sozialforums in Deutschland“, nicht eines „deutschen Sozialforums“, verläuft. Wird dies ein Bündnis sozialer Bewegungen oder ein Forum als Raum sein?

Karen Genn antwortete, der Begriff „Deutsches Sozialforum“ könnte als zu nationalistisch empfunden werden und daher und mögliche Aktive abhalten, sich zu engagieren.

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

Im Kampf gegen die ideologische Hegemonie des Neoliberalismus kommt es darauf an, die TINA-Mentalität – abgeleitet vom englischen „There is no alternative“ – zu knacken und den Menschen den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital bewusst zu machen.

Die Gewerkschaften kämpfen um Löhne, haben aber die Lohnersatzleistungen außer Acht gelassen. Zwei Generationen sind mit der Ideologie des Individualismus groß geworden. Das funktioniert heute nicht mehr. Die junge Generation denkt in dem Schema: Wenn ich das nicht richtig mache, bin ich Schuld. Die GewerkschafterInnen können von den Sozialbewegungen lernen, dass soziale Probleme viele Facetten haben. Hier gilt es, politische Alphabetisierung zu leisten! Lohnenswert wäre, wenn Gewerkschaften und Sozialforums-bewegungen z.B. aktuelle Kämpfe der Hafearbeiter über Jahre hinweg weltweit vorbereiten würden.

Entscheidend sei das Recht auf Arbeit, nicht das Recht zu arbeiten. Auch aus diesem Grund gelte es, den Text der Europäischen Verfassung abzulehnen und eine andere Verfassung auszuarbeiten.

Zur Frage nach „Raum oder Prozess“ der Sozialbewegungen sagte Karen Genn, man müsse das eine tun ohne das andere zu lassen. Wir sind im Prozess des Dialogs, sind dabei, verschiedene Akteure zusammenzubringen. Der Raum, den wir diesem Prozess geben, ist kein Widerspruch.

Florian Weis erwähnte, dass die FKP und die Sozialistische Partei der Niederlande in der Fraktion der Linken im Europa-Parlament GUE/NGL zusammenarbeiten, aber zum Projekt der Europäischen Linkspartei (EL) unterschiedliche Positionen beziehen. Und er fragte, welches Entwicklungspotential die EL habe. Sollte sie ein zentralistisches Projekt werden, wie seinerzeit die Kommunistische Internationale? Oder sollte sie Netzwerke organisieren, die sich nicht auf die nationalen Parteien beziehen?

Und welche Möglichkeiten bietet die EL z.B. für linksgewerkschaftlich-betriebliche Netzwerke? Ein Beispiel: Eine polnische Bergarbeitergewerkschaft in Katowice habe während einer Begegnung mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung die Frage aufgeworfen, ob sie sich an der EL beteiligen könne, ohne an eine polnische politische Partei gebunden zu sein.

Eric Meijer ging auf die Geschichte der Sozialistischen Partei der Niederlande ein. Sie ist eine junge Partei, die seit 1994 im Parlament vertreten ist. Bis dahin gab es im Parlament als linke Parteien nur die Sozialdemokraten und die Grünen. Die SP ist eine Bewegung ohne Tradition im linken Spektrum der Sozialdemokratie. Kleine marxistische Parteien können national nicht viel bewegen. Die SP wird von unten aufgebaut. Sie hat 43.000 Mitglieder. Diese leisten vor Ort Widerstand gegen den Neoliberalismus. Die SP ist nicht Bestandteil einer grenzüberschreitenden Bewegung. Sie beteiligt sich nicht an der „Europäischen Linkspartei“. Diese ist ein Bündnis der linken Parteien in großen europäischen Staaten. Die Sozialistische Partei der Niederlande ist nicht dagegen, aber sie wartet ab, hält internationale Kooperation nur von unten für sinnvoll. Sie betrachtet sich als verwandte Kraft.

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

Elisabeth Gauthier begann ihre Ausführungen mit der Betonung der Verantwortung der Linken gegenüber der Welt, was ein aktives Eintreten für eine andere Rolle Europas in der Welt bedeutet. Europa muss zum Motor für eine andere Logik in der Welt werden.

Der Fraktion der Linken im Europa-Parlament GUE/NGL ist es gelungen, trotz großer Unterschiedlichkeit der teilnehmenden Parteien zu einem anerkannten Akteur über Europa hinaus zu werden, z.B. in der Palästina-Frage. Aber die GUE/NGL ist keine Partei. Die Fraktion der Linken nutzt das Europa-Parlament als Forum der Auseinandersetzung mit der neoliberalen Ausrichtung der europäischen Integration, dessen Instrumente insbesondere die Europäische Kommission und die europäische Zentralbank sind.

Auf dem Gründungsparteitag der Europäischen Linkspartei in Rom hieß es: das ist nur ein Anfang. Die EL ist der Versuch einer Antwort auf äußere Herausforderungen – die neoliberale Offensive und die Notwendigkeit der Bündelung der Gegenwehr, das Entstehen neuer öffentlicher und politischer Räume wie das ESF, die Suche nach Gemeinsamkeit in den Kämpfen und die Suche nach einem ‚anderen Europa‘. Innerhalb der teilnehmenden Parteien gibt es Diskussionen um die Notwendigkeit, die Möglichkeit eine europäische Partei zu konstituieren, manchmal auch richtige Widerstände. Die EL-Gründung ist eine Initiative von oben, eine Partei der Parteien, nicht eine Mitglieder-Partei, auch wenn Einzelmitgliedschaften bei Zustimmung der Gründungsparteien experimentiert werden können. Für die Aktionsfähigkeit der EL ist das Konsensprinzip unabdingbar. Gestaltet werden kann nur etwas, wenn alle es mittragen. Die Zukunft wird zeigen, ob die Mitglieder der Parteien gemeinsam aktiv werden können oder ob die EL eine formale Konstruktion bleibt. Innerhalb der FKP ergab eine Mitgliederbefragung, dass drei Viertel eine Mitwirkung in der EL befürworteten. In Osteuropa existieren meist nur kleine linke Organisationen, die es schwer haben, linke Ideen und Konzepte ideologisch zu rehabilitieren. Im Rahmen der Europäischen Linkspartei könnte eine solche Erneuerung befördert werden. Die Europäische Antikapitalistische Linke (EAL) steht dagegen in einer anderen Tradition, der der IV. Internationalen. Sie folgt einer anderen inhaltlichen Ausrichtung als die EL, aber in manchen Fragen oder manchen Ländern bestehen Brücken.

Das Verhältnis zur Politik, zu politischen Kämpfen in Frankreich ist äußerst komplex. Der Schock des 21. Aprils hat links neue Fragestellungen geschaffen: die Anforderung einer tiefgreifenden Erneuerung der Linken, die Notwendigkeit klarer Positionen dem Neoliberalismus gegenüber, die Frage an Sozialbewegungen, ob sie nicht selbst direkter ins politische Geschehen eingreifen hätten.... Fest steht, dass politische Parteien heute nicht mehr als oberste Instanz anerkannt werden. Immer mehr zeigt sich, dass ein neues Verhältnis zwischen Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen erforderlich wird. Die Erfahrungen in letzter Zeit – die Bewegung im Frühling/Sommer 2003 war eine der stärksten, vergleichbar mit 1968 und 1995, aber sie blieb erfolglos – zeigten, dass neue Wege gegangen werden müssen, um ein neues Kräfteverhältnis herzustellen. Es geht um die Wahrnehmung gemeinsamer Verantwortung, um Zusammenwirken zwischen allen antiliberalen Kräften, ohne Aufgabe der Autonomie der einzelnen Akteure. So wurde bei den Regional- und Europa-wahlen in man-

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

chen Regionen Frankreichs in diesem Sinne experimentiert, wenn die FKP mit Vertretern von Sozialbewegungen gemeinsame Programme und Listen bildete unter dem Namen „Gauche populaire et citoyenne“ (Linke des Volkes und der Bürger). Dabei verändert sich die Rolle der politischen Parteien. Es geht nicht mehr um die Hegemonie einer Partei, sondern um gleichberechtigten Umgang mit anderen, sehr unterschiedlich strukturierten und verankerten Kräften.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad beträgt in Frankreich im Durchschnitt 8 Prozent und nur 3 Prozent in privaten Unternehmen. Neue Formen der Repräsentation müssen geschaffen werden. Von daher ist die Gründung lokaler Sozialforen von Gewicht für die notwendigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Zugleich werden politische Foren zur Erarbeitung neuer inhaltlicher Positionen gegenüber dem flexiblen Kapitalismus des 21. Jahrhunderts gebraucht. Um in Zukunft etwas zu bewirken, um eine politische Alternative glaubhaft zu machen und in Verbindung mit der sozialen Widerstandsbewegung eine kritische Masse zu erreichen, muss im Feld der Politik experimentiert werden, müssen sich unterschiedliche Kräfte zusammenfinden, in inhaltlichen Fragen, in der täglichen Auseinandersetzung und an Wahltagen.

Angesprochen auf den jüngsten Arbeitskampf bei Opel charakterisierte *Horst Schmitthener* ihn als europäisches Projekt. Dank einer Verständigung der Gewerkschaften auf europäischer Ebene wurde erreicht, dass kein Standort geschlossen und die Arbeitszeit nicht verlängert werden soll. Das Kapital greift immer dort an, wo es den geringsten Widerstand erwartet. In der Autoindustrie haben die Lohnkosten einen relativ geringen Anteil von 15 Prozent an den Gesamtkosten. Folglich hatte der Kampf bei Opel hauptsächlich eine machtpolitische Dimension. Wenn die Unternehmer die Beschäftigten mit der Verlagerung des Standorts erpressen, ist es zu spät für die Gewerkschaften. Die Vereinbarung mit Siemens war der Sündenfall der IG Metall. Jetzt brechen ihr in Betrieben über Sondervereinbarungen Positionen weg. Pforzheim bedeutete den Einbruch beim Flächentarifvertrag.

Auf die Frage nach der Zweckmäßigkeit einer Neugründung von Gewerkschaften verwies er darauf, dass die Gründe für die Krise der Gewerkschaften im objektiven und subjektiven Bereich liegen. Mit einer Gründung neuer Gewerkschaften verändern sich die Bedingungen für gewerkschaftliches Handeln nicht positiv. Besser ist die Unterstützung kämpferischer Gewerkschaften, um die Handlungsmächtigkeit der Gewerkschaften wiederherzustellen.

5. Auf der Suche nach den Subjekten politischer Veränderung. Bericht über die Podiumsdiskussion

Abschließend dankte *Florian Weis* den TeilnehmerInnen der Podiumsdiskussion und den Organisatoren des gesamten Kongresses. Er wertete ihn als gelungenen Beitrag zum Austausch von Erkenntnissen und Erfahrungen zwischen Akteuren und Akteurinnen des Widerstands gegen den neoliberalen Sozialraub in mehreren westeuropäischen Ländern. Er sei ein kleiner Schritt zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen fortschrittlichen Kultur. Er wies abschließend auf weitere Vorhaben der RLS-NRW und der RLS 2005 hin, über die sich Interessierte unter www.rls-nrw.de und www.rosalux.de informieren können.

Bericht: Peter Bathke

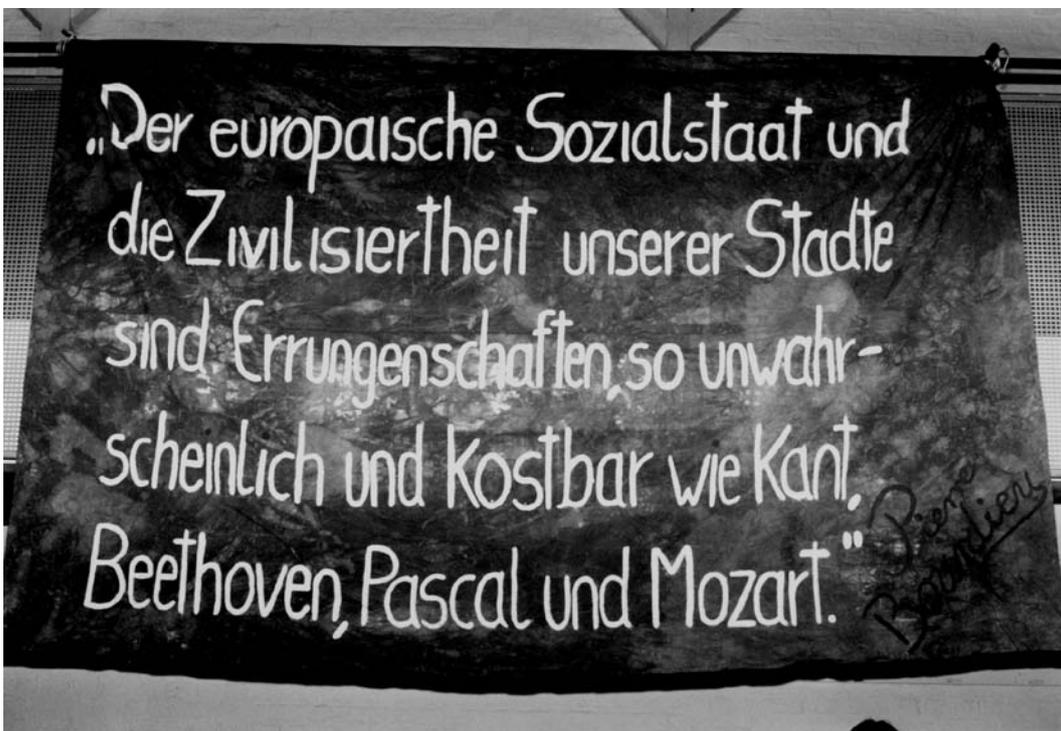


Foto: Klaus-Dieter Hey, Arbeiterfotografie

6. Angaben zu den ReferentInnen und Kontaktdaten

Christophe Aguiton: SUD, attac Paris

E-Mail: christophe.aguiton@francetelecom.com

Christian Christen: Wirtschaftswissenschaftler, wissenschaftlicher Beirat von attac, Berlin

E-Mail: ccberlin@katamail.com

Annick Coupé: Union syndicale G 10 SOLIDAIRE, Paris

E-Mail: coup@solidaires.org

Klaus Dräger: Mitarbeiter der Fraktion GUE/NGL, Brüssel

E-Mail: kdrager@europarl.eu.int

Erika Feyerabend, BioSkop – Forum zur Beobachtung der Biowissenschaft, Essen

E-Mail: info@bioskop-forum.de

Elisabeth Gauthier: Espaces Marx, Paris

E-Mail: elgauthi@internatif.org

Karen Genn, Marx-Engels-Stiftung, Wuppertal, Europäischer Sozialforumsprozess, Euro-marsch

E-Mail: kgenn@web.de

Angela Klein: Koordinatorin Euromärsche, Redaktion Sozialismus, Köln

E-Mail: angela-klein@onlinehome.de

Eric Meijer: Sozialistische Partei der Niederlande, MdEP, Abgeordneter der Fraktion GUE/NGL des Europa-Parlaments, Brüssel

E-Mail: emeijer@europarl.eu.int

Tobias Michel: ver.di-Betriebsrat im Alfried-Krupp-Krankenhaus, Essen

E-Mail: tobias.michel@krupp-krankenhaus.de

Dr. Werner Rügemer: Publizist, transparency international, Köln

E-Mail: wer_ruegemer@web.de

Horst Schmitthenner: IG Metall Verbindungsbüro Soziale Bewegungen, Frankfurt

E-Mail: horst.schmitthenner@igmetall.de

Dr. Harald Werner: PDS-Bundesvorstand, Berlin

E-Mail: harald-werner-berlin@t-online.de

7. Pressebericht über die Tagung in der „Jungen Welt“ vom 25.10.2004

Mark Unbehend

Widerstandsplanung gegen Neoliberalismus

In Köln fand ein internationaler Kongress zu den europäischen Dimensionen von Sozialabbau statt.

„Wir sind für ein anderes Europa. Wir wollen versuchen, neue Räume wie die Sozialforen zu schaffen, damit Prozesse des Widerstandes zu Stande kommen können“, resümierte Elisabeth Gauthier in der Podiumsdiskussion zum Abschluss eines internationalen Kongresses am Samstag in Köln. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen hatte zusammen mit ATTAC Köln, dem Sozialistischen Forum Rheinland und der linken Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament zu der Tagung unter dem Titel „Zerstörung des Sozialstaats und Widerstand in Europa“ eingeladen.

Rund 150 Menschen waren gekommen und tauschten sich in vier Arbeitsgruppen und zwei Podiumsdiskussionen über die aktuellen Einschnitte im sozialen Bereich aus. Zugleich wurden linke Alternativen intensiv diskutiert. Besucher wie Referenten kamen aus den verschiedensten Bereichen der sozialen Bewegung gegen den Sozialabbau der europäischen Regierenden. Aktive Gewerkschafter waren ebenso vertreten wie Parteipolitiker und Aktivisten der globalisierungskritischen Bewegung. Ähnlich vielfältig gestaltete sich das Programm. So wurden Alternativen zu Arbeitslosigkeit und „Ich-AG“ entwickelt, Alternativen zu den derzeitigen sozialen Sicherungs- und Gesundheitssystemen in Europa aufgezeigt und allgemein Perspektiven linken Widerstandes diskutiert. Ein wichtiges Thema war auch der Trend zur Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

In ihrem Eingangsreferat machte Annick Coupé von der französischen Basisgewerkschaft SUD ein Defizit der europäischen Gewerkschaftsbewegung deutlich, was die Vernetzung untereinander, aber auch die Einbindung in die sozialen Bewegungen betrifft. Die Gewerkschaften müssten die Bewegung der Sozialforen endlich als wichtiges Handlungsfeld erkennen, forderte sie. Obwohl sie die Schwierigkeit der europaweit unterschiedlichen Strukturen und die Gefahr einer gewerkschaftlichen Standortkonkurrenz sieht, betonte Coupé die Chancen internationaler Tagungen wie des Europäischen Sozialforums (ESF).

Einige der in Köln Anwesenden hatten eine Woche zuvor am ESF in London teilgenommen, wodurch der Kongress auch zu dessen Auswertung genutzt wurde. Annick Coupé rief die Anwesenden zur Teilnahme an der zentralen europäischen Großdemonstration gegen Sozialabbau am 19. März 2005 in Brüssel während der Tagung des Europarates auf. Karen Genn vom europäischen Netzwerk der Arbeitslosen „Euromarches“ merkte kritisch an, dass

7. Pressebericht über die Tagung in der „Jungen Welt“ vom 25.10.2004

die Abschlussdemonstration des Londoner ESF zur Antikriegsdemo umfunktioniert worden sei, womit sie das Thema Sozialabbau in den Hintergrund gedrängt sah.

Horst Schmitthenner, der Beauftragte der IG Metall für soziale Bewegungen, berichtete über die Bemühungen der Gewerkschaften, ihre neue Rolle zu finden. Als besonders schwierig schätzte er ein, dass „die politische Repräsentanz der Bundesrepublik sich gegenüber der Bewegung abschottet, die Alternativen zum Sozialabbau fordert«.

Christophe Aguiton von SUD und ATTAC Paris stellte in der sehr gut besuchten Arbeitsgruppe zum Thema „Öffentliche Daseinsvorsorge zwischen Privatisierung und Kahlschlag“ seine Erfahrungen aus den Kämpfen gegen Privatisierung in Frankreich dar und meinte: „Es ist schon schlimm, Elektrizitäts- und Wasserwerke zu privatisieren, aber besonders schlimm wird es, wenn auch Gefängnisse und Schulen privatisiert werden, was in vielen europäischen Ländern stattfindet.“

Eric Meijer, Abgeordneter der Sozialistischen Partei der Niederlande im Europäischen Parlament, berichtete von aktuellen Diskussionen in der Fraktion der Linksparteien im Europäischen Parlament, wo insbesondere ein garantiertes Grundeinkommen in allen EU-Ländern als eine mögliche Alternative für ein soziales Europa gesehen wird.

Harald Werner vom PDS-Bundesvorstand sprach indes vielen Kongressteilnehmern aus dem Herzen, als er betonte: „Europa ist nicht in Brüssel oder in Strasbourg, Europa ist überall, auch im Alltag. Da muss auch der Widerstand gegen Sozialabbau ansetzen.“ Der Mehrheit der Anwesenden ging es darum, das „neoliberale Projekt“ auf allen Ebenen, auch auf der europäischen, in seiner Logik zu erkennen, seine Mythen zu entlarven und es zu bekämpfen.

8. Aktivitäten der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW

Die Stiftung

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW e.V. wurde 1996 als Rosa-Luxemburg-Bildungsverein gegründet. Als PDS-nahe Landesstiftung kooperieren wir mit der bundesweiten Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Die Stiftung sieht sich in den Traditionen des demokratischen Sozialismus und Internationalismus, der Arbeiterbewegung und der Frauenbewegung, des Antifaschismus und Antirassismus. Die radikale Kritik des Kapitalismus von Rosa Luxemburg ist für uns ebenso Vorbild wie ihr überzeugtes Eintreten gegen soziale Ungerechtigkeit, Elitenherrschaft und Unterdrückung Andersdenkender.

Unsere Bildungsangebote beziehen sich auf aktuelle politische Themen und auf die Vermittlung historisch-politischen Wissens. Wir möchten wissenschaftliche Diskussionen und Erkenntnisse fördern und politisch nutzbar machen sowie kritisches Denken und emanzipatorisches Handeln anregen. Unsere Veranstaltungen sollen dem/der Einzelnen Mut machen, sich selbstbewusst und kompetent politisch einzumischen.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW e.V. versteht sich als Forum für vielfältige linke Initiativen, Bewegungen und Denkrichtungen. Mit unseren Bildungsangeboten schaffen wir Diskussionsforen für die Entwicklung linker Alternativen und fördern die Meinungsvielfalt. Wir möchten zur Entwicklung einer humanen und solidarischen Gesellschaft beitragen.

Engagement und Mitgliedschaft

Mitglied werden

Unsere Bildungsangebote sind vor allem das Ergebnis der aktiven Mitarbeit engagierter Menschen. Wenn auch Sie sich mit Ideen, Anregungen, der Organisation von Bildungsangeboten in der Stiftung engagieren möchten, dann sind Sie uns herzlich willkommen. Wir treffen uns regelmäßig, sammeln neue Ideen, verteilen Aufgaben und legen inhaltliche Schwerpunkte fest.

Schauen Sie zu unseren Öffnungszeiten im Büro vorbei oder nehmen Sie telefonisch bzw. schriftlich Kontakt mit uns auf. Oder werden Sie einfach direkt Mitglied.

Fördermitglied werden

Bildung braucht Geld! Wenn Sie wenig Zeit haben, aber die Ziele der Stiftung unterstützen möchten, so können Sie dies durch Ihre Spende oder als Fördermitglied tun. Unsere Bankverbindung lautet:

Sparkasse Dortmund (BLZ 44050199), Kontonummer 001090089

Engagement in einem Rosa-Luxemburg-Club

Die Rosa-Luxemburg-Clubs knüpfen an die Tradition linker Clubs an, die sind parteiunabhängig, mit einer demokratisch-sozialistischen Grundorientierung. Die Clubs organisieren politische Bildung und Diskussionen vor Ort und fördern damit Kommunikation und Kultur. Zielgruppen der Clubs sind sich als „Linke“ verstehende Menschen in der jeweiligen Region, unabhängig von ihrer parteipolitischen Orientierung. Die Veranstaltungen sind in der Regel öffentlich für alle Interessierten. Clubs in NRW gibt es bisher in Bielefeld, Wuppertal/Bergisch Land, Bochum/Dortmund, Oberhausen und Bonn; weitere Infos zu den Clubs unter www.rosa-luxemburg-club.de.

Programm und Kontakt

Um unsere Ziele zu erreichen, führen wir – oft gemeinsam mit KooperationspartnerInnen – Tagungen, Seminare und Abendveranstaltungen in Nordrhein-Westfalen durch. Das jeweils aktuelle Programm und weitere Informationen können Sie unserer Homepage entnehmen oder sich zusenden lassen.

Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW e.V.

Siegstraße 15

47051 Duisburg

fon: 0203/3177392

fax: 0203/3177393

e-mail: post@rls-nrw.de

www.rls-nrw.de

Di, Mi, Do von 11.00-17.00 erreichen Sie unsere Bildungsreferentin Susanne Spindler oder unseren Mitarbeiter Dirk Burczyk im Büro.

Im Vorstand der Sitzung sind:

Dr. Peter Bathke (Vorstandsvorsitzender)

Sandra Fuhrmann (stellvertretende Vorsitzende)

Fritz Meinicke (Schatzmeister)

Dr. Kemal Bozay, Marc Mulia, Dr. Gabriele Nintemann, Bernhard Sander, Mark Unbehend, und Uwe Vorberg.

Infos über die Bundesstiftung, die Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V., erhalten Sie über die Homepage www.rosalux.de

Für den Reader v.i.S.d.P.: Peter Bathke
Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW
Siegstraße 15
Tel. 0203/317739-2, Fax -3
Mail: post@rls-nrw.de